

Bonn, Freitag 3. September 1971

*Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, Echternach, [Erhard], Filbinger, [Gleichauf], Göb, Gradl, Hahn, Hasselmann, Heck, [Hillermeier], Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Lemke, Lorenz, Marx, Müllenbach, Rollmann, [Schäfer], Scheib, Schmücker, Schröder, Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Tandler, von Weizsäcker, Wex, Windelen.*

*Berlin. Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern. Vorbereitung des Parteitags. Aufgaben des Generalsekretärs und des Bundesgeschäftsführers. Einrichtung eines Finanzbüros beim Bundesschatzmeister. Verschiedenes.*

*Beginn: 14.30 Uhr*

*Ende: 20.00 Uhr*

BERLIN

*Kiesinger: Meine Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Darf ich bitten Platz zu nehmen?*

Ich eröffne die Vorstandssitzung und heiße Sie alle herzlich willkommen. Sie kennen die Tagesordnung. Das Präsidium hat sich am Vormittag damit befaßt.<sup>1</sup> Auf Punkt 1 steht die Berlin-Verhandlung. Sie alle haben ja gesehen, daß in den letzten Tagen eine gewisse Verwirrung entstanden ist über angebliche oder wirkliche Äußerungen von Repräsentanten der CDU in der Berlin-Frage.<sup>2</sup> Es geht mir jetzt hier nicht darum, hierzu mich kritisch zu äußern. Ich hätte gewünscht, daß der eine oder andere sich die Sache besser überlegt hätte, bevor er etwas gesagt hätte, insbesondere in einer so verzwickten und schwierigen Frage, wie es diese Berlin-Frage ist, wo eben sachverständig nur derjenige etwas aussagen kann, der sich wirklich intensiv mit der Frage befaßt hat. Aber das ist nicht der Zweck unseres heutigen Bemühens. Wir wollen heute noch einmal versuchen, die Haltung der CDU zur Berlin-Frage so zu sagen, wie wir sie zweckmäßigerweise, sinnvollerweise im gegenwärtigen Augenblick sagen können und sollen. Die Fraktion, der engere Fraktionsvorstand hat gestern einen etwas diffe-

1 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07-001-1404.

2 Vgl. „Rheinische Post“ vom 2. September 1971 „Köppler bleibt dabei: Akzeptabel“; dpa vom 31. August 1971 „Majonica: Berlin-Abkommen im ganzen positiv“; „Die Welt“ vom 28/29. August 1971 „Carstens bezeichnet Berlin-Regelung als unbefriedigend“; dpa vom 29. August 1971 „Kohl beurteilt Berlin-Abkommen teilweise positiv“; FAZ vom 23. August 1971 „Vor der Bonner Kontroverse um die Berlin-Regelung“; „Bild“ vom 23. August 1971 „Stücklen kritisiert die Berlin-Regelung: ‚Das ist eine schlechte Lösung für Berlin‘“.

renzierten Text veröffentlicht.<sup>3</sup> Wir haben ihn heute früh in Anwesenheit des Fraktionsvorsitzenden besprochen und festgestellt, daß wir in der Sache einig sind. Es gab einige Unterhaltungen über den Text und über mögliche Fehlinterpretationen dieses Textes, aber wenn man den Text insgesamt nimmt, dann konnten wir feststellen, daß wir übereinstimmen. Das Präsidium hat sich entschlossen, noch einmal heute einen kurzen Text zur Berlin-Frage herauszugeben.<sup>4</sup> Wir müssen ja in der gegenwärtigen Situation eine gewisse Zurückhaltung üben. Wir können weder einseitig zum positiven Teil dieser Berlin-Vereinbarung isoliert etwas sagen, noch einseitig zum negativen. Das ist ein ganzes Werk. Diese Vereinbarungen sind durch unsere Verbündeten in zäher Anstrengung erreicht worden. Wir haben gar keinen Grund, darüber zu jubilieren, die Vereinbarungen sind wahrhaftig alles andere als so, daß man sagen könnte: Das Ziel ist erreicht worden, das die Westmächte angekündigt haben, als sie die Sowjetunion aufforderten, solche Gespräche über Verhandlungen in Berlin zu beginnen. Nämlich eine Verbesserung nicht nur der Zugänge, sondern Berlins überhaupt, des Status in Berlin. Wenn man von einer Verbesserung sprechen wollte, dann nur in dem Sinn, daß jetzt bisher offene Fragen unter Minderung des Status vereinbart worden sind. Insofern liegt ein eindeutiger Erfolg, da hat Herr Marx völlig recht in seiner Äußerung gehabt, wegen der er von einigen publizistischen Organen geprügelt worden ist.<sup>5</sup> Da ist eine Minderung, keine Verbesserung erreicht. Wir müssen daran erinnern, daß die Bundesregierung dieses Wort „Verbesserungen“ sehr bald hat fallen lassen, und daß man statt dessen das verwaschene Wort „befriedigen“ genommen hat.

Aber jetzt ist nicht der Moment für uns, nun im Detail in die Kritik einzusteigen, weil wir ja auch die kommenden Verhandlungen nicht belasten wollen, weil wir die ganze Berlin-Situation nicht belasten wollen. Weil wir nach wie vor doch im zweiten Stadium versuchen wollen, so viel wie möglich für Berlin herauszuholen. Dadurch wird eine gewisse Zurückhaltung notwendig, die uns von der gegnerischen Presse, aber auch von einigen Heißspornen auf unserer Seite als Verlegenheit oder Zugeständnis der Verlegenheit ausgelegt werden. Wir müssen erreichen, daß man es uns abnimmt, daß wir diese Bedenken haben. Daß unsere Zurückhaltung keine Zurückhaltung aus Verlegenheit ist, sondern aus dem Willen, bevor diese Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, die Berlin-Frage nicht unnötig zu belasten. Dies war unser Versuch bei der letzten Präsidiumssitzung und meiner Erklärung dazu, Ermutigendes, Bedenkliches und solches festzuhalten, das der verbindlichen Interpretation bedarf. Deswegen haben wir uns entschlossen – und ich bitte das jetzt vorwegzunehmen, weil wir damit an die Öffentlichkeit gehen müssen – folgenden kurzen Text dem Vorstand zur Beschlußfassung vorzulegen: „Präsidium und Bundesvorstand der CDU Deutschlands

---

3 Beschluß der engeren Führung der CDU/CSU-Fraktion in ACDP Dokumentation 0/04/36–9; MEISSNER S. 1346f.

4 Entschließung des Präsidiums und des Bundesvorstands vom 3. September 1971 in ACDP 01–483–176/2.

5 Vgl. „Bonner Rundschau am Sonntag“ vom 15. August 1971 „Bahrs Pflichtverletzung wurde nicht geahndet“; „Frankfurter Rundschau“ vom 23. August 1971 „Richtschnur unserer Entscheidungen“.

haben heute in Bonn aus Anlaß der Unterzeichnung des Berliner Rahmenabkommens<sup>6</sup> folgende Erklärung beschlossen: Das Abkommen enthält Bestimmungen, die positiv, andere, die als bedenklich zu werten sind. Die konkrete Ausfüllung einiger Bestimmungen durch innerdeutsche Verhandlungen steht bevor. Die CDU wird auch in diesem Stadium der Verhandlungen ihre Haltung durch den Willen bestimmen lassen, möglichst viele praktische Verbesserungen der Lebensverhältnisse für die Berliner zu erlangen. Die CDU hält ihre wiederholt dargelegten, entscheidenden Bedenken gegen die Ostpolitik der Regierung aufrecht. Ihre endgültige Entscheidung über die Verträge von Moskau und Warschau wird die CDU erst treffen, wenn ein Ratifizierungsverfahren eingeleitet ist.“

Ich darf Sie an die entscheidenden Bedenken erinnern: Sie wissen, daß wir im Präsidium gerade diese Formel gewählt haben, nicht „gravierende“ Bedenken, nicht „ernste“ Bedenken, sondern „entscheidende“ Bedenken, also Bedenken, die für unsere Entscheidung maßgeblich sind. Wir haben in dem Kommuniqué vom 26. August<sup>7</sup> diese entscheidenden Bedenken so formuliert, unter anderem: Erstens, das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung ist gefährdet. Zweitens, die Festlegung von Grenzen muß einem Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten bleiben. Drittens, konkrete Verbesserungen in den innerdeutschen Beziehungen, vor allem mehr Freizügigkeit für Menschen und Ideen in ganz Deutschland, sind bisher nicht gewährleistet. Dann kam Berlin. Die Fragen der Sicherung des freien Berlins und seine Zukunft sind ungeklärt. Und viertens, die Politik der Bundesregierung, die diesem Vertrag zugrunde liegt, bedroht die Fundamente der westlichen Integrations- und Bündnispolitik. Wir hielten es für wichtig, noch einmal auf diesen mehrfach vom Präsidium dargelegten Standpunkt zurückzugreifen. Mehr wollen wir in diesem Augenblick nicht sagen. Der Fraktionsvorsitzende hat noch angeregt, daß wir in den Abs. 3 noch etwas zu den innerdeutschen Beziehungen sagen. Wir haben eben in einer kurzen Unterhaltung gesagt, es ist besser, wir lassen uns auf dieses Thema bei dieser Aussage jetzt nicht ein, denn da ist noch vieles offen und sehr vieles fragwürdig im Zusammenhang mit der gesamten Ostpolitik, und konzentrieren uns auf die Aussage auf Berlin. Aber das kann ja diskutiert werden. Dies ist also der Vorschlag des Präsidiums, und ich bitte um Wortmeldungen dazu.

*Gradl:* Der dritte Absatz, erster Satz, muß, glaube ich, etwas schärfer formuliert werden. Das verkleinert sehr, was noch aussteht. Ich schlage also vor, daß Sie den ersten Satz im dritten Absatz so formulieren: „Die konkrete Ausführung wichtiger Bestimmung durch innerdeutsche Verhandlungen steht noch aus.“ Denn „steht bevor“ erweckt den Eindruck, als ob man so mit Sicherheit damit rechnen könnte. (*Kiesinger:* Richtig!) Dies ist nicht der Fall. Das klingt so, als ob das so eine nebensächliche Sache sei. Ich halte das für sehr wichtig.

*Kiesinger:* Einverstanden. Ich glaube, da gibt es kein Bedenken dagegen.

*Barzel:* Darf ich versuchen, den zweiten Satz, Herr Vorsitzender, doch noch eben

---

6 Vgl. Nr. 9 Anm. 59.

7 Kommuniqué des Präsidiums in DUD Nr. 162 vom 27. August 1970 S. 1.

mal zur Debatte zu stellen. Und zwar den Schluß, „möglichst viele praktische Verbesserungen für Lebensverhältnisse für die Berliner zu erlangen“. Hier gibt es zwei Punkte, die der Diskussion bedürfen. Ich glaube nicht, daß wir den Eindruck erwecken dürfen, daß unser endgültiges Urteil nur und allein von praktischen Verbesserungen abhängig sein wird. Ich würde deshalb bitten, dieses Wort zu streichen. Und zweitens sind wir, glaube ich, nur dann im Einklang mit unseren bisherigen Einlassungen und auch mit dem Votum des Fraktionsvorstands, wenn wir nicht nur sagen, „für die Berliner“, sondern hinzufügen, „und für alle Deutschen“. Das ist, glaube ich, das Minimum, was jetzt gesagt werden muß, weil wir uns niemals nur auf die Lage in und um Berlin verständigt haben. Sie wissen, daß in der Öffentlichkeit hier ein falscher Eindruck entstanden war, den zu korrigieren wir uns ja seit Monaten bemühen. Ich würde deshalb also bitten, das Wort „praktische“ zu streichen und hinter „für die Berliner“ hinzuzufügen „und für alle Deutschen“. Ich glaube, die Zusätze, die Erwähnung von dem Kollegen Gradl sind in sich schlüssig und vernünftig.

*Kiesinger:* Ich möchte eines vermeiden. Nicht, daß ein Unterschied zwischen Berlinern und den anderen Deutschen dabei herausgelesen werden könnte. Für die Berliner und für alle Deutschen. (*Unruhe.*)

*Schröder:* Also, ich habe die Sorge, wenn man das einführt, eine Diskussion über die Berliner und ihren Status auszulösen. Wenn wir sagen, Berliner – ohne „alle Deutschen“ hinzuzufügen –, bleibt es an uns, wie wir das definieren. Und die zweite Sorge, die ich habe, ist die, daß man durcheinanderbringen kann diese Implementierungsverhandlungen, die jetzt laufen und die Gespräche, die im Anschluß an Erfurt und Kassel<sup>8</sup> vor sich gehen werden. Das wird hoffnungslos vermischt werden für das Publikum, und deswegen sollten wir uns hier wirklich beschränken auf das, was konkret in diesen bevorstehenden Besprechungen möglicherweise behandelt werden kann.

*Kiesinger:* Dies waren die Gedanken, die uns leiteten, daß wir sagten, in diesem Fall nur Berlin. Ich bin auch einverstanden, daß wir das Wort „praktisch“ streichen. Das ist besser.

*Stoltenberg:* Darf ich vorschlagen zu erwägen, ob man den Gedanken, daß Fortschritte für alle Deutschen erstrebt werden, nicht vielleicht in den letzten Absatz hereinbringen könnte. Da steht doch, daß die CDU ihre endgültige Entscheidung über die Verträge von Moskau und Warschau dann treffen wird, wenn die Beziehungsfrage eingeleitet wird. Kann man da nicht anfügen „und wenn Fortschritte für die Deutschen“.

*Kiesinger:* Um Gottes Willen, damit hätten wir ja den ersten Satz widerlegt „die entscheidende Bedingung“. Es steht in den entscheidenden Bedingungen drin, was wir wollen, aber die Frage ist, die jetzt unter uns in der Diskussion ist: Sollen wir in diesem Augenblick sagen, wir wollen in der gegenwärtigen Situation, in diesem zweiten Stadium der Verhandlungen um Berlin, dabei einerseits die Verbesserungen für die Berliner haben, andererseits Verbesserungen der innerdeutschen Beziehungen. Hier ist mir auch ein bißchen unbehaglich zumute, wenn wir über Berlin hinausgehen.

*Lemke:* Ich gebe zu, daß das schwierig ist. Aber trotzdem ist auch das, was Herr

---

8 Vgl. Nr. 6 Anm. 1 und Nr. 7 Anm. 31.

Barzel gesagt hat, richtig. Es ist dies eine Bastion, die wir aufgebaut haben, die also meines Erachtens ebenso wesentlich ist wie die Berliner Frage und die Ostfrage. Es ist sicherlich eine Verbesserung für die Deutschen in der Zone oder in der DDR anzusprechen, wo man ja dachte, das ist also meines Erachtens ein unerläßliches Signal. (*Unruhe.*) Deshalb sollte man drüber nachdenken, ob man das nicht zum Ausdruck bringt.

*Kiesinger:* Augenblick mal, worüber wird denn gesprochen? Wir müssen uns ganz konkret auf den Inhalt der Gespräche beziehen. Wenn es in diesen Gesprächen hinausgeht über Berlin, allgemein auf Deutschland, das steht in unseren entscheidenden Bedenken drin. Wir können doch nicht in diesem Stadium das unterstützen, was gar nicht verhandelt wird.

*Lemke:* Da muß ein extra Satz gemacht werden.

*Kiesinger:* Warum denn? Dann kommt das Selbstbestimmungsrecht, dann kommt alles andere auch herein. Wir überbetonen dann einen Punkt gegenüber den anderen.

*Stoltenberg:* In Kenntnis der Vorgespräche, an denen ich mich selbst nicht beteiligt habe, die ich aufmerksam verfolgt habe, möchte ich folgendes sagen. Dies ist zu sehen im Zusammenhang mit einer wesentlich ausführlicheren Stellungnahme der Fraktion, die im Gesamtkontext das Selbstbestimmungsrecht ausdrücklich erwähnt, deshalb glaube ich, wir könnten es nach meiner Auffassung so verabschieden.

*Barzel:* Ich will nichts wiederholen. Wir haben von Anfang an, als die Bundesregierung zunächst auch die innerdeutschen, nicht nur die innerberliner Verhandlungen, zum Gesamtpaket zuzählte, gesagt, das ist richtig. Dann hat die Bundesregierung bei dem Bericht zur Lage der Nation in diesem Jahr den innerdeutschen Vorbehalt weggelassen. Sie versucht jetzt, eine Politik zu machen für Berlin, und da kann das Ganze gemacht werden. Dagegen laufen wir seit Monaten Sturm. Und ich meine deshalb, dies muß Ausdruck finden, daß wir nicht nur an die Berliner denken. Zur Sache: Es geht jetzt nicht nur bei den Berlin-Verhandlungen um Verbesserungen für die Berliner z. B. beim Zugang, sondern es geht auch um Verbesserungen (*Kiesinger:* Das ist richtig, ja.) für uns, wenn wir nach Berlin fahren wollen. Das heißt, wir können es nicht aus diesen beiden Gründen, so scheint mir, nur auf die Berliner hier beschränken. Die Formulierung ist bei mir auch jetzt nur in der Minute geboren worden. Mir scheint, was Herr Marx dazwischen geworfen hat, „für die Berliner wie für alle Deutschen“ macht die Sache völlig klar.

*Kiesinger:* Dagegen habe ich nichts. Können wir uns drauf einigen?

*Lemke:* Ich habe gegen die Sache keine so großen Bedenken, ich möchte nur auf die beiden Punkte aufmerksam machen und auf eine Ablehnungsmöglichkeit. (*Unruhe.*)

*Kiesinger:* Dr. Barzel hat natürlich recht, wenn wir auch bei diesen Berlin-Fragen in erster Linie an die Berliner denken, wir denken ja auch immer dabei an uns und an uns beide zusammen.

*Lemke:* Das liegt im Wesen der Sache.

*Von Weizsäcker:* In der Ebene war voriges Jahr nicht immer über Berlin, sondern über innerdeutsche Verkehrsfragen gesprochen worden. Umgekehrt wirken die Berliner Gespräche auf spätere Verkehrsregelungen in innerdeutschen Fragen. Die Frage

ist, inwieweit die eine oder die andere Seite sich in diesen innerdeutschen Berlin-Verhandlungen dazu verleiten lassen wird oder gerade dagegen sperren wird. Im Zusammenhang mit den innerdeutschen Gesprächen ist allgemein hinzuzufügen ... (*Unruhe und Diskussion.*)

*Schröder:* Soviel ist ganz sicher, man versucht derzeit, uns national und via Washington usw. in eine möglichst positive Bewertung dieses Berlin-Abkommens hineinzu bringen. Und deswegen sollen wir alles, was wir sagen, tatsächlich auf das Berlin-Abkommen abstellen, und uns völlig offen halten, wie wir uns außerhalb des Berlin-Abkommens entscheiden wollen. Das ist doch der springende Punkt. Und nur wenn Sie das hier sauber auf die Berlin-Regelung abstellen, dann werden Sie in der Lage bleiben, nachher das oder jenes Urteil abzugeben, ohne schädliche Konsequenzen einzuhandeln. Das darf nicht sein. Wir müssen ganz klar unterscheiden, Berlin und diese Regelung durch die Vier Mächte plus deutsche Implementierung ist das eine, Moskauer und Warschauer Vertrag sind das andere. Das dürfen wir unter keinen Umständen verdunkeln. Sonst bezahlen wir die Zeche dafür.

*Amrehn:* Die Schwierigkeit, in der wir stehen, scheint mir darin zu bestehen, daß wir einen festen Text vorgelegt bekommen, den zu ändern natürlich einige Umstände macht. Aber wir stehen doch heute alle bereits in der Ecke, daß man glaubte, daß es eine befriedigende Berlin-Regelung (*Zwischenruf:* Ja, richtig, gerade deswegen!) geben sollte, dann müssen wir den Vertrag auch akzeptieren, wir müssen endlich raus aus der Ecke. Ich weiß nicht, ob wir genug Anlaß geboten haben, uns in diese Ecke bringen zu lassen. Zweitens: Unter keinen Umständen darf in diesen dritten Absatz etwas hineingeschrieben werden über die sonstigen innerdeutschen Beziehungen, denn hier steht wirklich nur etwas von Ausfüllung dessen, was im Berlin-Abkommen der Vier Mächte jetzt verabredet ist, und wir dürfen gar keine zusätzlichen innerdeutschen Konsequenzen hier entstehen lassen, da beides vereint werden muß in einer Aussage des Vorstandes. Mir scheint also, daß wir einen weiteren Absatz, der die Trennung völlig deutlich macht, hier hineinbringen. Ich weiß im Moment die Formulierung nicht, aber beides muß möglich sein. Und dann kommen alle doch nicht nur zu ihrem Recht, sondern auch zur Erfüllung einer Pflicht, die der Vorstand genauso hat wie die Fraktion. Ich meine wie Stoltenberg, hier steht ja ein befriedigender Satz drin, der lautet: „Für das Verständnis und die Anwendung der Abmachung werden die deutschen Abmachungen eine wichtige Rolle spielen.“ Aber wenn der Vorstand sich äußert, glaube ich, sollte der Gedanke, der in der Fraktionserklärung enthalten ist, bei uns separat wiederkehren.

*Kiesinger:* Herr Amrehn, der Absatz heißt doch: „Die CDU wird ihre Haltung in diesem Stadium vor allem dadurch bestimmen lassen.“ „Dadurch“, da geht es um Berlin. Daß wir in den innerdeutschen Beziehungen unsere Forderungen angemeldet haben, das steht ja in unseren entscheidenden Bedenken drin.

*Amrehn:* Ja, aber zu undeutlich. Es muß das noch mal unterstrichen werden. Wir bleiben sonst in einer politisch sehr kritischen Ecke (*Zwischenruf:* Das können wir doch machen!).

*Kiesinger:* Was muß noch mal unterstrichen werden?

*Amrehn:* Daß wir innerdeutsche Beziehungen in einer Berlin-Vereinbarung (*Kiesinger:* Herr Amrehn! Dann sind wir wieder in einer Ecke. Deshalb habe ich ja die entscheidenden Bedenken vorgelesen.) im Zusammenhang mit dem Moskauer Abkommen sagen.

*Kiesinger:* Das ist ja mein Bedenken, wenn wir einen der Punkte herausnehmen aus den entscheidenden Bedenken, dann sind wir wieder in der Ecke! Wir müssen alle unsere entscheidenden Bedenken formulieren, deswegen habe ich sie vorgelesen. Wenn wir jetzt, dagegen habe ich schon in der Vergangenheit mich immer gewehrt, Selbstbestimmungsrecht, Europapolitik und so weiter, was wir alles hatten, wenn wir da jetzt wieder nur einen Punkt herausbrechen, dann kommen wir wieder in dieselbe Ecke hinein, wo die Leute uns reingebracht haben bei der Berlin-Regelung, wo sie sagten: Ja, die CDU hat ja auch gesagt, wenn eine befriedigende Berlin-Regelung da ist, dann werden wir ratifizieren. Dann wird gesagt: Wenn eine befriedigende Berlin-Regelung und eine befriedigende Regelung der innerdeutschen Beziehungen da ist, dann wird ratifiziert. Deswegen möchte ich gerade das nicht tun. Ich bin einverstanden mit dem Satz „wie alle Deutschen“, weil der verhältnismäßig unproblematisch ist. Aber um Gottes Willen jetzt nicht noch einmal gerade diesen einzelnen Punkt herausnehmen. Dann müßten wir über Selbstbestimmungsrecht, über die Nichtanerkennung der Grenzen reden.

*Kohl:* Ich habe den Eindruck, und ich möchte an dem Punkt den Kollegen Amrehn unterstützen, es geht in der Frage jetzt doch darum, daß wir in diesem Text der Fraktion und in den Verlautbarungen der CDU überhaupt deutlich machen, daß wir eine Stellung beziehen zur Berlin-Regelung, und daß dann nicht hineininterpretiert werden kann, daß das Auswirkung auf die Verträge hat.

*Kiesinger:* Ich habe ja eben das entscheidende Bedenken dagegen vorgetragen! Wenn wir wiederum aus den entscheidenden Bedenken einen weiteren Punkt herausholen, dann ist doch genau das erreicht! (*Kohl:* Ja, das will ja niemand hier.) Doch, er will einen eigenen Absatz über diesen Punkt drin haben.

*Kohl:* Nein, ich glaube, das ist ein Mißverständnis.

*Kiesinger:* Das ist kein Mißverständnis. Ich habe ihn sehr gut verstanden. Meine Damen und Herren, ich schlage vor, bleiben wir bei der Formel „wie für alle Deutschen“.

*Gradl:* Ich halte diese Hinzufügung nicht für richtig in diesem Absatz (*Kiesinger:* Ich bin ja Ihrer Meinung!), wenn Sie sagen, „wie für alle Deutschen“, was heißt das denn eigentlich? (*Kiesinger:* Ich bin ja Ihrer Meinung, ich wollte ja nur einen Kompromiß.) Ich verstehe diese Idee, das Verlangen des Kollegen Barzel, aber dann würde ich meinen, der einzige Platz für eine derartige Aussage ist der über Berlin hinausreichende Textteil im vierten Absatz (*Kiesinger:* Natürlich!). Und da könnten Sie natürlich einen Satz einfügen. Als zweiten Satz hinter „aufrecht“. Denn wir sagen ja unsere entscheidenden Bedenken. In diesem Punkt, dem innerdeutschen Punkt, kann man präzisieren, indem man sagt: „Das Verhältnis der Deutschen über die Trennungslinien hinweg wird nach wie vor von Mauer und Schießbefehl bestimmt.“ Dies ist die Realität, und dies ist eins der wichtigsten Argumente in der Auseinandersetzung.

*Stoltenberg:* Ich möchte folgendes zum Verfahren vorschlagen. Es gibt Boden für eine Erweiterung. Wenn eine Erweiterung erfolgen sollte, bei allem Respekt vor den Überlegungen des Kollegen Gradl, können wir das nicht als ein Redaktionskomitee in diesem Vorstand machen. Dann müssen wir zwei, drei Kollegen bitten zu formulieren. Wenn keine Erweiterung erfolgen soll außer der von Kollegen Barzel vorgeschlagenen, würde ich vorschlagen, daß wir abstimmen. (*Kohl:* „Für alle Deutschen“, meinen Sie?) Wir haben heute wirklich eine sehr kompakte Tagesordnung, Parteitag usw., daß wir jetzt uns entscheiden, entweder, wir sehen eine Erweiterung vor, dann müßte man zwei, drei Kollegen bitten, das zu formulieren, oder wir beschränken uns auf den Text mit der einen Erweiterung „wie für alle Deutschen“, den Kollege Barzel vorgeschlagen hat, und stimmen dafür ab. Ich halte ungeachtet sehr vielfältiger Interpretationsmöglichkeiten, die es gibt, dies für eine tragbare und sachlich unbedenkliche Formulierung für den Parteivorstand, wir sind hier nicht in einem Fachausschuß des Bundestages oder der Verfassung.

*Blüm:* Wenn ich das richtig verstehe, sind wir uns doch insofern einig, daß die CDU in diesen Zeiten keine vorschnellen Festlegungen nach rechts wie nach links ... (*Unruhe und Heiterkeit.*) Insofern stören uns solche Erklärungen, die Planken einholen [sic!], wie die Erklärung, die mir unterstellt wird, die Russen sollten die Füße geküßt bekommen. Das zweite ist eine Erklärung, die nicht authentisch ist. Aber das wollte ich nur bei dieser Gelegenheit klarstellen. Nun zur Sache hier, ich wollte diese Kurve nur benutzen, um einige Mißverständnisse aus dem Feld zu räumen. Wenn wir diese abwartende Haltung glaubwürdig nach außen vertreten sollten, dann dürfen wir das Schiff zu diesem Zeitpunkt nicht so beladen, daß es untergeht. Und ich glaube, wenn man nun alles Mögliche als Bedingung hineinsteckt, ist unsere abwartende Haltung eben nicht mehr so glaubwürdig gegenüber der Öffentlichkeit. Deshalb würde ich die beiden Dinge auseinander halten. Ich würde das Schiff Berlin zu diesem Zeitpunkt nicht überladen, weil sonst jeder glaubt, wir würden bereits die Rückzugsposition vorbereiten.

*Kiesinger:* Also, ich bin der Meinung, daß der Text, wie wir ihn hatten, in diesem Augenblick richtiger wäre. Aber ich versuche natürlich, uns zu einer gemeinsamen Erklärung zu bekommen. Ich halte auch nicht viel von dem Zusatz „wie für alle Deutschen“. (*Barzel:* Ich bin der Meinung von Amrehn.) Bitte, ich bin nach wie vor der Meinung, wenn der Vorstand mitgeht, (*Unruhe und Diskussion.*) daß wir es auf Berlin beschränken, wenn wir sagen, „für Berlin und die Berliner“. (*Kohl:* Aber Berlin langt doch, die Berliner sind doch da drin.) Berliner und Berlin sind zwei Paar Stiefel, wenn man genau zusieht.

*Lemke:* Das mag ja durchaus logisch richtig klingen, was Sie eben gesagt haben. Trotzdem hat Herr Dr. Barzel recht. Die Regelung der innerdeutschen Beziehungen ist genauso wichtig wie die Bedenken gegen die Ostpolitik. Also deswegen paßt ein eventuelles ja, aber ich meine, man kann es doch auch deutlich sagen, es wird gelesen. Diese Erklärung wird von allen Leuten gelesen, die politisch interessiert sind.

*Kiesinger:* Und genau da liegt die Gefahr, Herr Lemke. Die Selbstbestimmung ist mindestens so wichtig. Ich sage noch einmal, wenn wir von den entscheidenden Bedenken einen herausnehmen, begehen wir den gleichen Fehler, den manche von uns be-



gangen haben, wenn sie als Voraussetzung der Ratifizierung nur eine Berlin-Regelung andeuteten oder wenigstens eine solche Interpretation zuließen. Deswegen wehre ich mich so sehr dagegen. Deswegen meine ich, daß unser ursprünglicher Text der bessere gewesen wäre. Ich finde allerdings, die Hinzufügung, „wie für alle Deutschen“, zwar abschwächend, aber ist nicht schädigend.

*Barzel:* Ich werde mal versuchen, mich deutlich auszurücken. Wenn der Satz so bleibt „Die CDU wird auch in diesem Stadium der Verhandlung ihre Handlung durch den Willen bestimmen lassen, möglichst viele“ – das „praktisch“ ist weg – „Verbesserungen der Lebensverhältnisse für die Berliner zu erlangen“, dann bedeutet das z. B., daß in einer ganz fundamentalen Frage das hier nicht gedeckt ist. Wir haben den Bericht noch nicht entgegennehmen können. Nehmen Sie einen ganz praktischen Punkt, der im Mittelpunkt der Schwierigkeiten steht. Jeder bildet sich jetzt ein, die alliierte Regelung bedeute, Peter Lorenz setzt sich in den Wagen, oder ich setze mich in den Wagen, der Volkspolizist kommt, guckt sich den Paß an, sagt, „Ja, du bist Peter Lorenz“, guckt sich die Autonummer an, „jawohl, ist auch in Ordnung, kannst durchfahren.“ Dies ist doch der Eindruck, den die Bundesregierung erweckt. Nichts davon ist richtig. Denn der fundamentale Vorbehalt der DDR, über die Visa-Frage Einfluß auf die faktische Zugangsregelung ihren Status noch mal zu verbessern, ist ungeklärt. Der Herr Bräutigam<sup>9</sup> sah sich nicht imstande, darüber auch nur ein Wort zu sagen. Dies wird eine der Hauptschwierigkeiten sein. Deshalb müssen wir doch dafür sorgen, daß der Zugang von und nach Berlin nicht nur für die Berliner, sondern für alle Deutschen gesichert wird. Dies ist doch das mindeste, was hier zu meinen ist. Und wenn wir uns in die richtige Situation bringen wollen, müssen wir doch den Alliiertenteil an unsere Brust drücken, um zu sagen, die Bundesregierung bleibt in den praktischen Verhandlungen dahinter zurück. Dies dient nicht zur Opposition, wenn sie Einfluß hier nehmen will, es kommt etwas anderes hinzu noch. Es gibt ja Informationen, daß die Sowjetunion es sehr eilig hätte, und infolgedessen die DDR auch, und daß sie zu Zugeständnissen bereit wäre. Ich weiß nicht, ob dies stimmt. Dann könnte es doch sehr gut sein, daß plötzlich ein Verhandlungsstadium erreicht wird, in dem ein Minimum für Ost-Berliner möglich sein könnte. Sind die eigentlich vergessen? Daß dies vielleicht auch ein Hin- und Her-Verkehr sein sollte. Wir tun doch deshalb gut daran, hier wirklich die Formulierung nicht nur auf die Berliner einzuschränken. Ich verstehe den anderen Zusammenhang, der ist dann auch hier nicht gemeint, sondern wir meinen

---

9 Dr. Hans Otto Bräutigam (geb. 1931), Jurist; 1962 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1964–1966 persönlicher Referent von Außenminister Schröder, 1966–1969 Tätigkeit an der Botschaft in London, 1970–1972 Mitglied der Verhandlungsdelegation, die den Verkehrsvertrag, das Transitabkommen und den Grundlagenvertrag mit der DDR aushandelte, 1973/74 Tätigkeit im Bundeskanzleramt, 1974–1977 Stellvertreter von Günter Gaus in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, 1977–1980 Leiter des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt, 1980 Rückkehr ins Auswärtige Amt, 1982–1988 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, 1989–1990 Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York, 1990–1999 Minister der Justiz, Bundes- und Europangelegenheiten des Landes Brandenburg. Memoiren: Ständige Vertretung. Meine Jahre in Ost-Berlin. Hamburg 2009.

eben, daß die Deutschen im Verkehr von und nach Berlin die Erleichterung haben sollten. So ist das zu verstehen.

*Kiesinger:* Also, wenn wir sagen, Berlin, haben wir ja immer in Wahrheit uns mit gemeint. Wenn es um Berlin ging, ging es uns nie nur um Berlin und die Berliner, sondern um uns alle. Das war ja selbstverständlich. Es ging uns um die Bindungen Berlins mit der Bundesrepublik. Wenn wir das abkürzend Berlin nannten, dann meinten wir in Wahrheit diesen Sachverhalt. Bei der Zugangsregelung war selbstverständlich nicht nur an die Berliner, sondern an uns alle gedacht. Ich habe also gegen die Hinzufügung des Wortes „wie für alle Deutschen“ nichts einzuwenden, sehe vor allem keine Gefahr darin, wenn wir diesen Satz hinzufügen, weil er im Grunde genommen etwas Selbstverständliches betont. Ich hätte es lieber pur gehabt, das muß ich offen sagen. Sind wir uns dann einig, daß wir es so machen? – Gut. Dann haben wir das so verabschiedet. (*Unruhe und Diskussion.*) Ich möchte jetzt den Fraktionsvorsitzenden bitten, zu diesem Punkt zu berichten. Ich habe nur den Beschluß vorweggenommen, damit wir vor die Presse gehen können, damit wir nicht erst nach langer Zeit mit einer Erklärung nachhängen.

*Amrehn:* Ich denke, das, was ich jetzt vorschlage, wird keine großen Schwierigkeiten machen. Ich würde nicht „wie“ sagen, sondern „für Berliner und für alle Deutschen“.

*Barzel:* Das „und“ hatte ich vorgeschlagen. Dazu hatte Herr Marx gesagt, das sei schlecht.

*Kiesinger:* Wir haben nichts dagegen, gut. Also „und“. Jetzt, meine Damen und Herren, darf ich den Fraktionsvorsitzenden bitten, über den Stand der Berlin-Frage zu berichten.

*Barzel:* Ich möchte als erstes sagen, was sicher wichtig ist bei der Beurteilung alles dessen, was jetzt passiert, zwei Gesichtspunkte nicht aus dem Auge zu verlieren. Nämlich einmal, daß man nicht das Ganze aus dem Blick verliert gegenüber Einzelheiten der Berlin-Regelung und auch den historischen Vorgang hier begreift, der das mit Berlin bedeutet und daß wir uns zum anderen natürlich hüten müssen, daß wir nun sortiert werden in gute und schlechte Christliche Demokraten. Das muß schleunigst aufhören. Deswegen bin ich dankbar für die Feststellung des Herrn Vorsitzenden über die Übereinstimmung zwischen den beiden heute vorgelesenen Texten. Ich will versuchen, weil sonst das alles nicht recht zu verstehen ist, den Faden aufzunehmen aus dem vergangenen Jahr, als wir unsere Berlin-Regelung hier besprochen und beschlossen haben. Dieser Vorstand hatte ja den Wunsch, bevor es etwas Neues gibt, selbst zu entscheiden. Deshalb kann dieser Bericht nicht ganz frei sein von einigen wenigen historischen Hinweisen. Zunächst: Wir haben von Anfang an erklärt: Erst Berlin sichern und festigen, dann alles andere. Zweitens, wir haben am 26. Mai einen Beschluß der Fraktion gefaßt in Übereinstimmung mit beiden Parteien, er bezeichnet Berlin als einen Beitrag zur Entspannung und einen Prüfstand für die Entspannung mit der Sowjetunion.<sup>10</sup> Es gab dann die berühmten Mai-Debatten vor den Landtagswahlen in Nordrhein-West-

---

<sup>10</sup> Vgl. Nr. 9 Anm. 11. Vgl. auch die Zusammenstellung der Abteilung IV der CDU-Bundes-

falen, in denen wir auch durch den Kollegen von Guttenberg<sup>11</sup> obsiegten, wie Sie wissen. Das führte dazu, daß innerhalb der Bundesregierung auf Drängen der FDP dieses unauflösliche Junktim zwischen Berlin und dem Moskauer Vertrag zustande kam. Die Formulierung, die Herr Scheel vor der Unterschrift, vor der Paraphe am 6. August, abgab, ist noch geheim, aber sie ist, glaube ich, im wesentlichen doch bekannt geworden.<sup>12</sup>

Wir haben dann nach der Paraphierung des Moskauer Vertrages und vor der Unterzeichnung unsere Stellungnahme abgegeben nach Beratung mit Partei und Fraktion, und ich möchte aus diesem Beschluß doch noch einmal, weil dies wichtig ist, drei Sätze vorlesen. Der eine: „Deshalb hatten wir der Bundesregierung empfohlen, die Unterschriften unter einen paraphierten deutsch-sowjetischen Vertrag erst zu leisten, wenn in den anderen Bereichen, vor allem hinsichtlich Berlins und der innerdeutschen Probleme, befriedigende Lösungen vorliegen.“ Beides ist vom ersten Tag an zugleich betont worden. „Wir sind bereit, in vertraulichen Gesprächen mit der Bundesregierung im einzelnen darzulegen, was nach Meinung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter befriedigender Lösung dieser Frage zu verstehen ist, und eine Verständigung darüber herbeizuführen.“ Wir haben weiter gesagt: „Der Vertrag kann abschließend erst beurteilt werden, wenn diese Prüfung erfolgt ist und Ergebnisse auch hinsichtlich Berlins, hinsichtlich der innerdeutschen Frage Polens und der Tschechoslowakei vorliegen.“<sup>13</sup> Insofern sind wir in der Konsequenz dessen, was wir selbst gesagt haben. Wir haben dann, wie Sie sich erinnern, uns in den drei westlichen Hauptstädten umgehört, ob es dort eine Geneigtheit gibt für eine vernünftige Berlin-Regelung, an der auch die Opposition mitwirken kann. Das Ergebnis dieser Rundreise war, daß dies möglich sei. Ich habe dann auf einer Pressekonferenz vom 7. September 1970 die Grundsätze dafür dargelegt.<sup>14</sup> Dieser Erklärung hat der Bundeskanzler später zugestimmt. Und es kam dann aufgrund beider Vorgänge, also a) unserer Entschließung, und b) dieser Haltung nach der Rundreise, am 9. September zu einem Gespräch beim Bundeskanzler. Der Bericht, den ich gebe, Herr Vorsitzender, ist vertraulich, weil hier ein paar wichtige Dinge natürlich kommen. Bei diesem Gespräch mit der Regierung ist uns ein immer noch geheimes Papier übergeben worden, was der Entwurf der westlichen Ausgangsposition für die Berlin-Verhandlungen war.<sup>15</sup> Dieser Entwurf war nach unserer Meinung völlig unzureichend. Wir haben im Gespräch mit dem Bundeskanzler dargetan, daß seine öffentliche Zustimmung zu unseren Prinzipien und dieser Entwurf nicht mit-

---

geschäftsstelle vom 30. April 1971 „Die Haltung der CDU zu den Ostverträgen und zur Ratifizierung“ (ACDP 01-483-176/2).

11 Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921-1972), Land- und Forstwirt; 1957-1972 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 274 Anm. 30.

12 Vgl. Gespräch Scheels mit Gromyko am 6. August 1970 (AAPD 1970 Dok. 375, hier S. 1413, Dok. 380 S. 1426 Anm. 2).

13 Auszug aus dem Brief Barzels vom 10. August 1970 an Brandt richtete. Vgl. auch Nr. 9 Anm. 21.

14 Vgl. AdG 1971 S. 15995f.; GRAU S. 120 Anm. 305. Zur Reise Barzels nach Washington, Paris und London vgl. Nr. 9 Anm. 8.

15 Vgl. AAPD 1970 Dok. 429.

einander übereinstimmten und deshalb ein Zusammenwirken nur möglich sei, wenn wir diesen Entwurf durch einen neuen Entwurf ersetzen, also eine gemeinsame Plattform der Drei Mächte, der Bundesregierung und der Opposition. Mit diesen Argumenten haben wir uns durchgesetzt. Und es gab dann am 23. September ein neues, gemeinsames Positionspapier des Westens, das ist eine amtliche Unterlage, in der die Vorstellungen der Opposition unter Bezeichnung der Vorstellung der Opposition enthalten sind.<sup>16</sup> Für dieses Papier gab es ein Papier der CDU/CSU, das einzige, was bisher vertraulich geblieben ist, vom 11. September.<sup>17</sup> Dieses Papier ist im Besitz der Bundesregierung und der drei Westmächte und war der Ausgang für diese gemeinsame Erklärung. Dieses Papier weist aus, wenn wir es jetzt in die Hand nehmen, daß wir einen hohen Prozentsatz erfüllter Punkte positiv abhaken müssen. Allerdings bleiben die qualitativen Sorgen begründet, die sich unter die politische Überschrift „Aus Berlin darf kein drittes Deutschland werden“ subsumieren lassen. Dieses Papier von uns ist vom Parteivorstand gebilligt worden, als ich darüber im September<sup>18</sup> einen Bericht gab, bei dem wörtlich dieses Papier verlesen worden ist. Dasselbe war in der Bundestagsfraktion. Dies hat also einen sehr hohen Konsensus.

Im Laufe der Verhandlungen gingen die Alliierten davon aus und hatten auch allen Anlaß dazu, daß jedes Wort von deutscher Seite im wesentlichen von der Opposition mitgetragen wurde. Damals kam die Idee auf, einen Teil dieses Abkommens innerdeutsch zu regeln und nicht nur den Alliierten in Auftrag zu geben. Es war eine große Gefahr, daß die Alliierten nur ein paar Grundsätze beschlossen und die Deutschen dann anfangen, munter drauf los zu verhandeln. In dieser Periode war es notwendig, öffentlich am 1. November<sup>19</sup> mit Zustimmung der Bundestagsfraktion eine Erklärung abzugeben. Sie betrifft das Verfahren zur Beauftragung der Deutschen. Für diese Erklärung waren viele von den Alliierten besonders dankbar. Später hat dann der Bundeskanzler, der sie erst nicht so gut fand, am 9. Juni 1971 im Bundestag, erklärt, daß auch dieses Papier der Opposition Einzug in die westliche Position gefunden habe. Nachdem er dies erklärt hatte, wurde damals eine Aktuelle Stunde von uns abgebrochen. Das hat damals nicht jeder verstanden, aber es war völlig sinnlos, nach dieser Erklärung eine Polemik zu suchen, wo keine mehr angebracht war. Herr Kollege Marx hat damals die unangenehme Aufgabe übernommen, mit zwei Sätzen das zu erledigen.<sup>20</sup>

Es kam dann ein Punkt, über den ich hier Rechenschaft geben muß, weil er sehr

16 Vgl. AAPD 1970 Dok. 439.

17 Zu den Vorschlägen der CDU/CSU-Fraktion vom 11. September 1970 vgl. „Bonner Rundschau“ vom 2. September 1971 „Nur das CDU-Positionspapier zur Ostpolitik blieb geheim“; Erklärung des Pressereferats vom 3. September 1971 über den Beschluß des engeren Fraktionsvorstands.

18 Vgl. Nr. 9 S. 288.

19 Erklärung Barzels zur Berlin-Frage am 1. November 1970, vgl. Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 3. November 1970; „Die Welt“ vom 2. November 1970 „Barzel: Bund muß Berlin vertreten“.

20 Zur Aktuellen Stunde am 9. Juni 1971 vgl. Sten.Ber. 6. WP 126. Sitzung S. 7248–7250; GRAU S. 184f.

wichtig war, indem wir öffentlich gesagt haben, von Gemeinsamkeit reden wir nicht. Das war im Februar.<sup>21</sup> Der Vorgang war, daß die Westmächte mit Zustimmung der Bundesregierung ihr Papier der Sowjetunion übergeben hatten. Vorher war nur mündlich verhandelt worden. Dies erfolgte ohne Konsultation oder Information der Opposition. Die Alliierten nahmen an, sie sei konsultiert und informiert worden. Als sich das herausstellte, haben wir der Bundesregierung ebenso wie den Alliierten gegenüber Protest wegen des Verfahrens erhoben, auch nach Gesprächen mit Lorenz, das war eine hervorragende Zusammenarbeit mit unseren Berliner Freunden, wie ja auch das Ausgangspapier vom 11. September 1970 im wesentlichen das ist, was unsere Berliner Freunde gemacht haben. Was die Berliner taten gegenüber Senat oder Alliierten und wir hier, das war auf den Millimeter abgestimmt und hilfreich, wie sich vielleicht erweisen wird.

Wir haben dann gesagt, wir reden nicht mehr von Gemeinsamkeit, seien aber bereit zum Zusammenwirken. Dies war eine sehr schwierige Entscheidung, über die im Parteipräsidium und auch in der engeren Fraktionsführung ebenso gesprochen worden ist wie in Berlin. Selbst für den Fall, daß wir das Mitwirken eingestellt hätten und die Ergebnisse schlechter geworden wären, hätte die CDU sagen müssen: „Was jetzt kommt, ist schlecht.“ Wir hatten ein gutes Ergebnis bei den Wahlen in Berlin<sup>22</sup>, und das hätte natürlich dazu beigetragen, das Gegenteil dessen zu erreichen, was wir wollten, nämlich Koffer packen. Ich will die Einwände von damals aus den Akten nicht vorlesen, denn sie sind zu lang. Aber ich muß die Anmerkung machen, daß nach Intervention eine der Drei Mächte, und es war die wichtige, mir sagte: „Sie können sich darauf verlassen, es wird kein Beamter weggehen. Die Fraktionen und die Ausschüsse des Bundestages werden wiederkommen, was immer die Bundesregierung sagt. Und die Sowjetunion wird dies alles anerkennen müssen, oder es wird keinen Berlin-Vertrag geben.“ Dies war die Zeit, als die Sowjetunion Wohlverhalten in West-Berlin forderte, und der Kollege Wehner bereits das Wohlverhalten einschränkte auf Meinungsfreiheit. Dies war die Zeit, in der der Bundeskanzler sich mit der administrativen Verzahnung, was die Bundespräsenz betraf, schon öffentlich zufrieden gab, während wir in den anderen Bereichen noch kämpften. Es gab dann die Notwendigkeit, den Präsidenten der USA persönlich zu besuchen und auch mit Präsident Pompidou zu sprechen und mit dem Ministerpräsidenten, als er hier war.<sup>23</sup> Wir haben dann, als es so aussah, daß die Verhandlungen ein positives Ende nehmen würden, noch einmal am

---

21 Vgl. Presseerklärung Barzels vom 26. Februar 1971 sowie „Die Welt“ vom 27. Februar 1971 „Union zur Zusammenarbeit in der Berlin-Politik bereit“.

22 Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 14. März 1971, vgl. Nr. 12 Anm. 3.

23 Jacques Chaban-Delmas (1915–2000), französischer Politiker; 1946–1997 Mitglied der Nationalversammlung, 1947–1995 Bürgermeister von Bordeaux, 1958–1969, 1978–1981 und 1986–1988 Präsident der Nationalversammlung, 1969–1972 Premierminister. – Ministerpräsident Chaban-Delmas und Staatspräsident Pompidou hielten sich im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationsgespräche am 5. und 6. Juli 1971 in Bonn auf, vgl. AdG 1971 S. 16387–16390; AAPD 1971 Dok. 228, 229, 230, 232, 233. – Zur Reise Barzels nach Washington vgl. Nr. 9 Anm. 8.

9. August aus Anlaß der drei Tage, die es da gibt, also 10. August unsere Stellungnahme, 12. August deutsch-sowjetischer Vertrag, 13. August zehn Jahre Mauer, in einem sehr überlegten Aufsatz, den wir den Drei Mächten zugestellt haben, unsere Position bezogen und unmißverständlich dargetan, daß ein Berlin-Arrangement auf keinen Fall ein Präjudiz für unsere Haltung zu den Verträgen sein könnte.<sup>24</sup> Dies war öffentlich notwendig wegen der Mißverständnisse. Dann hat die Bundesregierung, als die Sache zum Ende gekommen war, mitgeteilt, daß Vorstellungen der CDU/CSU mit berücksichtigt worden seien. Wir haben in unserer ersten Stellungnahme gesagt, man müsse dies sorgfältig prüfen, das sei ein Kompromiß. Und ich glaube, diese sorgfältige Prüfung war notwendig, wenn man den Streit bis in die letzte Stunde sieht um wenige Worte, von dem wir gleich reden werden.

Wir haben vergangene Woche verschiedene Gremien gehabt: Die engere Fraktionsführung, das Parteipräsidium, in getrennten Sitzungen, und wir haben den Fraktionsvorstand in der vergangenen Woche gehabt. Es gab dann eine Sitzung, und dann bin ich auch mit dem formalen Teil fertig, der ist aber sehr wichtig, vorige Woche Donnerstagabend auf Einladung von Herrn Scheel mit den drei Botschaftern.<sup>25</sup> Herr Rush<sup>26</sup> war verhindert, weil er bei Nixon war; an seiner Stelle war der Botschaftsrat Dean<sup>27</sup>, der die Verhandlungen geführt hatte, sowie die Kollegen Gradl, Schröder auf unserer Seite und ein paar andere von den anderen Fraktionen. Damals hat der amerikanische Vertreter in Anwesenheit aller und unter Zustimmung der beiden anderen Botschaften in einer mündlichen Adresse sich bedankt für die konstruktive und hilfreiche Haltung der Opposition. Das ist inzwischen auch schriftlich dem Fraktionsvorsitzenden gegeben worden mit der Bemerkung, dies sei eine persönliche Message des Präsidenten der USA. Botschafter Rush hat dies unterstrichen, indem er am Dienstag ein Essen für die Führung der CDU/CSU gab und sich dort in aller Form bedankt hat für den konstruktiven Anteil, den wir genommen hätten, natürlich auch mit der Hoffnung, daß das auf unsere Stellung Einfluß nehmen werde. Das alles liegt schriftlich vor.<sup>28</sup> Man muß dies wissen, wenn man unsere Lage insgesamt zu beurteilen wünscht. Sie werden verstehen, daß ich diesen Brief jetzt hier nicht vorlesen möchte, zumal das für mich persönlich peinlich wäre.

Nun zur Sache selbst. Ich glaube, das Entscheidende ist im qualitativen Bereich, daß wir nun einen völkerrechtlichen Vertrag mit der Sowjetunion haben, in dem die

---

24 Vgl. den Beitrag von Rainer Barzel „Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen – nicht nur in Berlin“ in DUD Nr. 149 vom 9. August 1971 S. 2–6.

25 Vgl. GRAU S. 142; Rainer BARZEL: Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen. Berlin 1986 S. 174 f.

26 Kenneth Rush (1910–1994), amerikanischer Diplomat; 1969–1972 Botschafter in Bonn, 1972 stv. Verteidigungsminister, 1973 stv. Außenminister, 1974–1977 Botschafter in Paris.

27 Dr. Jonathan Dean, amerikanischer Diplomat; 1949 Eintritt in den diplomatischen Dienst; 1950 Verbindungsoffizier für das amerikanische Hochkommissariat in Bonn, Mitarbeiter in der Osteuropa-Abteilung des State Departements, 1968 stv. Verhandlungsführer in der US-Botschaft in Bonn für das Vier-Mächte-Abkommen, 1973–1981 Gesandter bei den Abrüstungsverhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt in Wien.

28 Vgl. GRAU S. 204.

Teilsuspendierung, wenn nicht die ganze Suspendierung des Art. 23 GG, das Verhältnis des Landes Berlin und der Bundesrepublik Deutschland geregelt ist.<sup>29</sup> Dies ist ein Punkt, der uns beschweren muß. Ich möchte dazu nur folgendes sagen, weil wir an dieser Stelle eine Interpretation der amerikanischen Seite in die Debatte einführen müssen. Die Antwort auf unsere Frage, ob nicht das, was jetzt verabredet sei, ein Status quo minus sei, sowohl gegenüber der Lage nach Bruch der Vier-Mächte-Verantwortung bis zum Inkrafttreten des Grundgesetzes, weil jetzt die Souveränitätsausübung der Drei Mächte in ihren Sektoren durch Vertrag mit der vierten geregelt werde, lautete: „Ja“. Auf die Frage, ob dies nicht auch ein Status quo minus gegenüber der Lage des Grundgesetzes sei, in dem immerhin das Land Berlin bezeichnet ist – das ist ja nicht aufgehoben, sondern die Kollegen dürfen hier nicht mitstimmen, und Berlin wird nicht vom Bund regiert – hieß die Antwort „ja“, und dann kam der politische Zusatz, den jeder wissen muß, der sich mit falschen Zungenschlägen in die Statusdebatte einschaltet, daß natürlich, Verträge hin, Verträge her, Berlin daran hängt, daß die Mächte dort bleiben, vor allen Dingen die Amerikaner. Daß die USA eben sagen, die Tatsache, daß nun die Sowjetunion dies alles anerkannt habe, sei von großer politischer, wenn man so will, auch machtpolitischer Bedeutung, weil damit die Sowjetunion eben die Oberhoheit und damit die Anwesenheit und den direkten Zugang der Drei Mächte anerkannt habe. Dies muß man wissen, wenn man hier innerdeutsch argumentiert, etwa gegen die Alliierten. Die Alliierten, aber auch die Bundesregierung, weisen zusätzlich darauf hin, daß in einer Anordnung der Alliierten vom Jahr 1952, in der die Alliierten Einspruch einlegten gegen Übernahme des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes in das Land Berlin, die Alliierten eine Formulierung gewählt haben, die hieß: „Die Übernahme des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht durch Berlin würde Berlin als einen Bestandteil des Bundes erscheinen lassen. Infolgedessen sieht sich die alliierte Kommandantur außerstande, den Gesetzentwurf“ usw.<sup>30</sup>

Dies alles muß man wissen. Ich würde es für richtig halten, Herr Vorsitzender, wenn Sie anschließend dem Kollegen Marx, der der Arbeitsgruppe vorsitzt, Gelegenheit geben, ganz kurz die konkreten positiven und negativen Punkte gegeneinander zu stellen. Unsere Position ist klar vom ersten Augenblick an. Man muß weiterhin versuchen, auf die zweite Phase einzuwirken. Ich komme darauf nachher, ob es eine Kooperation

---

29 Mit dem Vier-Mächte-Abkommen akzeptierte die Sowjetunion die faktische Zugehörigkeit West-Berlins zur Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig wurde allerdings auch festgeschrieben, daß der Westteil Berlins „wie bisher kein Bestandteil“ der Bundesrepublik sei. Art. 23 GG regelte bis zum 23. September 1990 den Geltungsbereich des Grundgesetzes: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“

30 Vgl. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.): Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1962 (Dokumente und Berichte 18). München 21962 Dok. 97 „Einspruch der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin vom 20. Dezember 1952 gegen eine Übernahme des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes“.

gibt oder nicht. Wir dürfen nicht übersehen, was hier an zusätzlichen Konzessionen aus der Berliner Substanz geleistet worden ist. Wir wären vielleicht in einer schwierigeren Lage, wenn die Sowjetunion als Gegenleistung für die Moskauer Unterschrift unbezogen die Realitäten des vorigen Jahres, August, akzeptiert hätte. Dies ist nicht geschehen. Wir haben eine Diminution insgesamt, was Bund und Berlin betrifft, hinsichtlich des Status zum Tage der Unterschrift von Moskau. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. So daß aus dieser Sicht –, und dem hat bisher nirgendwo jemand widersprochen, auch nicht unsere Freunde in Berlin – es keinen Anlaß gibt, unsere Stellungnahme vis-à-vis den Verträgen etwa zu verstärken.

Und wenn wir auf das Ganze gucken und unsere Maßstäbe vom 26. Mai<sup>31</sup> und auch von später zugrunde legen, wo wir ja auch auf Europa und Selbstbestimmungsrecht und die Lage des Bündnisses abgehoben haben, dann kann man zu dem Gesamten wohl nur sagen: „So nicht“. Auf der anderen Seite müssen wir uns jetzt hüten vor dem Vorwurf, etwa durch besonders negative Interpretation das alliierte Verhandlungsergebnis zu schwächen, zumal hier so schwierige Dinge wie die Visum-Frage ja noch ausstehen. Wir müssen natürlich auch sehen, und das berührt schmerzhaft, ob wir nun in unseren Stellungnahmen, was ich ja befürworte, sauberlich alles auseinander halten. Dieses Berlin-Abkommen ist auf der Basis der Einlassung der Bundesregierung gegenüber der DDR als zweiter deutscher Staat und auf der Basis des Moskauer Vertrages formuliert. Das kann keiner übersehen. Auf der anderen Seite ist das Dach der Vier Mächte zustande gekommen, eine alte Forderung, an der beinahe einmal eine Koalition, damals noch mit Herrn Mende, geplatzt ist, als er sagte, dies sei gar nicht möglich.

Wenn wir nun die Verhandlungen genau kennen, dann ist klar geworden bis in die letzten Stunden heute früh, daß die Dinge, die uns vor allem beschweren, auf Drängen der Bundesregierung zustande gekommen sind. Die Verabredung, Berlin-Gespräche zu führen, erfolgte zur Zeit der Bundesregierung Kiesinger. Die Gespräche wurden erschwert dadurch, daß die Bundesregierung Statusfragen aufwarf. Einmal die Erklärung „DDR ist zweiter deutscher Staat“, damit hat man das Problem des Zugangs oder des Transits aufgeworfen. Und der deutsch-sowjetische Vertrag hat das zusätzlich erschwert. Dies muß man sehen und kann das nicht den Alliierten anlasten. Deshalb sollten wir, wenn wir klug sind, kritische Anmerkungen nicht an die Adresse der Alliierten, sondern allein an die Bundesregierung richten. Die, wie sich heute herausstellt, von uns nicht herbeigeführt, aber in der Wirkung doch wohltuende Indiskretion vom Sommer, über das Telegramm des Herrn Pauls hinsichtlich der Aktivitäten von Bahr in Washington<sup>32</sup>, ist der Beweis dafür, daß die Punkte, die uns beschweren, nämlich die

---

31 Vgl. Nr. 9 Anm. 11.

32 Dr. Rolf Pauls (1915–2002), Jurist; 1946–1949 Jura-Studium, 1949 Tätigkeit im Sekretariat des Parlamentarischen Rats, danach Tätigkeit im Bundeskanzleramt und bei der Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission, Eintritt in das Auswärtige Amt, 1951 Vizekonsul in Luxemburg, 1952–1956 persönlicher Referent von Walter Hallstein, 1956–1960 Botschaftsrat in Washington, 1963–1965 als Ministerialdirigent Unterabteilungsleiter für Handels- und Entwicklungspolitik im AA, 1965–1968 Botschafter in Israel, 1968–1973 in



Lockerung der Bindungen zum Bund und das sowjetrussische Generalkonsulat, auf Drängen der Bundesregierung zurückzuführen sind. Und wenn wir das Ganze sehen, müssen wir, glaube ich, ganz nüchtern feststellen, daß da, wo sowjetische Interessen sind, alles klar ist. Im deutsch-polnischen Vertrag wird die Oder-Neiße-Linie zur Westgrenze Polens. Im deutsch-sowjetrussischen Vertrag wird die innerdeutsche Linie eine Staatsgrenze völkerrechtlicher Qualität. Das alles bedarf keiner Interpretation. Dagegen bedarf die Frage „Was ist nun Berlin?“ der Interpretation ebenso wie die Ausfüllung dieses Abkommens. Auf dieser Linie haben wir dann am 25. August ein Votum des Fraktionsvorstands herausgegeben<sup>33</sup>, das der Linie entsprach, die das Parteipräsidium vorher verabschiedet hatte. Die Berliner CDU hat dann auf derselben Linie am 30. August eine Stellungnahme herausgegeben.<sup>34</sup> Wir haben am 31. August den Botschafter Rush gesprochen, und daraus sind einige Mitteilungen, glaube ich, zu wissen noch wichtig. Auch die sind natürlich besonders vertraulich. Herr Rush erklärte auf unsere Fragen „Was ist mit Ost-Berlin?“ – z.B. eine Änderung des Wahlgesetzes der DDR – dahingehend, daß die Ost-Berliner Volkskammerabgeordneten nun direkt gewählt sind und Stimmrecht haben. Dies wäre eine einseitige Veränderung des Status und damit ein Vertragsbruch. Weil er dies so interpretiert, müssen wir sehr vorsichtig sein etwa mit einem Satz wie „Ost-Berlin komme hier gar nicht vor“. Es ist natürlich umschrieben, für unsere Verhältnisse nicht klar genug.

Die zweite Frage, eine Frage, die unsere Berliner Mitbürger quer durch die Parteien und auch die politisch gar nicht Interessierten bestürzt macht, ist die Frage der Staatsangehörigkeit. Die Befürchtung wird geäußert, daß, wenn die DDR in der UNO ist, Art. 116 GG<sup>35</sup> mit der einheitlichen Staatsangehörigkeit kaum noch zu halten sei, und die Berliner fragen, nachdem ihr Status unklarer geworden sei, „Was sind wir dann?“. Die Antwort darauf kann nur lauten: Ihr habt Pässe der Bundesrepublik Deutschland, und Berlin ist eine deutsche Stadt, zwar unter der obersten Gewalt der Alliierten, aber

---

den USA, 1973–1976 in China. – Die Veröffentlichung des Fernschreibens von Botschafter Pauls (AAPD 1971 Dok. 138) in der „Quick“ vom 4. August 1971 (vorzeitig ausgeliefert) sorgte für große Aufregung, vgl. dpa vom 28. Juli 1971 „Berlin-Papier“; Beitrag von Marx im DUD vom 30. Juli 1971 (ACDP 01–483–176/2). Vgl. auch CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): CDU Rednerdienst zum Berliner Rahmenabkommen vom 5. September 1971 (September 1971) S. 17.

33 Zum Beschluß des CDU/CSU-Fraktionsvorstands vom 25. August 1971 vgl. die Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion.

34 Vgl. Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 28. August 1971 „Gemeinsame Erklärung des Landes- und Fraktionsvorstandes der Berliner CDU zu den bisherigen Vereinbarungen der vier Mächte über Berlin“ (ACDP 01–483–176/2). Vgl. auch „Frankfurter Rundschau“ vom 30. August 1971 „Gegensätzliche Stellungnahmen von CDU/CSU-Politikern“; „Frankfurter Rundschau“ vom 2. September 1971 „Berliner CDU ist noch uneinig“.

35 Art. 116 GG besagt in Abs. 1: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

mit Zustimmung aller Vier Mächte gehören die Westsektoren mit der Bundesrepublik Deutschland unauflöslich zusammen. Diesen letzten Satz hat der Botschafter Rush extra als richtig bezeichnet. Es gibt dann noch weitere Interpretationen, die sicher die Kollegen, die dabei waren, Gradl, Marx, auch der Kollege Schröder, werden vortragen können. Wir haben dann gestern nicht unterschrieben wegen einer Unklarheit in dem deutschen Text. Der deutsche Text ist natürlich wichtig. Hätte es einen Text Bonn und einen Text Pankow gegeben, wären die Verhandlungen Bahr-Kohl<sup>36</sup> zusätzlich erschwert worden. Deshalb hatte die deutsche Regierung mit unserer Unterstützung auf einem einheitlichen von den Alliierten gebilligten deutschen Text bestanden. Da gab es Unklarheiten. Deshalb wurde die Unterschrift verzögert, die gestern an sich vorgesehen war, ich komme auf einen Teil davon gleich zurück. Wir haben das zum Anlaß genommen zu sagen, und ich glaube, dies sollten wir öffentlich auch tun: „Seht her! Alle die, die jetzt uns gedrängt haben, voreilig zu urteilen, sind doch im Unrecht. Unsere Forderung, wir urteilen, wenn es einen amtlichen deutschen Text gibt, war vernünftig.“ Das ist ja auch verstanden worden.

Es gab dann heute Morgen während der Sitzung des Parteipräsidiums um 12.00 Uhr einen Anruf des Kollegen Scheel, der mich davon unterrichtete, daß um 12:30 Uhr unterschrieben werde. Die Einigung über den deutschen Text war um 11.00 Uhr erreicht. Herr Scheel führte aus, daß der Text nicht in entscheidenden Punkten von der vorläufigen Übersetzung des Auswärtigen Amtes abweiche, die uns vorige Woche Mittwoch zur Einsicht gegeben worden war. Er betonte zwei Punkte. Ich habe Anlaß zu glauben, daß diese Information nicht vollständig ist. Es habe zwei Streitpunkte gegeben, nämlich die Übersetzung des englischen Worts „tie“ sei von der Bundesrepublik Deutschland übersetzt durch „Bindungen“ und von der DDR durch „Verbindungen“. Hier sei die Einigung erfolgt zugunsten von „Bindungen“. Nicht klar ist mir die Frage zwischen russischem und englischem Text. Im russischen Text gibt es nur „Bindungen“, im englischen Text gibt es „die Bindungen“. Was ein Unterschied ist. Der zweite Teil wird uns beschweren, er zeigt, daß die Bundesregierung in letzter Stunde erneut eine Konzession gemacht hat. Sie hatte übersetzt, „Berlin ist also weiterhin kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik Deutschland“. Die DDR hatte übersetzt „ist weiterhin kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland“. Die Einigung erfolgte auf der Basis „ist weiterhin kein Bestandteil“ – Klammer auf: konstitutiver Teil, Klammer zu. Dies ist nicht schön, dies ist eine erneute Konzession.

Ich leite damit über zu einem Verfahren, weil das in der Politik von der Sache nicht zu trennen ist. Herr Scheel teilte mir mit, das Kabinett werde um 15.00 Uhr zusammentreten, um a) eine Stellungnahme zur Sache abzugeben, und b) den Verhandlungsauftrag an Herrn Bahr zu erteilen, der am 6. September, also am Montag, beginne.<sup>37</sup>

---

36 Dr. Michael Kohl (1929–1981), Diplomat (DDR); 1948 SED, 1956–1961 Dozent für Völker- und Staatsrecht an der Universität Jena, 1958–1963 Abgeordneter des Bezirkstages Gera, 1961 Eintritt in das Außenministerium, 1961–1965 Abteilungsleiter, 1965–1973 Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, 1974–1978 Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, 1978–1981 stv. Außenminister der DDR.

37 Entwurf für die Verlautbarung in ACDP 01–483–176/2.

Ich habe daraufhin gesagt, es sei doch bekannt, daß wir erklärt hätten, wir wünschten vor dieser Weisung, wenn es eine Kooperation geben sollte, konsultiert zu werden. Er sagte, dies sei nicht möglich, aber im Kabinett würde wohl eine inhaltliche Weisung nicht erfolgen. Er habe für 17.00 Uhr die Vertreter der Fraktion und die Vorsitzenden der beiden beteiligten Ausschüsse Schröder und Gradl<sup>38</sup> eingeladen. Und er habe die Absicht, in diesem Gespräch ein ständiges Kontaktgremium vorzuschlagen. Ich habe dann Herrn Scheel gesagt, dies sei nicht die Erfüllung der Voraussetzungen, an die unser Kooperationsangebot gerichtet sei. Wir wünschten vorher alles zu wissen, was Bahr und Kohl bisher besprochen hätten. Wir wünschten die Weisungen zu kennen, bevor das Kabinett sie festlege. Und wir wünschten vor allen Dingen, bevor Herr Bahr mit Herrn Kohl anfinde, hier wirklich mitreden zu können, entsprechend dem Vorgang vom vergangenen Jahr. Welchen Rang das hat, haben Sie in meinem Blitzbericht dazu eben gesehen. Herr Scheel sah sich dazu nicht imstande. Daraufhin haben wir um 14.00 Uhr eine EntschlieÙung gefaÙt, die hier vorliegt und die auch über das Mittagmagazin verlesen. Sie heiÙt: „Unser Angebot auf Kooperation mit der Bundesregierung für die zweite Stufe der Berlin-Regelung setzte – wie der Bundesregierung bekannt – voraus: 1. vollständige Unterrichtung über den Inhalt der bisherigen Verhandlungen Bahr-Kohl; 2. ein Konsultationsgespräch mit dem Kanzler und mit dem Außenminister vor Erteilung der Weisungen an Herrn Bahr; 3. Abstimmung zwischen Regierung und Opposition vor Beginn der innerdeutschen Gespräche am 6. September 1971. Diese Konsultation und Kooperation ist nicht rechtzeitig zustande gekommen. Die Information nach Entscheidung kann das nicht ersetzen.“<sup>39</sup> Herr Ehmke war am Montag bei mir, um das zu besprechen, und kennt meine Wünsche: erstens vollständige Unterrichtung über den Inhalt der bisherigen Verhandlungen Bahr-Kohl, zweitens ein Konsultationsgespräch mit dem Kanzler und mit dem Außenminister vor Erteilung der Weisungen an Herrn Bahr, drittens Abstimmung zwischen Regierung und Opposition vor Beginn der innerdeutschen Gespräche am 6. September 1971. Das hat einen großen Wirbel gemacht um 14.00 Uhr innerhalb der Bundesregierung. Ich kam fünf Minuten zu spät, weil um 14.30 Uhr Herr Scheel am Telefon war und sagte: „Herr Barzel, muß das denn sein?“. Ich habe gesagt: „Ich habe Ihnen das um 12.00 Uhr angekündigt, und nachdem von 12.00 bis 14.00 Uhr nichts passierte, habe ich diese Erklärung abgegeben.“ Herr Scheel bemüht sich jetzt, ein Gespräch am Sonntag, 16.00 Uhr zustande zu bringen. Dies war eine vertrauliche Unterhaltung, vertraulich aber ist bei dieser Regierung gar nichts. Der Regierungssprecher läuft zur Zeit durch Bonn und sagt, es habe einen Kontakt Scheel/Barzel gegeben, und man hoffe doch, am Sonntag um 16.00 Uhr ein Gespräch Brandt-Scheel-Stücklen-Barzel zustande zu bringen. Ich glaube, wenn es dazu käme, würden wir in dieser Sache nicht schlecht dastehen. Bei diesem Gespräch sollten wir natürlich die Linie fahren, daß jetzt alles ganz

---

38 Notiz von Werner Marx über das Gespräch vom 3. September 1971 im Auswärtigen Amt in ACDP 01-356-301.

39 Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 3. September 1971. Der unvollständige Text im Tonbandmitschnitt wurde entsprechend ergänzt.

wasserdicht wird, daß die Botschaftersachen nicht verschlechtert werden, und daß hier nicht etwa der vorweggenommene Generalvertrag mit der DDR im Zusammenhang mit der Ausfüllung des Botschafterabkommens zustande kommt. Dieser Vertrag, der nun innerdeutsch zu schließen ist, kann im Grunde nur so formlos wie möglich aussehen: „Wir haben den Auftrag, folgende sechs Punkte oder sieben, wie viele es sind, nach dem Botschafterabkommen auszufüllen, und kommen zu den einzelnen Punkten wie folgt überein.“ Wenigstens wäre dies die erste Einleitung, die mir vernünftig erschien, aber das alles wird weiter zu behandeln sein. Um uns nicht in eine falsche Optik zu begeben, haben wir natürlich die Informationsangebote für heute 17.00 Uhr angenommen, aber deutlich gemacht, daß das das andere nicht ersetzen kann. Es werden um 17.00 Uhr der Kollege Marx, als Arbeitskreisvorsitzender und als Vorsitzender in der Kommission, zusammen mit dem Kollegen Wagner von der CSU hingehen, sich informieren lassen, uns dann, wenn wir noch zusammen sind, hier oder anderswo unterrichten, und wir werden dann sehen, wie dies voran geht.

Ich fasse zusammen, es ist jetzt ganz entscheidend, und zwar nicht nur im Interesse der Partei, daß wir in diesen Fragen wirklich mit einer Zunge reden, damit wir hier so viel wie möglich einwirken können auf das, was nun noch aussteht. Nach den Entschlüssen von heute hindert das ja in keiner Weise unsere klare Position vis-à-vis den Verträgen. Ich habe im Eilgalopp berichtet, und viele Dinge, die dem Präsidium und Ihnen persönlich und anderen sehr wohl bekannt sind, unterlassen, aber ich glaube, es war notwendig, diesen Gesamtbericht zu geben. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie Herrn Kollegen Marx noch für wenige Minuten für die konkreten Punkte, die ich weggelassen habe, das Wort geben könnten.

*Kiesinger:* Vielen Dank. (*Beifall.*)

*Marx:* Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich will versuchen, es ganz kurz zu machen. Ich darf nur folgende Bemerkungen vorausschicken<sup>40</sup>:

Erstens, die Schwierigkeiten lagen für uns natürlich während der ganzen Zeit darin, daß wir uns nur auf Texte stützen konnten, die nicht amtlich waren und die nur in den Zeitungen standen. Wir müssen eine ganze Reihe von Punkten noch einmal aufgrund der heute veröffentlichten Texte nachprüfen.

Zweitens möchte ich sagen, daß, wenn man eine sehr subtile Kritik des Textes vornimmt, man nicht ausbalancieren kann, was auf der einen Seite positiv und auf der anderen Seite negativ ist, weil die Gewichte bei den positiven Punkten ganz anderer Art sind als bei den negativen. Ich würde das so zusammenfassen: Es sind die pragmatischen Punkte zu einem größeren Teil positiv geregelt, während die Punkte mit einer politischen Dimension – auch im Zusammenhang mit der sowjetischen Westpolitik – zu unseren Lasten geregelt sind.

Einige Anmerkungen zu dem, was man unter der Überschrift „positiv“ zusammenfassen kann:

Erstens, es scheint positiv geregelt der Verkehr von und nach Berlin. Es wird in dem Text gesagt: Er soll unbehindert sein. Er soll rasch vonstatten gehen. Es wurde gesagt,

---

40 Das Referat von Marx liegt als Transkript vor (ACDP 07–001–917), es ist hier übernommen.

er sei bevorzugt oder berechtigt. Ich höre, daß im endgültigen Text das abschwächende Wort steht: Er werde „begünstigt“. Es wird gesagt, daß bei Personen nur die Identität geprüft wird, Festnahmen und Zurückweisungen würden nicht erfolgen. Aber ich muß sie gleich aufmerksam machen auf die Fußangeln, die im zweiten Teil dieser Aussage verborgen sind. Nämlich hier ist gesagt: In speziellen Fällen, nämlich dann, wenn ausreichend Grund zum Verdacht gegeben sei, müsse dann doch geprüft werden, und zwar sowohl bei den Personen als auch bei den Wagenladungen, von denen normalerweise gesagt wird, daß sie plombierte Sendungen sind und keinen Kontrollen unterliegen. Es wird also nur die Unversehrtheit der Plombe kontrolliert, und es soll lediglich bei denjenigen Fahrzeugen, die sich einer Plombierung entziehen, nur dann eine Identifizierung vorgenommen werden, wenn auch dort „in besonderen Fällen ausreichender Grund für den Verdacht des Mißbrauchs besteht“. Das wird dann noch im einzelnen dargestellt. Das könnte heißen, daß Güter, Gegenstände oder Menschen an den Seiten der Durchgangsstraßen aufgenommen oder abgegeben werden. Es heißt aber auch, daß dieses alles die innerdeutschen Behörden klären müssen. In diesem Zusammenhang kommt das Wort „Transit“ nun doch in dem endgültigen Text vor. Und zwar ist das Wort „Transit“, so wie es die Sowjetunion gewollt hat, akzeptiert worden; zumindest in dem Fall, wo der sowjetische Botschafter seinen drei westlichen Kollegen die Mitteilung macht, steht „Transit“ drin. Sie wissen, das Problem ist, daß man aus einem Staat über das Territorium eines zweiten in das Territorium eines dritten liefert oder daß der zweite Staat, über dessen Territorium – und das ist hier aufgeführt – „transit“-geführt wird, aus Gründen seiner inneren Sicherheit den Transit unterbrechen kann. Dies würde dann eine sehr lange politische Kontroverse herbeiführen, und dies sollte umgangen werden.

Die weiteren Anmerkungen, die Herr Dr. Barzel auch im Fernsehen gemacht hat<sup>41</sup>, hängen zusammen mit dem Problem Visa, was bedeutet, auch dieser ganze weite Sektor muß zwischen den deutschen Stellen geklärt werden.

Zweitens, es scheinen positiv geregelt die Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland, jene Bindungen, von denen wir gesagt haben, sie seien für uns sprechende Realität, Bindungen politischer, wirtschaftlicher, finanzieller und kultureller Art. In den Texten heißt es wiederholt, diese Bindungen seien zu unterhalten und zu entwickeln. Die Sowjetunion ihrerseits sagt, sie nehme von diesem Text Kenntnis. Es wird weiterhin gesagt, es sei eine ständige Verbindungsstelle einzurichten. Die Frage ist zu klären, welche Aufgabe hat sie, welche Teilaufgaben werden in den sogenannten Zweigbüros erledigt werden können. Es wird auch die Frage noch zu klären sein, und zwar nicht mit den Behörden der DDR, sondern innerhalb der Bundesregierung – dies ist eine der wichtigen Fragen von uns an die Bundesregierung –, wo wird diese Behörde administrativ und politisch verantwortlich verzahnt. Und als letztes zu diesem Teil wird gesagt, daß die Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland nach der bisherigen Methode übernommen werden auf West-Berlin.

---

41 Interview Barzels am 30. August 1971 in der Sendung „Report“ (Text in ACDP Dokumentation AO Barzel/Interview).

Was die Personen anlangt, die nach West-Berlin reisen aus der Bundesrepublik, so ist ein Halbsatz, der zu Bedenken Anlaß gibt. Auch der muß noch näher geklärt werden. Er heißt: „Unter Voraussetzungen, die vergleichbar sind mit jenen anderen Personen, die diese Gebiete besuchen oder in sie einreisen“, wobei ich aufmerksam machen möchte auf die Formel „einreisen“, die im Völkerrecht bedeutet, einreisen in einen anderen souveränen Staat.

Drittens, es ist gesagt, und es wird der Anschein erweckt, daß die Außenvertretung der Angelegenheiten der West-Berliner oder – genauer gesagt – der drei Sektoren West-Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland voll geregelt sei. Im Text behalten sich die drei Westmächte ihre Rechte und Verantwortlichkeiten vor, soweit sie Fragen der Sicherheit und Statusfragen betreffen. Und es wird gesagt, ohne daß man das präjudiziere, man sei bereit, der Bundesrepublik Deutschland zuzugestehen die Leistung konsularischer Dienste. Dies sei nicht ganz das, was man normalerweise verstehen kann unter „konsularischer Vertretung“, es heißt die „Leistung konsularischer Dienste“.

Es wird weiterhin festgelegt, daß bei den Außenhandelsverträgen ausgedehnt werden kann der Geltungsbereich von der Bundesrepublik auch auf West-Berlin. Wir haben das früher unter dem Stichwort „Berlin-Klausel“ verstanden. Es wird aber neu hinzugefügt, und das ist erschwerend und nicht mehr positiv, daß diese Klausel immer angeführt sein muß, wenn die Deutschen wünschen, daß dieser Vertrag auch für West-Berlin gilt. Das heißt, in all unseren Handelsverträgen mit unserem Verbündeten oder mit Ländern der Dritten Welt muß zukünftig die Berlin-Klausel enthalten sein. Es wird von der Regierung der Eindruck erweckt, als ob dies bedeute, die Sowjetunion ihrerseits sei nun bereit, Verträge abzuschließen mit der Berlin-Klausel. Nichts in dem Vertrag rechtfertigt eine solche Hoffnung. Es kann sein, aber es ist aus dem Vertrag so nicht zu ersehen.

Viertens, es wird gesagt, daß die Vertretung West-Berliner Interessen in den internationalen Organisationen durch die Bundesrepublik Deutschland dargestellt werden könne, auch in internationalen Verhandlungen. Es wird weiterhin gesagt, internationale Austauschveranstaltungen, Ausstellungen und Konferenzen könnten von West-Berlinern besucht werden, könnten auch in West-Berlin stattfinden auf Einladung des Senats oder auf eine kombinierte Einladung von Senat und Bundesregierung.

Und die letzte Bemerkung zu dem positiven Teil lautet, daß die besseren Kommunikationsmöglichkeiten in der geteilten Stadt verschiedentlich angesprochen sind. Es wird die Öffnung weiterer Übergänge angekündigt. Es wird allgemein die Formulierung verwendet, daß dies alles verbessert werden solle, ohne es im einzelnen darzulegen. Und es wird auch eine Regelung vorgeschlagen, was die einzelnen Enklaven anlangt.

Ich komme nun zum zweiten Teil, von dem wir glauben, daß man ihn mit der Überschrift „negativ“ oder „teilweise negativ“ bezeichnen muß. Wir haben bis jetzt 24 verschiedene Teile herausgefunden, die interpretationsfähig sind und die wir natürlich auch, wenn es möglich ist, mit unseren westlichen Alliierten prüfen wollen, weil wir, wenn immer möglich, den Versuch machen wollen, positive Interpretationen zu brin-

gen, um die andere Seite in die Situation zu drängen, sagen zu müssen, so haben wir das nicht gemeint. Wir wollen uns also auf keinen Fall auf die Positionen eventueller sowjetischer Interpretationen festlegen, sondern wir machen unsere eigenen, wenn nötig abgestimmt mit unseren Alliierten. Und dazu wäre zu sagen:

Erstens, das Wort „Berlin“ oder wie es früher in den Vier-Mächte-Vereinbarungen hieß, „Groß-Berlin“ kommt in dem gesamten Abkommen nicht mehr vor. Es wird an verschiedenen Stellen ersetzt durch die Formulierung „das betroffene Gebiet“, an einer Stelle heißt es „dieses Gebiet“. Wir haben das heute morgen geprüft, und Herr Mikat hat uns noch einmal sehr nachdrücklich belehrt, daß nach dem gesamten Duktus dessen, was jetzt vorliegt, die Sowjetunion es sehr leicht hätte zu erklären, daß unter der Formulierung „betroffenes Gebiet“ nur West-Berlin gemeint sei mit allen Konsequenzen, die sich gerade aus Punkt 2, 3 und 4 der Präambel ergeben könnten. Herr Dr. Barzel hat gesagt, wir wollen nicht sagen, über Ost-Berlin ist nicht geredet worden. Aber ich glaube, wir können sagen bei einer genauen Prüfung des Textes, daß über Ost-Berlin kein Wort geregelt worden ist, in der Tat nur für West-Berlin, und West-Berlin ist kein konstitutiver Teil. Jetzt haben wir also die Formel „Bestandteil (konstitutiver Teil)“. Was dies im einzelnen bedeutet, muß geklärt werden. Die Bundesregierung hat der schon im Papier der Alliierten vom 5. Februar<sup>42</sup> enthaltenen Formulierung zugestimmt, die hier noch einmal, und zwar dieses Mal den Sowjets gegenüber ausgesprochen wird, das der Art. 23 des Grundgesetzes suspendiert ist und bleibt. Hier haben wir eine Qualitätsverschiebung. Was bisher zu den inneren Verhältnissen gesagt worden war zwischen den westlichen Alliierten und uns, wird jetzt Gegenstand eines Vertrages, den die Sowjetunion unterschreibt. Und da in dem Vertrag gesagt worden ist, niemand kann einseitig irgend etwas ändern, wäre irgendein Versuch einer Änderung der Versuch, den Vertrag selbst zu brechen. Insoweit gibt es hier keine Minderung des Status. Ich glaube, daß hierüber kein Zweifel erlaubt ist.

Zweitens, die Minderung der Bundespräsenz. Auch hier gibt es einige der Presse und von Herrn Bahr und Herrn Ahlers in Gesprächen den Journalisten mitgeteilte positive Anmerkungen. Ich kann sie nicht teilen. Es wird gesagt, es gäbe keine konstitutionellen und offiziellen Handlungen in Berlin. Und es wird in dem Brief an den Bundeskanzler<sup>43</sup> dies präzisiert mit der Formulierung – ich gehe immer noch von dem nichtamtlichen Text aus –, daß keine direkte staatliche Autorität Bonns in Berlin tätig werden kann. Was heißt das? Heißt das nun, es können die Bundestagsausschüsse acht, elf und 15 mal, oder heißt es, es können mit Ausnahme des Verteidigungsausschusses alle, nur nicht zur gleichen Zeit, tätig werden? Dies muß geklärt werden. Und es wird auch gesagt, daß sie tätig werden können, wenn sie Probleme besprechen, die mit Berlin in einem Zusammenhang stehen. Wir wollen das von vorneherein positiv interpretieren, indem wir sagen: Alles, was in Bundestagsausschüssen besprochen wird, wird im Zusammenhang mit der später erfolgten Überleitung natürlich ebenfalls positiv

---

42 „Berlin-Gespräche der vier Botschaftsräte am 5. Februar“, vgl. AAPD 1971 Dok. 52; MAHNKE Dok. 116.

43 Brief der Botschafter der Drei Mächte in EUROPA-ARCHIV Folge 19/1971 D 455–457.

verstanden. Eine weitere Anmerkung, die ich noch hinzufügen möchte, es heißt: „Im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung und Entwicklung von Bindungen zwischen jenen Sektoren und der Bundesrepublik Deutschland“. Dies sind Formulierungen, die es nicht leicht machen zu interpretieren, was es eigentlich bedeuten soll in der konkreten politischen Situation.

Drittens, es werden an die Berliner Pässe ausgegeben mit einem Stempel. Das heißt, daß in jenen Staaten, wo dies verlangt wird, diese Pässe vorgelegt werden müssen.

Viertens, wir wissen, daß das sowjetische Generalkonsulat, von dem wir wissen, daß es in dem sowjetischen Papier vom 26. März<sup>44</sup> enthalten war und von dem die Bundesregierung zunächst gesagt hatte, sie lehne es ab, daß dies durch Herrn Bahr in Gesprächen mit unseren Alliierten in Washington drängend vorgetragen worden ist. Dies kann nicht bestritten werden.

Es gibt bei dieser Regelung eine Reihe von Teilregelungen, die viele Leute als sehr positiv ansehen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß etwaige Festlegungen, daß das Personal des Generalkonsulats nur die und die Zahl umfaßt und daß es in West-Berlin wohnen kann, entgegen den bisherigen Einlassungen der Alliierten sind, die sich strikt geweigert haben, den Mitgliedern sowjetischer Missionen verschiedenster Art dort ein Wohnrecht zuzugestehen. Es ist weiterhin zu sagen, daß es eine sehr verstärkte Handelsaktivität geben wird. Es heißt hier – eine einzige Zeitformulierung in dem ganzen Abkommen – bei der sowjetischen Handelsvertretung und Handelstätigkeit in Ost-Berlin: Dies gelte auf unbegrenzte Zeit. Es werden drei große sowjetische staatliche Firmen genannt. Jede dieser Firmen kann einen Zollspeicher in West-Berlin aufstellen. Auch dies ist eine Änderung gegenüber bisher. Bisher konnten deutsche Großhandelsfirmen mit Hilfe der Bundesrepublik weiterliefern, wenn sie aus der Sowjetunion oder Polen Waren und Güter nach West-Berlin bezogen hatten. Die Sowjetunion hat seit etwa drei Jahren dies immer wieder zu verhindern getrachtet. Es ist jetzt ganz verhindert. Sie liefert jetzt direkt über ihre Organisationen und nicht mehr über Institutionen in die Bundesrepublik.

Fünftens, es ist zum ersten Mal in einem solchen völkerrechtlich gültigen Text, den westliche Mächte unterschreiben, die Deutsche Demokratische Republik eingeführt. Sie ist sozusagen als stiller Vertragspartner von der Sowjetunion wiederholt genannt mit der Formulierung „nach Konsultationen und in Übereinstimmung mit der Regierung der DDR“. Herr Dr. Barzel hat gesagt, alles, was die Sowjetunion anlangt, sei präzise geregelt in dem deutsch-sowjetischen Vertrag. Ich muß hinzufügen, alles, was dies anlangt, ist sehr präzise und außerordentlich ausführlich in diesem Abkommen geregelt, so daß es fast die Hälfte des Textes ausmacht. Vieles, was uns unmittelbar und mittelbar betrifft, ist interpretationsfähig.

Ich glaube, wir sollten nicht, wenn wir die Berliner Situation beurteilen, dies isoliert sehen, sondern wir sollten es im Zusammenhang mit unserer eigenen Politik und mit der Politik der sowjetischen Seite betrachten. Wir sollten es vielleicht auch im Zusammenhang mit anderen weltpolitischen Vorgängen sehen, die sich nicht nur in Europa

---

<sup>44</sup> Vgl. MAHNKE Dok. 117; AAPD 1971 Dok. 110.



abspielen. Meine dringende Bitte wäre, wenn ich die aussprechen darf, daß man sich hütet, mit einem gewissen Ton von sehr großer Zufriedenheit und Jubel dies zu begleiten, denn dies werden wir alles zu bezahlen haben bei den vor uns liegenden Verhandlungen zwischen Herrn Bahr und Herrn Kohl. Und je positiver jetzt in der Öffentlichkeit dieser Vertrag von uns dargestellt wird, desto schwieriger wird es dann für uns sein, wenn der deutsch-sowjetische und der deutsch-polnische Vertrag auf der Tagesordnung stehen, weil dann viele sagen werden, wollt ihr dies alles, was ihr selbst so positiv bewertet habt, durch ein Nein-Votum wieder gefährden? (*Beifall.*)

*Kiesinger:* Herr Echternach hat sich zu Wort gemeldet.

*Echternach:* Ich glaube, wir haben alle Veranlassung, Herrn Dr. Barzel und der Bundestagsfraktion für diese sehr kluge und konstruktive Haltung, die Sie seit dem letzten Jahr eingenommen haben, unsere Anerkennung auszusprechen. Wenn ich aber die Erklärung lese, die heute die Bundestagsfraktion abgegeben hat und auch die Worte von Herrn Dr. Marx richtig verstanden habe, läuft offenbar die Tendenz dahin, das Berlin-Abkommen letzten Endes als unbefriedigend zu verwerfen. Ich weiß nicht, ob die Mindestvoraussetzung einer Übereinstimmung mit der Berliner CDU dafür gegeben ist, wir haben ja alle das sehr abgewogene Papier von Lummer<sup>45</sup> bekommen. Nun weiß ich nicht, wie die Meinungsbildung in der CDU im einzelnen läuft. Sollte es zu einem positiven Eindruck der Berliner CDU kommen und zu einer umgekehrten Haltung der Bundes-CDU, muß eine Harmonisierung eintreten. Die Berliner CDU wird sich wohl sehr bald deutlicher äußern müssen, als wir uns im allgemeinen bisher geäußert haben.

Ich frage aber vor allem, gerade wenn man berücksichtigt, was durch die Haltung unserer Fraktion an Positivem erreicht worden ist, würden wir diesen positiven Anteil unserer Partei nicht im Grunde abwerten oder auf Null reduzieren, wenn wir dieses Abkommen jetzt verteufeln? Ich meine, das wäre ein bedauerliches Ergebnis, und wir sollten deshalb den Anteil, den die Haltung der Fraktion auf den positiven Teil des Berlin-Abkommens eben erzielt hat, deutlicher machen, was voraussetzt, daß wir dieses Abkommen nicht von vornherein verteufeln. Und hier setzt eine weitere Bemerkung an, wie weit kann man das, was Herr Dr. Barzel hier vorgetragen hat, auch tatsächlich verwerten in der öffentlichen Diskussion? Aufgrund unserer, wie ich meine, zwar richtigen, aber doch differenzierten Haltung kommen wir in eine gewisse Isolierung. Selbst unsere Parteigänger in der Springer-Presse überhäufen uns momentan mit Kritik. Aber wir sind momentan nicht in der Lage, das deutlich zu artikulieren.

*Kiesinger:* Also, ich darf gleich zu einem Punkt etwas sagen. Wir haben ja vorhin unseren Entschluß vorgetragen, der ist gebilligt worden. Wir haben dabei betont, daß er in Übereinstimmung steht mit der Fraktion oder des engeren Fraktionsvorstandes. Von einer Verteufelung dieser Berlin-Vereinbarung kann gar keine Rede sein, son-

---

45 19seitige Studie Lummers vom 31. August 1971 „zu einem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin“ (Text in ACDP Dokumentation AO Lummer). Vgl. FAZ vom 2. September 1971 „Lummer: Moskau will Anerkennung des Besitzstandes“; „Frankfurter Rundschau“ vom 2. September 1971 „Berliner CDU ist noch uneinig“.

dern es ist eine nüchterne Darlegung des Positiven und des Bedenklichen. Wir können nicht ein unbeschränktes Ja zu diesem Abkommen sagen. Wir sind dazu auch nicht aufgefordert. Die Sache ist durch unsere Verbündeten ausgehandelt worden. Ob sie uns gefällt, wo sie uns gefällt, ob und wo sie uns nicht gefällt, das ist eine zweite Sache, und deswegen haben wir uns ja bewußt auf eine knappe Aussage beschränkt. Und ich glaube, wir müssen unseren Freunden zumuten, das betrifft Ihre weitere Frage, in der nächsten Zeit eine ähnliche Zurückhaltung zu üben, und nicht von diesen internen Unterrichtungen, die wir hier haben, soundso viele Punkte herauspicken oder etwa nur von den positiven Elementen sprechen oder auf sie hinweisen, ohne irgendwo von den negativen zu sprechen. Das ist manchmal unbequem, wenn man da sagen muß, wir halten uns um Berlins Willen zurück. Wir fassen doch diese Beschlüsse, damit wir denen, die sich in diese Einzelheiten nicht haben einarbeiten können, wenigstens eine Formel an die Hand geben, die sie in der Öffentlichkeit benützen können. Und die sollte man dann auch allgemein benützen. Es sollte nicht jeder individuell auf seine subjektive Art zu diesem Problem Stellung nehmen. Dazu möchte auch ich recht herzlich gebeten haben. Wenn wir das nicht tun in den nächsten Tagen, und die Erfahrung lehrt, daß die Gefahr besteht, daß wieder der eine oder der andere ausbricht, und bei irgendeiner Gelegenheit nun ins Einzelne geht, dann werden wir nicht mehr glaubwürdig. Unsere Zurückhaltung muß so verstanden werden, das muß uns gelingen in der Öffentlichkeit, daß wir jetzt so knapp formulieren und so wenig ins Detail gehen, weil wir die Sache im gegenwärtigen Stadium nicht gefährden und belasten wollen. Das zu dem, was wir hier verhandelt haben, Herr Echternach. Ich würde also meinen, von den Dingen, die hier gesagt worden sind, in der Öffentlichkeit Abstand zu nehmen, einen Kommentar zu geben oder das eine oder andere herauszupflücken, denn dann ist alles wieder frei. Dann kriegen wir ein wildes Durcheinander von individuellen Äußerungen.

*Barzel:* Ich will es versuchen, ganz kurz zu machen. Keiner kann doch heute, wo die Sache fertig ist, ja oder nein sagen. Die Frage, ob es überhaupt vor den Bundestag kommt, ist aus folgendem Grunde sehr wichtig, die möchte ich doch mitteilen. Als sich, ungefähr im März, dieser Aufbau eines möglichen Abkommens abzeichnete, also mit einem zweiten innerdeutschen Teil, gab es einen Hinweis von den östlichen Verhandlungspartnern, daß dieser innerdeutsche Teil in rechtlich gehöriger Form zu verabschieden sei, also mit Zustimmung des Bundestages und der Volkskammer. Als dies bekannt wurde, sahen wir uns als Opposition dieser Forderung gegenüber mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Das lachende Auge war, wenn hier eine unbefriedigende Berlin-Regelung kommt, bekommt die Bundesregierung keine Majorität, in Berlin ist diese Gesinnung weit über die CDU/CSU hinaus verbreitet. Das Weitere war, daß wir nicht die Absicht hatten, in dieser Weise die DDR in die Partnerschaft zu bringen. Die Bundesregierung hat aus demselben Grunde, nur mit der Begründung andersrum, gesagt, das wollen wir bitte nicht machen. Die Alliierten waren auch gegen die Befassung des Bundestags, wieder aus anderen Motiven, nämlich weil sie nicht wünschten, und das ist jetzt sehr wichtig, daß im Bereich ihrer originären Rechte das frei gewählte deutsche Parlament irgend etwas mit Zustimmung zu tun habe. So waren

wir auf der westlichen Seite mit unterschiedlichen Argumenten und aus unterschiedlichen Motiven einer Meinung. Wir noch aus einem anderen Grunde, und das ist nun wirklich nichts für die Öffentlichkeit: Ich kann nur alle warnen, von der Möglichkeit des Gegenjunktims der Sowjetunion zu sprechen. Daß wir daran denken, ist ganz klar. Und deshalb ist der Schlußteil so gewählt, daß, wenn die Deutschen fertig sind, die vier noch mal zusammentreten. Die Formulierung, die heute abgezeichnet ist, bedeutet, daß in Kraft tritt, wenn unterschrieben ist, das werden die Außenminister in Berlin machen. Dann wird es natürlich politische Debatten im Bundestag geben, aber die Frage einer förmlichen Zustimmung wird tunlichst nicht gestellt. Wir haben auch in der vergangenen Woche der Bundesregierung gesagt, sie sollte es sich sehr gut überlegen, ob sie förmlich zustimmen könne in der abweichenden Formulierung gegenüber dem Grundgesetz. Das hat auf sie Eindruck gemacht, sie hat das zur Kenntnis genommen. Und ich hoffe, daß man in Berlin sich auch daran beteiligen kann. Deshalb ist also der Bundestag wahrscheinlich gar nicht gefragt. Und dann verwerfen wir das, damit müssen wir dann leben. Sie können sich politisch dazu äußern und bis dahin noch Einfluß nehmen.

Die Frage der Isolierung: Ich glaube, wenn Sie die Mitteilung von den USA nehmen, dann kann man das nicht sagen. Auch östliche Gesprächspartner bemühen sich zur Zeit viel mehr um uns als früher. Innenpolitisch ist das ein bißchen so, aber die Meinungsumfragen dazu sind ja auch abwartend, in Berlin auch abwartend.<sup>46</sup> Die Dokumentation der Bundesregierung werden wir uns ansehen. Wir haben einen Vorauftrag für eine eigene Dokumentation gegeben, und es ist sehr zu überlegen, ob wir dann unsere eigenen Vorstellungen hineinpacken oder nicht, denn damit ist natürlich Mißbrauch zu treiben, wenn es sich so verhält, wie ich vorher sagte, daß quantitativ das allermeiste abgehakt werden kann, aber das, was uns qualitativ beschwert, natürlich der Interpretation und Ergänzung bedarf.

*Lorenz:* Die Berliner, das weiß man nicht nur aus täglichen Gesprächen, sondern auch inzwischen aus Meinungsumfragen, behandeln das Ergebnis skeptisch aufgrund ihrer 25 Jahre langen schlechten Erfahrung mit der Praxis der Kommunisten, allerdings mit einer Hoffnung, daß die Lebensverhältnisse auf den Zufahrtswegen und im innerstädtischen Verkehr doch besser werden. Das ist eine sehr vernünftige Haltung, würde ich sagen, wenn man mal von juristischen Interpretationen, die nicht jeder Bürger auf der Straße vornehmen kann, absieht und versucht, einfach das herauszulesen, was im ersten Moment herausgelesen werden kann. Die Berliner werden also das Ergebnis danach beurteilen, ob sie in der Praxis auf den Wegen von und nach Berlin und im innerstädtischen Verkehr unbehindert verkehren und hin- und hergehen können. Ob sie im Ausland überall als Deutsche, sprich, bundesdeutsche Staatsbürger behandelt werden, ob ihre Pässe überall ihnen sämtliche Wege eröffnen, daß sie in keiner Weise diskriminiert sind, vor allem durch die Behörden der Bundesrepublik, daß sie

---

46 Vgl. Allensbacher Berichte vom 24. März 1971 „Zwei Drittel der Berliner für Bundespräsenz“ sowie Allensbacher Berichte Nr. 14/1971 „Zur Sendung des ZDF-Magazins am 26. Mai um 20.15 Uhr – Politik der unerfüllten Hoffnungen im Osten“.

nach wie vor jede Chance haben in Beziehung auf ihre Zusammengehörigkeit mit der Bundesrepublik, jede Chance der politischen, wirtschaftlichen, persönlichen, gesellschaftlichen Entwicklung. Danach wird es beurteilt werden. Und im übrigen sind sich, glaube ich, alle, die ein bißchen mehr nachdenken, darüber klar, daß damit weder eine Berlin-Lösung erreicht ist, noch etwa bei näherem Hinschauen, auf lange Sicht die Probleme in Berlin aus der Welt geschafft sind, sondern, daß auf der Basis einer völlig gegensätzlichen Rechtsauffassung, die in keiner Weise geklärt ist, bestimmte Regelungen aufgebaut worden sind, die hoffentlich wirklich lange halten, jedenfalls wenn sie so ausgeführt werden, wie sie im Ansatz von den Westalliierten gemeint sind. Und im übrigen darf das alles nicht, weder nach der positiven, wie ich meine, noch nach der negativen Seite überbewertet werden. Es ist kein Zweifel, Freund Echternach, daß keiner von uns daran denkt, dieses Abkommen zu verwerfen, das haben wir hier schon einmal vor kurzem im Präsidium ausgeführt. Ich muß darauf hinweisen, daß, wie auch immer man diese Dinge bewertet, in ihrer Schwergewichtigkeit, wir, wenn wir nicht den Berlinern den Rat geben sollten: „Nun packt die Koffer, jetzt geht es den Bach runter“, natürlich nicht das Vertrauen in die Westalliierten und in dieses Abkommen untergraben dürfen, und sogar noch sagen müssen, die Westalliierten haben ihre eigene Position voll gewahrt, und dafür nunmehr auch die Zustimmung der neuen Union für ihre eigene Position. Anders können wir politisch überhaupt nicht argumentieren, wenn wir weiter Politik machen wollen. Ich glaube, darüber müssen wir uns also klar sein.

Es ist hier auch schon gesagt worden, daß wir gar keinen Grund haben, der Sache zuzustimmen, es wird also weder im Berliner Abgeordnetenhaus ratifiziert noch vermutlich im Bundestag, und wir wären auch falsch beraten, wenn wir etwa Jubel anstimmten. Zum Feiern ist schon deshalb kein Anlaß, weil das zu Lasten unserer Landsleute im Osten gehen würde. Für die kommt hier leider überhaupt nichts heraus. Abgesehen davon wird die Euphorie, die die Bundesregierung vermutlich zu erzeugen sich bemühen wird, auf sie selbst zurückschlagen. Die kann nämlich nur zur Folge haben, daß Leute erwarten, es ist alles prima, was bisher schlecht war, und davon kann natürlich in der Praxis nachher auch keine Rede sein, das schlägt also stimmungsmäßig wieder zurück. Da können wir in aller Ruhe abwarten, ich würde keine Angst haben vor bestimmten Zeitabschnitten, in denen man mal in einer Minderheit zu sein scheint, das ist sehr schnelllebig und vergänglich.

Nun möchte ich noch einen Gesichtspunkt hier beisteuern. Es ist sehr richtig gesagt worden, daß das nur alles gesehen werden kann auf dem Hintergrund der Deutschlandpolitik und der Ostpolitik der Bundesregierung. Der entscheidende, und das sage ich auch in Berlin ganz deutlich, der entscheidende Gegensatz unserer Politik zu der der SPD ist, daß die SPD in Wahrheit die Politik der Selbstbestimmung mit dem endgültigen Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands, und damit mit dem endgültigen Ziel der Wiederherstellung Berlins als Hauptstadt eines solchen wiedervereinigten Deutschlands in der Praxis aufgegeben und sie ersetzt hat durch eine „Humanisierung“ der beiden deutschen Teilstaaten, die voll bis zur völkerrechtlichen Anerkennung nach meiner festen Überzeugung aufgewertet werden sollen.

Und, lieber Freund Blüm, wenn ich mal eine Bemerkung von Ihnen aufgreifen darf, ich hoffe, daß Sie unser Beharren auf der Politik der Selbstbestimmung mit dem endgültigen Ziel der Wiedervereinigung nicht etwa als eine rechte Politik bezeichnen. Das würde ich zurückweisen müssen, sondern das ist ein fundamentaler Unterschied. (*Blüm*: Habe ich das gesagt?) Nein, ich hoffe, nein, Sie sagten da was von links und rechts. Also ich meine, daß das eine Politik ist, die den wahren Interessen der deutschen Bevölkerung entspricht, um so mehr wir menschliche Erleichterungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands anstreben. So kann das niemand zu Lasten des Zieles der Wiedervereinigung sehen, ich möchte das hier noch einmal in aller Deutlichkeit betonen. Es ist nun leider kein Zweifel, daß diese Ostpolitik, insbesondere der Moskauer Vertrag, Berlin in zunehmendem Maße, und das kommt leider dann eben auch bei diesen Vereinbarungen zum Ausdruck, nachdem es 1961 schon die Funktion der geistigen, kulturellen und faktischen Klammer zwischen den Menschen der beiden Teile Deutschlands verloren hat, wenn man es konsequent überdenkt der Hauptstadtfunktion, jedenfalls auf lange, lange Zeit beraubt ist, mindestens, wenn die Politik der Bundesregierung konsequent fortgesetzt und nicht durch eine Politik der Rückkehr zur Politik der Selbstbestimmung der Wiedervereinigung ersetzt werden kann. Und das bedeutet natürlich, daß wir im weiteren Verlauf der Ausfüllung dieses Abkommens auf die Solidarität aller Bundesbürger angewiesen sind, die eben nun, obwohl ein Status quo minus eingetreten ist, obwohl hier drin steht, Berlin ist kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland, durch ihr praktisches Verhalten beweisen müssen, daß sie nach deutschem Recht, nach deutscher Politik, nach deutscher Auffassung, Berlin nach wie vor als einen unauflöselichen Bestandteil Deutschlands betrachten. Ich habe die große Bitte an Sie alle, das auch durch das praktische Verhalten in Fraktion und Partei deutlich zu machen. Das muß jetzt nicht nur extensiv ausgelegt werden in deutschem Interesse, sondern auch voll ausgeführt. Jetzt müssen die Ausschüsse kommen! Jetzt müssen sie mit Themen kommen, die jedenfalls direkt Berlin nicht betreffen. Ich möchte auch ganz offen sagen, einer der nächsten Bundesparteitage der CDU muß jetzt wieder in Berlin stattfinden. Der Parteiausschuß muß in Berlin tagen und manches andere, damit wir zeigen, wir, die CDU, nehmen jetzt alle die Rechte, die die Union praktisch oder vermeintlich anerkannt hat, auch voll in Anspruch, um damit den Berlinern und allen Deutschen zu beweisen, daß wir an unserer politischen Linie nichts geändert haben. Wenn Sie uns da alle mithelfen würden, wäre ich im Namen auch meiner Parteifreunde sehr dankbar. (*Beifall*.)

*Amrehn*: Dem, was Freund Lorenz eben gesagt hat, möchte ich einige Bemerkungen noch anschließen. Ich bin ja mit all dem sonst einverstanden. Auch, wenn die deutschen Vereinbarungen getroffen sind und das Schlußprotokoll unterschrieben ist, werden wir dazu weder ja noch nein sagen können. Freund Barzel meinte vorhin, wir könnten jetzt nicht ja oder nein sagen. Aber den weiteren Ausführungen, die er gemacht hat, möchte ich entnehmen, daß dann hoffentlich so an uns gar nicht die Frage herankommt. Ich möchte aber noch auf einige Gesichtspunkte aufmerksam machen, die mir nach der einen Seite positiv, und nach der anderen Seite negativ erscheinen.

Man muß wissen, daß das Generalkonsulat ursprünglich nicht im Vertrag stehen

sollte, sondern daß man beabsichtigt hatte, eine Regelung daneben zu treffen. Jetzt steht es im Vertrag. Das ist der zweite Erfolg der Sowjets in dieser Frage. Und da das Ganze zu einem einheitlichen Ganzen zusammengebunden ist, bedeutet es, daß mit dem Generalkonsulat die Sowjets ein Stück Sanktionsmöglichkeit erworben haben, die uns umgekehrt fehlt. Wenn auf den Zugangswegen irgendwo gestört wird, haben wir überhaupt keine Möglichkeit der Antwort, mit Ausnahme der Anrufung der Vier Mächte. Und wann werden die dann schon mal tätig werden bei Störungen auf der Autobahn? Ich möchte hier eine allgemeine Empfehlung für diejenigen, die darauf Einfluß nehmen können, aussprechen. Sollte es nach dem Inkrafttreten schon in den ersten Tagen nicht so laufen, wie die Berliner es erwarten, daß sie nämlich nur ihren Ausweis noch zum Fenster raushalten und weiterfahren können, dann ist schon der erste westliche Protest fällig, weil nach drei oder vier Wochen einer langsamen Abfertigung die Abfertigung als so in dieser Form vereinbart anerkannt wird. Wir stellen uns doch vor – und lieber Freund Barzel, ich habe die Hoffnung, selbst künftig fahren zu können unter blanker Vorweisung des Personalausweises oder noch besser Bundespasses (*Barzel*: Hoffen wir alle!), denn so war es ja nach Einführung des Visums, da kamen wir ganz schnell durch. Aber es könnte auch sein, daß das Herauslassen nachher länger dauert. Und ich kann nur sagen, daß bis zur Stunde die Schikanen auf der Autobahn verstärkt ausgeübt werden. Ich habe das neulich erlebt. Meine Kofferkontrolle, Wagenkontrolle hat fünf Minuten gedauert, aber ich mußte eine halbe Stunde warten, bis ich mein Visum wieder abholen durfte. Und hier ist die schwache Stelle, auf die ich aufmerksam machen möchte. Es steht da drin, „Nach den Methoden, die für die internationale Praxis gilt“. Was ist denn das? In Kufstein stehe ich leider auch 20 Minuten. Das ist internationale Praxis, aber diese Praxis darf eben nicht an den Sektorengrenzen wieder anfangen, daß ich 20 und 30 Minuten stehe, ehe ich hereingelassen werde.

Nächster Punkt: (*Zwischenruf*: Internationale Praxis.) Es steht da, ich habe den französischen Text heute hier, den authentischen französischen, da steht „internationale Praxis“ drin. (*Zwischenruf*: Herr Amrehn, das bedeutet ein zweites, nämlich international) Ja, natürlich, das haben unsere mit akzeptiert, daß „international“ drin steht. Ich freue mich, daß Sie den anderen Punkt ja auch schon erkannt haben. Aber es steht nichts vom Visum drin. Und hier möchte ich die zweite Empfehlung aussprechen. Es dürfen alle Leute, die im Bus sitzen, unstrittig nach dem Text ohne Visum rein. Da steht ausdrücklich drin: Nur Personalpapier. Die Leute, die individuell reisen, müssen neben dem Pass auch noch sich identifizieren als Durchreisende. Mehr steht nicht drin. Das könnte ein Visum sein. Aber das muß es nicht sein. Früher haben uns unsere westlichen Alliierten das Durchreisepapier erteilt, und wir haben es als Fortschritt betrachtet, daß es wegfiel. Es müßte wieder erreicht werden, daß ein von uns selbst oder von den Alliierten genehmigtes Papier der Amerikaner, Engländer oder Franzosen genügt und nicht ein sowjetisch-deutsches Visum erforderlich ist. Und ich weise darauf hin, das steht also auch tatsächlich nicht drin.

Dritter Punkt: Der wird so ganz nebenbei behandelt. Er geht ja sogar auf Berliner CDU-Anregungen zurück: Gebietsaustausch für die Exklaven West-Berlins. Aber es

soll doch wohl nicht so gemeint sein, daß wir das ganze Dorf Steinstücken<sup>47</sup> mit Bewohnern hergeben müssen an die Zone, sondern es kann doch hoffentlich nur beabsichtigt sein in den Gesprächen von Herrn Bahr, daß der Zugangsweg nach Steinstücken uns gegeben wird unter Hergabe unbewohnter West-Berliner Exklaven, die anderswo, wie die Wüste Mark, nur Getreidefelder und so etwas umfassen. Als das Schlimmste in der ganzen Geschichte, ich möchte sagen, als eingebauter Konfliktstoff von vornherein, sehe ich den allgemeinen Teil an, in dem es eben nur „das betreffende Gebiet“ gibt, französisch also „la region correspondante“, wo tatsächlich beide Teile, jeder für sich, die einen den Viermächtestatus für ganz Berlin, und die anderen, die Sowjets, ganz konsequent den Viermächtestatus für West-Berlin herauslesen können und wollen. Weil man sich ja rechtlich nicht hat verständigen können, ist diese Auslegung möglich. Wenn wir also jetzt unsere Forderung, den Schießbefehl abzuschaffen, darauf stützen wollen und müssen, daß in dem betreffenden Gebiet nicht mehr Waffengebrauch zulässig sein soll oder Gewalt, dann müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß da die Auslegung bereits beginnt. „Betreffendes Gebiet“ ist in unseren Augen nur West-Berlin. Hier ist also eine ganz große Schwierigkeit, die am Anfang schon deutlich macht, was wir an weiteren Dingen noch zu erwarten haben. Hinzu kommt der Punkt, daß einseitig die Lage in Berlin, das steht leider wieder in dem betreffenden Text, nicht verändert werden darf. Die Behauptung also, auch der Ostsektor sei in gleicher Weise wie die Westsektoren in die Unveränderlichkeit der Lage einbezogen, läßt sich aus dem Text allein nicht für beide Teile bindend mit Gewissheit ableiten. Insofern muß ich leider der Auffassung zuneigen, daß die einseitige Nichtabänderung von den Westmächten vertraglich eingegangen ist, ohne entsprechende Kompensation für Ost-Berlin.

Nächster Punkt, der mir noch wichtig scheint als Schwäche des Papiers, ist nicht nur der Text, daß der Zutritt nach Ost-Berlin in vergleichbarer Weise zu regeln sei wie der Zutritt für andere Besucher Ostdeutschlands, sondern es steht ja da drin, daß es möglicherweise, ja daß es fast so sein muß wie für Westdeutsche, nämlich daß die Ostbehörden auswählen dürfen, wen sie hereinlassen. Wenn der Westdeutsche nach Ostdeutschland reisen will, muß er eine Aufenthaltsgenehmigung haben. Sie wird noch heute erteilt oder nicht erteilt. Ich halte es für einen ganz schwachen Punkt, und den kann Bahr in der Tat ausräumen, daß in der Zukunft keinem West-Berliner mehr der Zutritt nach Ost-Berlin verweigert werden darf. Das steht aber bisher, anders als für die Zugangswege, im Abkommen nicht drin.

Ich sehe andererseits zwei sehr positive Punkte. Der eine – ich hebe nur das jetzt im wesentlichen hervor, was nicht gesagt worden ist – ganz wesentliche Punkt ist eine Belastung für Pankow, daß die Sowjetunion nach fünfzehnjähriger anders lautender Praxis die Verantwortung für die Zugangswege wieder im eigenen Namen übernom-

---

47 Steinstücken war eine im West-Berliner Stadtteil Zehlendorf gelegene Exklave, deren Annexion die DDR am 18. Oktober 1951 versuchte. Zu einer Regelung im Vertrag vgl. AAPD 1971 S. 263 Anm. 12. Vgl. auch Honore M. CATUDAL: Steinstücken. A study in Cold War politics. New York 1971.

men hat. Ich glaube, daß hier sich sogar etwas mehr Hoffnung jetzt an die Erfüllung dessen, was unterschrieben worden ist, knüpfen läßt, als es bisher der Fall war. Und das zweite, was mir positiv erscheint, ist, daß das Inkrafttreten, das ist vorhin angedeutet worden, vorgesehen ist ohne Bindung an das Inkrafttreten des Moskauer Vertrages. Hier scheint mir doch die alsbaldige Inkraftsetzung der Berlin-Regelung für alle Beteiligten, offenbar auch für die Sowjetunion, ein so wichtiger Punkt, daß wir diese Berlin-Regelung haben können, ohne daß wir selbst Stellung nehmen müssen zum Vertrag, und ohne daß durch den Vertrag und sein Schicksal die Berlin-Regelung beeinträchtigt würde.

Leider bin ich nicht ganz befriedigt mit der Frage der Außenvertretung Berlins. Darin steht mehr oder weniger die Gleichbehandlung mit dem, was wir bisher im Westen gemacht haben. Dem Freund Marx würde ich, wenn er nicht gerade rausgegangen wäre, sagen, es ist ja auch im Westen so, daß wir in jeden völkerrechtlichen Vertrag die Berlin-Klausel hineinnehmen müssen. Da gibt es keine Abweichung vom Osten, sondern auch bei jedem westlichen Vertrag muß die Berlin-Klausel mit der anderen Regierung ausgehandelt sein, nur, daß es bisher im Westen keine Regierung gegeben hat, die das verweigert hätte. Im Osten könnte sie es verweigern. Aber wir haben das hier bei dieser Regelung hingenommen, und es ist anders offenbar nicht zu regeln gewesen, wiewohl ich ja im Ausschuß häufiger darauf hingewiesen habe, daß in den Fragen des Verhältnisses zu Pankow selbst der Senat von Berlin für die West-Berliner Dinge getrennt verhandeln muß. Das steht so auch im Abkommen drin. Und das wird ja entsprechend auch vorbereitet, obwohl es da eine bessere Regelung in der Frage des Interzonenhandels über 25 Jahre gegeben hat. Daß nämlich die Regierung des Bundes Berlin mitvertritt gegenüber Pankow, auch im innerdeutschen Verhältnis, und früher sogar in Verkehrsfragen. Hier ist also für das innerberliner Verhältnis eine eigene Zuständigkeit des Senats nicht gegen den Oberbürgermeister von Ost-Berlin festgelegt, sondern gegenüber der Regierung in Pankow. Hier liegt also ein Punkt der Schwächung bei einer sonst gut gelungenen Sache. Nur, man muß zugeben, daß manche Dinge auf dem Papier besser geregelt worden sind, als wir es uns haben vorstellen können.

Zum Abschluß stellt sich nur für mich die Frage: Ist das, was wir heute lesen können, ähnlich zu nehmen wie frühere Erklärungen der Sowjetunion oder anders? Wenn ich sage, frühere Erklärungen, dann hebe ich immer wieder hervor die Vereinbarung der Vier Mächte, die nach dem Jessup-Malik-Abkommen<sup>48</sup> getroffen worden ist, und in der bereits steht, daß die Vier Mächte, auch die Sowjetunion, sich verpflichten, den Verkehr nach Berlin, da stand den Durchgangsverkehr, zu normalisieren und zu verbessern. Das ist eine völkerrechtliche, vertragliche Verpflichtung der Sowjetunion. Sie hat es damals einfach nicht eingehalten. Sie hat sich schon damals verpflichtet, die Postverbindungen und Telefonstränge zu verstärken. Sie hat sie daraufhin erst durchgeschnitten. Ich erinnere mich an den Juli 1955, und ich glaube, kaum einer mehr sonst in diesem Saal, da haben am 23. Juli die vier Regierungschefs unterschrieben, daß

---

48 Das Jessup-Malik-Abkommen vom 4. Mai 1949 beendete die sowjetische Blockade West-Berlins, vgl. DzD III/2 S. 436 Anm. 23.



Deutschland auf dem Wege freier Wahlen wiederzuvereinigen ist.<sup>49</sup> Da steht die Unterschrift von Bulganin drunter. Nur hat Chruschtschow, der damals erster Sekretär war, drei Tage später nur erklärt, das geht aber nicht auf Kosten der DDR. Und damit war die Sache wieder durch. Man muß daran erinnern, daß damals gewaltige Emotionen geweckt worden sind bei uns: Jetzt geht es voran. Und es war doch nur eine große Täuschung. Ich hoffe und bin beinahe überzeugt, daß es diesmal etwas anders sein wird, weil die Sowjetunion diesmal mehr als in der Vergangenheit ein Interesse daran haben könnte, die Berlin-Regelung mindestens mittelfristig laufen zu lassen, denn sie will ja damit einiges erreichen. Und die Franzosen strengen sich nach einem Kabinettsbeschuß von gestern bereits an<sup>50</sup>, die Sicherheitskontrollen jetzt in Gang zu bringen, nicht erst nach Abschluß der Berlin-Vereinbarung und dem Schlußprotokoll, sondern bereits nach der Vereinbarung von heute. Und weil da ein sowjetisches Interesse an der Berlin-Regelung stärker im Spiel ist als vielleicht früher, hoffe ich, daß für die praktischen Lebenserleichterungen einiges drin ist. Schon allein das scheint mir ein Grund zu sein, daß man nicht davon sprechen kann, es verwerfen zu wollen, aber die Absicht hat ja auch so keiner. Und in der endgültigen Beurteilung kommt es auf den Bezugspunkt an. Gemessen an dem, was wir jetzt haben, verspricht die Sache eine ganze Menge Verbesserungen, gemessen natürlich an dem, was Moskauer Vertrag heißt. Zum Schicksal Deutschlands als Ganzes kann man getrost trotz der Verbesserung sagen, daß leider auch diese Vereinbarungen ein Steinchen mehr auf dem Wege zur Teilung Deutschlands ist.

*Kiesinger:* So, meine Damen und Herren, ich habe noch drei Wortmeldungen. Darf ich bitten, wir haben noch eine lange Tagesordnung, daß wir dann abschließen.

*Von Weizsäcker:* Ich möchte etwas zur Geschäftsordnung vorschlagen. Ich glaube, wir waren alle sehr interessiert daran, das zu hören. Ich persönlich ganz besonders, weil ich ja auch schon daran gearbeitet habe. Nur, könnten sich vielleicht doch die Wortmeldungen im wesentlichen auf das, was wir jetzt tun müssen, konzentrieren, auf die Punkte, die Herr Lorenz genannt hat, denn sonst müßten wir uns zu den Punkten, in denen wir abweichender Meinung sind, auch wieder zu Wort melden. Dann aber würden wir wirklich zu einer Ostkommission<sup>51</sup> uns hier verändern, und dafür sind weder Zeit noch Voraussetzungen hier gegeben.

*Kiesinger:* Ja, ich stimme dem zu und bitte, das zu berücksichtigen bei den drei letzten Wortmeldungen, die wir haben. Das ist jetzt zunächst Herr Gradl, dann Herr Schröder, dann Herr Dregger.

*Gradl:* Ich möchte zu den Einzelheiten, die jetzt erörtert worden sind, obwohl sie sehr wichtig sind, gar kein Wort sagen. Aus derselben Überlegung, die Herr von Weizsäcker eben ausgesprochen hat, will ich nur wagen, ein, zwei, drei politische Gesichts-

49 „Genfer Direktive“ für die Außenministerkonferenz vom 27.10.–16.11.1955 in Genf (Ost-EUROPA 1955/5 S. 367 f.). – Nikolaj Bulganin (1895–1975), 1955–1958 sowjet. Ministerpräsident.

50 Zur Einschätzung Frankreichs vgl. Aufzeichnung des Staatssekretärs Freiherr von Braun vom 2. September 1971 AAPD 1971 Dok. 290.

51 Am 10. August 1970 gegründete Expertengruppe (Kommission zum Moskauer Vertrag) unter Leitung von Werner Marx. Vgl. GRAU S. 111, 117–119.

punkte hier ins Bewußtsein zu bringen, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Situation, die wir in absehbarer Zeit im Zusammenhang mit dieser Berlin-Regelung vorfinden. Das erste ist, wir werden uns in unseren kritischen Äußerungen, so haben wir uns auch erfreulicherweise bisher unterhalten, mit Ausnahme einiger sehr süddeutscher Freunde, (*Kiesinger*: Generalisieren Sie nicht!) sorgfältig überlegt ausdrücken müssen, (*Kiesinger*: Ich habe nur gegen das „sehr“ etwas gehabt!), weil wir nichts dazu beitragen dürfen, diese Regelung madig zu machen. Oder als welche zu erscheinen, die sie nur griesgrämig begleiten. Wir müssen daran denken, daß für die Berliner, so skeptisch sie sind, im Untergrund ihres Bewußtseins sehr viel Hoffnung damit verbunden ist. Und da haben wir Verantwortung dafür, daß die Leute nicht durch unsere überpointierte Kritik ihre Zweifel sozusagen bestätigt bekommen, denn, verehrte Kollegen, wenn die Berliner diesmal auch zu dem Ergebnis kommen, nach all dem, was damit verbunden war, daß dies nichts bringt, daß die Unsicherheit bleibt, dann fürchte ich, daß hier eine Tendenz sich fortsetzt, die wir im letzten Jahr wachsend beobachten konnten, nämlich die Abwanderung wichtiger Mittelschichten. Unsere Aufgabe bleibt sehr wohl im Hinblick auf die deutsche Frage, Berlin, die Berliner dort festzumachen.

Die zweite Bemerkung ist: Herr Kollege Amrehn hat als erfreulich bezeichnet, daß das Inkrafttreten dieser Regelung nicht abhängig gemacht ist von dem Moskauer Vertrag. Nun mache ich aber darauf aufmerksam, daß wir in eine ganz andere Schwierigkeit kommen werden. Und auch dies muß man im Bewußtsein haben, wenn man heute formuliert bzw. sich äußert. Erinnern Sie sich an unser Gespräch neulich hier? Das Abkommen wirkt, und es wirkt, selbst bei Herrn Nixon, und wenn Sie die Texte, die Aussagen der Botschafter, lesen, merken Sie es, die sind voll bei dieser Partie. Und wir selber haben doch verschiedentlich uns auf Herrn Nixon berufen und sein Haus. Diese Regelung kommt also. Und so wird sie praktisch effizient. Wenn die Leute feststellen – ich fantasiere jetzt – sie können schön fahren und einiges andere und können hinüber, dann werden sie, wenn der Moskauer Vertrag kommt, ein ganz anderes Junktim feststellen. Der Fraktionsvorsitzende hat vorhin auch einiges gesagt, wovon er ausgeht, das bleibt unter uns, bei dieser Prämisse finde ich das auch. Dann kommen Sie in die Situation, daß sich – ohne daß die Regierung das *expressis verbis* sagen muß, was nach Erpressung aussieht – einfach das Gefühl verbreitet, daß wir das nun alles mit der Verweigerung des Moskauer Vertrages wieder aufs Spiel setzen. Denn keiner glaubt doch wohl, daß die Russen, so werden die Leute sagen, das wird ihnen in Flüsterpropaganda beigebracht werden, das dann hinnehmen werden und alles so weiter laufen lassen. Diese Situation wird also nicht so einfach sein. Wir werden noch an mancherlei in dieser Geschichte noch zu knabbern haben.

Letzte Bemerkung ist die: In der Tat ist kein Wort über Ost-Berlin geredet. Die Alliierten sagen zwar, wir sind sehr stolz auf die Präambel und den Teil 1, weil dies die Position in ihrer Deutung ist. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, was vielleicht bei der Fülle des Materials aus den Aussagen von Barzel nicht ganz aufgenommen worden ist: Die Stadt Ost-Berlin ist so nicht erwähnt. Die Alliierten haben uns gesagt, eine einseitige (*Kiesinger*: Ziffer 4 der Einleitung, darf ich Ihnen das zwischenrufen.) Integration Ost-Berlins würde ein Bruch des Abkommens sein. Und Sie haben es uns

an einem Beispiel verdeutlicht, dies sage ich jetzt auch wieder in der Erwartung der Vertraulichkeit. Die Russen hätten bestanden auf (*Zwischenruf*: War es nicht die Verabschiedung des Wahlgesetzes?) dem Status Ost-Berlins. Sie hatten erfahren, daß die Russen bei dem Wahlgesetz Ost-Berlin in die Volkskammerwahl voll einbeziehen wollen, die im Oktober oder November stattfindet. Und dann sind sie aktiv geworden und haben diesen Standpunkt vertreten. Dann hat Herr Abrassimow, wenn ich das noch richtig im Gedächtnis habe, so getan, als ob dies ein Irrtum war. Sie haben es jedenfalls geändert. (*Unruhe*.) Herr Dregger, in dieser Politik und in dieser Situation ist alles vorübergehend. (*Kiesinger*: Gut. Das ganze Leben ist vorübergehend. – *Heiterkeit und Unruhe*.) Und solche Provisorien dauern erfahrungsgemäß länger als die Länge des Vertrags. Also, man muß wissen, daß hier noch gewisse, auch positivere Reserven für uns drin sind. Dies nur als Beitrag zum Nachdenken, womit wir es zu tun haben.

*Schröder*: Ich will mich ganz kurz fassen, weil ich gleich, ich denke Sie auch, zu dieser Unterrichtung Scheel-Franke-Bahr gehe, und hören werde, was wir dort im einzelnen gesagt bekommen. Deswegen wenige Anmerkungen. Erstens, ich finde, daß der Beschluß, den wir gefaßt haben zu Eingang der Sitzung im Lichte aller Ausführungen, die hier gemacht worden sind, sehr nützlich sein wird, und hoffe, daß er wirklich in der größten Breite genutzt werden wird. Zweitens, die Anmerkung, die Herr Kollege Marx gemacht hat, konnten diejenigen, die den Text nicht genau kennen, glaube ich nur, sehr schwer verfolgen. Herr Vorsitzender, ich würde vorschlagen, daß man sich noch mal die Mühe macht, Marx oder andere, nachdem der Text jetzt vorliegt, das doch zu kommentieren, weil das ebenfalls nützlich sein wird. Marx hat die Bewertung einzelner Punkte vorgetragen. Die sollten aber wirklich vom Bundesparteivorstand herumgeschickt werden, weil das nützlich sein wird. Dritter Punkt: „Befriedigende Regelung“, das ist ein höchst unglücklicher Terminus, auf den wir uns schon längere Zeit eingelassen haben und von dem wir versuchen müssen, peu à peu herunterzukommen. Es kann überhaupt keine befriedigende Regelung für Berlin geben bei einer geteilten Stadt, bei Mauer usw. Eine befriedigende Regelung gibt es überhaupt nicht. Die Frage ist, ob das, was geschieht, besser ist als der derzeitige Zustand. Wir sollten uns also ja nicht auf die Ausdrücke festlegen lassen, etwa darauf, daß das „befriedigend“ sei oder sein könnte. Nun, nächster Punkt: Die westlichen Alliierten. Darüber ist hier eine Menge gesagt worden, auch einiges berichtet worden. Sie müssen davon ausgehen, ich will jetzt gar nicht unterscheiden zwischen den westlichen Alliierten, daß die westlichen Alliierten sehr stolz auf das sind, was hier formuliert worden ist. Ganz bestimmt sind es die Amerikaner, ganz bestimmt ist es Nixon, ganz bestimmt ist es Rush, das ging klar hervor aus den Unterhaltungen, die wir gehabt haben. Mit anderen Worten: Da wir wissen, daß all dieses mit den Amerikanern und ihrem Engagement steht oder fällt, müssen wir sehr vorsichtig sein, zu unterscheiden zwischen Handlungen der Alliierten einerseits, und dem, was deutscherseits hier getan werden kann.

Nächster Punkt: Die CDU muß sehr darauf bedacht sein, ihren Anteil an dem Ganzen herauszustellen, wobei ich davon ausgehe, daß das eine durch die deutschen Verhandlungen jetzt nicht irgendwie veränderte Sache sein kann. Das kann es praktisch nicht sein, nachdem die Richtpunkte dafür gesetzt sind. Die CDU muß absolut dabei

sein, daß ohne ihre Arbeit das nicht so zustande gekommen wäre. Daß sie einen großartigen Beitrag geleistet hat in der Unterstützung dieser Verhandlungen, die die Alliierten vorgenommen haben, daß sie ihre Rolle als Opposition in ganz klarer Verantwortung erfüllt hat. Es darf auf keinen Fall so sein, daß, Verdienste hin, Verdienste her, diese sich irgendwelche falschen Leute ausschließlich an den Hut schreiben lassen.

Nächster Punkt: Wir müssen uns ganz klar darüber sein, daß die Regelung dieser Berlin-Sache nur die Behandlung eines Teilstücks und einer Teilthematik ist, die die innerdeutschen Probleme insgesamt angeht. Deswegen dürfen wir nicht die Berlin-Regelung, die sich hier jetzt abzeichnet, sozusagen als Test oder als großen, vielleicht besonders förderlichen Test hinstellen, sondern wir müssen sie in diesem Rahmen nicht zu groß, aber auch nicht zu klein halten, wir müssen uns der Teilstückregelung des Ganzen bewußt bleiben. Die Frage, die der Kollege Gradl aufgeworfen hat, ist die Frage der Ratifizierung der Verträge: In welche Situation geraten wir, wenn wir etwa die Berlin-Regelung aufs Spiel setzen – ich sage das jetzt mal so direkt – durch unsere negative Haltung in der Ratifizierungsfrage? Meine Damen und Herren, das Risiko laufen wir absolut, und mit der Ratifizierung müssen wir, wie das in diesem Beschluß mehr oder weniger angedeutet ist, ganz klar weitergehende Gesichtspunkte berücksichtigen. Ich wiederhole in diesem Kreis, daß wir darauf hinwirken müssen oder sollten, daß in der Ratifizierungsdebatte zu beiden Verträgen, Moskau und Warschau, die in einigen Monaten kommen wird, wir ganz klar dazu nein sagen und uns nicht etwa in eine Berlinautomatik hineindrücken lassen. Der Beschluß, den wir heute gefaßt haben, verhindert, glaube ich, daß wir in irgendeine Art von Automatik oder auch nur die Erwartung einer Automatik kommen können.

Letzter Punkt: Wir werden rein publizistisch in ganz bedeutende Schwierigkeiten geraten, wenn wir nicht klar und säuberlich unseren Standpunkt so, wie das der grundlegende Beschluß von heute ermöglicht, klipp und klarmachen. Also, so positiv wie nur möglich bei der Mitwirkung einer Regelung für Berlin, natürlich nur einer vorläufigen, aber ganz klar und fest in unserer Wertung der Verträge, so wie wir die Wertung mehr oder weniger am Schluß unseres heutigen Beschlusses angesprochen haben. Wenn wir hier nicht massiv bleiben, werden wir unter den kombinierten Druck geraten der Bundesregierung und all ihrer Propagandamedien, der Äußerungen aus Washington, London und Paris, und Sie werden sehen, daß wir es in den nächsten Monaten noch sehr, sehr schwer haben werden, was die Prüfung unserer Standfestigkeit angeht. Deswegen, glaube ich, sollten wir so verfahren, wie wir das eingangs erörtert haben.

*Dregger:* Einige Bemerkungen zur Selbstdarstellung der Partei in der jetzigen Situation. Einige Freunde haben schon vor Abschluß der Verhandlungen gemeint, und einige meinen das heute auch, wir könnten in eine Isolierung geraten in der öffentlichen Meinung, wenn wir nicht positiv genug zum Berlin-Abkommen Stellung nehmen würden. Im Augenblick habe ich eher den gegenteiligen Eindruck. Und wenn es mit Recht als falsch bezeichnet worden ist, jetzt in toto das Berlin-Abkommen abzulehnen, dann ist es aber um so falscher, es jetzt in toto zu akzeptieren als befriedigend,

als akzeptabel, oder anderswie. Und zwar aus drei Gründen: Erstens, weil von der Sache her keine Veranlassung dazu besteht. Denn wenn wir Leistungen und Gegenleistungen dieses Abkommens bewerten, und zwar nicht im Hinblick auf augenblickliche Erleichterungen, sondern im Hinblick der langfristigen Strategie der Sowjetunion, dann muß man sagen, daß die Leistungen des Westens mindestens ebenso hoch zu bewerten sind wie die Gegenleistung der Sowjetunion in diesem Abkommen. Ich will das im einzelnen jetzt nicht darlegen, die Gründe sind ja von Herrn Barzel, Herrn Marx vorgetragen worden. Herr Gradl, es ist richtig, daß die Amerikaner protestiert haben gegen die Absicht der Sowjets, Ost-Berlin voll in die DDR zu integrieren. Dieses Abkommen bietet dafür aber in Zukunft keine Grundlage. Die Tatsache, daß in diesem Abkommen eine Regelung getroffen worden ist, die beide Teile Berlins nicht gleich behandelt, bietet immerhin zur Auslegung Anlaß und gibt eine politische Basis für eine Politik, die die volle Einbeziehung Ost-Berlins in die DDR vorsieht, und das ist sicherlich auch beabsichtigt. (*Zwischenruf:* Herr Dregger, die Alliierten sind anderer Ansicht, und es liegt nicht in unserem Interesse, hier ...) Ich will das nicht vertiefen, ich will nur sagen, wir können uns nicht auf dieses Abkommen ... (*Kiesinger:* Er soll Ziffer 4 lesen.) Ein zweiter Grund, der gegen eine zu positive Bewertung alleine spricht: Wir würden damit ja nur die Verhandlungen der Bundesregierung mit der DDR erschweren. Denn wenn wir dieses Abkommen durch positive Bewertung aufwerten, wenn also unser Interesse herausgestellt wird, dann werden die Preise um so höher sein, die von Ost-Berlin verlangt werden. Und schließlich müssen wir ja auch daran denken, daß wir die Verträge nachher glaubhaft ablehnen wollen. Ich bin sehr erfreut, von allen Seiten heute diese Absicht hier gehört zu haben. Es ist für die Bevölkerung vielleicht nicht ganz so einfach wie für unsere Experten, den Unterschied zu machen zwischen dem Berlin-Abkommen und den Ost-Verträgen. Wir müssen diesen Unterschied machen. Aber wenn wir jetzt das Berlin-Abkommen zu hoch spielen, dann wird es sehr schwer sein, nachher überzeugend die Ost-Verträge abzulehnen. Und das wäre sehr schlimm.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir die westlichen Verbündeten nicht kritisieren dürfen. Ich meine, wir haben auch kaum einen Anlaß dazu. Denn die Basis für dieses Abkommen, soweit es negativ ist, ist ja von der Bundesregierung geschaffen worden in den Ost-Verträgen, und darauf haben sich unsere Verbündeten eingestellt. Und zum anderen sollten wir herausstellen, daß unsere westlichen Verbündeten von der Bundesregierung nicht den Rücken gestärkt erhielten, sondern daß die Bundesregierung im Gegensatz auf Konzessionen gedrängt hat. Keine Kritik an unseren Verbündeten, aber Kritik an unserer Bundesregierung. Ich fasse zusammen, keine totale Ablehnung im Augenblick, aber erst recht keine totale Zustimmung, sondern sehr differenziert, zurückhaltend, aber auch die Herausstellung der negativen Punkte, die un-zweifelhaft vorhanden sind.

*Heck:* An sich hatte der Vorsitzende die Rednerliste geschlossen, aber es hat sich noch Herr Echternach gemeldet, aber ich wäre dankbar, wenn wir zum Schluß kommen könnten.

*Echternach:* Ich will auch keinen Diskussionsbeitrag leisten, sondern nur noch

einen Vorschlag machen. Wir haben vorhin eine sehr abgewogene EntschlieÙung gefaÙt, aber vielleicht einen Gesichtspunkt dabei nicht aufgenommen, der hier im Verlauf deutlich geworden ist, das ist nãmlich der Beitrag, den wir selbst geleistet haben, die positiven Aspekte ... (*Unruhe und Diskussion.*) Ich meine, wir sollten das ausdrœcklich aufnehmen, daÙ der Bundesvorstand, der Bundestagsfraktion dankt fœr die sehr konstruktive Haltung, (*Unruhe.*), die zu einer Reihe von positiven Ergebnissen gefœhrt hatte.

*Heck:* Das ist insofern etwas schwierig, weil der Vorsitzende jetzt bereits beim Fernsehen die Erklãrung abgibt. (*Zwischenruf:* Ich beantrage, das zu Protokoll zu nehmen). Damit ist die Aussprache œber den Punkt 1 der Tagesordnung beendet. Punkt 2: „Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Lãndern“. Das Thema ist im Prãsidium heute auch sorgfãltig beraten worden, und man ist auch zu einem Ergebnis gekommen. Ich bitte Herrn Stoltenberg, die Beratungen und das Ergebnis der Prãsidiumsberatungen kurz vorzutragen.

#### NEUVERTEILUNG DES STEUERAUFKOMMENS ZWISCHEN BUND UND LãNDERN

*Stoltenberg:* Wir haben natœrlich eine etwas schwierige Geschãftslage. Ich bin mir der Tatsache bewuÙt, daÙ berechtigterweise die Berlin-Frage heute im Vordergrund stand, aber natœrlich mit dem gleichen zeitlichen und sachlichen Gewicht fœr uns die Vorbereitung des Parteitages. Eine gewisse Ungeduld des einen oder anderen ist wegen des dritten Punktes zu klãren und nicht wegen des zweiten. Ich werde versuchen, den zweiten Punkt jetzt ganz kurz und konzentriert vorzutragen, und kann es deshalb auch versuchen, weil darœber eine Reihe von Vorgesprãchen gefœhrt sind im Prãsidium, aber auch in einer Kommission, die Herr Dr. Schãfer<sup>52</sup> im Auftrag des Prãsidiums fœr Partei und Fraktion begleitet hat und deren Beratungen hier eingeflossen sind mit Sachverstãndigen der Fraktion, so daÙ auch eine Abstimmung mit den maÙgebenden Sprechern unserer Fraktion in diesen Fragen einschlieÙlich des Kollegen StrauÙ erfolgt ist. Ich halte es fœr auÙerordentlich wichtig, daÙ wir in dieser Steuerfrage und der damit verbundenen wirtschaftspolitischen Frage fœr die Auseinandersetzung mit der Bundesregierung – und hier mœssen wir im Bundesrat und Bundestag in Kœrze abstimmen – eine klare und sorgfãltige homogene Position beziehen, und daÙ wir zweitens auch die wirtschafts- und konjunkturpolitische Diskussion aktiv bestreiten. Ich mœchte vorschlagen, im Einklang mit dem Prãsidium, eine kurze œffentliche Erklãrung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik abzugeben, die wir vorbereitet haben, weil es in unserem Interesse liegt, daÙ die Propaganda der Bundesregierung und die fœr uns notwendige und etwas schwierige Auseinandersetzung œber das Berlin-Thema schon in den nãchsten Tagen ergãnzt wird durch die Auseinandersetzung auf dem anderen Feld, wo die Regierung doch in groÙe Schwierigkeiten kommt. Denn nach meiner œberzeugung, und ich kann mich hier auch auf die Aussagen anderer

---

52 Dr. Manfred Schãfer.

beziehen, ist es so, daß die Empfindlichkeit in der öffentlichen Meinung hier weiter wächst. Es ist die Sorge über die Folgen der internationalen Währungskrise, die Meldung über Kurzarbeit, Stilllegung von Betrieben, z. T. in einer regionalen Zuspitzung, etwa in Niedersachsen, aber auch woanders, im Ruhrgebiet, und die Tatsache, daß der Preisindex jetzt bei den Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal bei 6 % angelangt ist. Das sind alles Dinge, die wir bei aller verständlichen und notwendigen Konzentration auf die aktuellen deutschland- und berlinpolitischen Fragen in keiner Weise in der öffentlichen Meinung untergehen lassen dürfen. Im übrigen hat Herr Schiller ein Datum heute mittag gesetzt. Wie ich höre, hat er gegenüber der Presse erklärt, daß die Bundesregierung Steuererhöhungen vorschlagen werde, also die erste offizielle Äußerung des Kabinetts, die ja auch alleine schon eine Einlassung notwendig macht.

Wir haben gewisse Koordinierungs- und Integrationsprobleme gehabt, auch eine nicht so schöne öffentliche Debatte.<sup>53</sup> Ich will deshalb noch drei, vier Sätze dazu sagen, weil wir das heute morgen besprochen haben. Wir müssen hier unterscheiden zwischen den Fragen, wo wir uns wirklich auch verbindlich einlassen müssen als Partei, als Fraktion und als Länderregierung, Bund und Länder gemeinsam, und denen, wo wir die Diskussion etwas allgemeiner und auch zurückhaltender führen können. Ich nehme den Anlaß für diese leichte, öffentliche Kontroverse. Ich halte es nicht für erforderlich, daß wir zu Festlegungen kommen, parteioffiziell, ich würde auch fast sagen, fraktionsoffiziell, ob wir nun für gesplattene Devisenmärkte sind. Das ist eine Frage, von der ich nicht glaube, daß irgend jemand an diesem Tische, vielleicht mit ein, zwei Ausnahmen, zu denen ich nicht gehöre, in der Lage ist, diese Frage wirklich in letzter Konsequenz zu beurteilen. Und wir sollten alle miteinander – und das gilt insoweit auch für unseren Text, der nach der letzten Sitzung hier veröffentlicht ist<sup>54</sup>, der durch ein technisches Versehen nicht ganz abgestimmt war – bei dem Bestreben zur sorgfältigen, detaillierten Auslassung uns dabei auch nicht in unseren öffentlichen Äußerungen übernehmen. Bei solchen im Grunde unwichtigen Unterschieden hält einer, der Kollege Strauß, das für denkbar, und die anderen nicht. Das ist kein Grund für Differenzen, die nach außen hin sichtbar werden. Es gibt in der fachlichen Diskussion, jetzt in der Währungsfrage, eine so große Zahl von Schattierungen, daß wir diese für uns stehen lassen können. Wir sollten uns auf die entscheidenden Fragen konzentrieren. Im übrigen zeigt dieser Vorgang, daß es ein Informationsproblem gibt, nicht nur der Politiker, sondern auch der Apparate. Wenn die Partei sich äußert, sollte allein der Tatbestand, daß sie sich äußert, der Fraktion und der CSU bekannt sein, umgekehrt wäre es gut, wenn die Fraktion sich äußert, daß die Partei, die am gleichen Tage tagt, diesen Tatbestand kennt. Den haben wir in diesem Falle auch nicht gekannt. Das ist also wirklich

---

53 Differenzen über Fragen der Währungspolitik, vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 30. August 1971 „Strauß beschwerte sich schriftlich bei Barzel“; FAZ vom 31. August 1971 „Barzel sucht die Differenzen mit Strauß beizulegen“; CSU Presse-Mitteilungen Nr. 138/1971 vom 2. September 1971.

54 Kommuniké der Präsidiumssitzung vom 24. August 1971 in DUD Nr. 161 vom 25. August 1971 S. 2–4.

ohne böse Absicht geschehen. Vielleicht kann man jetzt gerade, weil der Generalsekretär da ist, auch noch die entscheidenden Äußerungen der CSU von München hier einbeziehen. Wenn jemand am Vormittag spricht, sollten die anderen es am Nachmittag wissen, und umgekehrt.

Aber nun zur Sache selbst. Ich beziehe alle drei jetzt ein, Fraktion, Partei, und Partei in München. Zur Sache selbst möchte ich folgendes sagen: Wir haben heute morgen einen internen Beschluß im Präsidium gefaßt für die jetzt in der kommenden Woche beginnenden Verhandlungen mit Herrn Schiller über das Thema der Steuerverteilung. Herr Kollege Röder war hier, von den fünf Ministerpräsidenten der CDU/CSU waren vier hier, Herr Kollege Goppel war vertreten durch den Staatssekretär Hillermeier<sup>55</sup>, Herr Gleichauf<sup>56</sup> war hier, der eben noch bei uns war. Dieser interne Beschluß sagt etwa kurz folgendes – er wird nicht veröffentlicht –, daß das Präsidium im Einvernehmen mit den anwesenden Vertretern der Fraktion, Herr Leicht<sup>57</sup>, Herr Müller-Herrmann und anderen, das Erfordernis einer erheblichen Erhöhung des Länderanteils bei der Umsatzsteuer anerkennt. Er nimmt zur Kenntnis, daß die von CDU und CSU regierten Länder überwiegend beabsichtigen, dabei in den Verhandlungen von einer Erhöhung des Anteils von 30 auf 40 % auszugehen. Auszugehen heißt, daß das die Eröffnung der Verhandlung ist. Wie das Ergebnis sein wird, muß man abwarten. Es ist die Dringlichkeit eines einvernehmlichen Vorgehens unserer Länder und einer möglichst weitgehenden Abstimmung mit der Fraktion betont worden, weil wir hier die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat möglichst zur Geltung bringen müssen. Wobei das Problem eines internen Ausgleichs zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern im Rahmen des Länderfinanzausgleichs nur durch Ergänzungszuweisung von den Finanzministern abgestimmt werden soll, weil es hier an sich gewisse Unterschiede von der Ausgangslage der einzelnen Länder gibt. Und drittens wird empfohlen, gegenüber den heute mittag von Herrn Schiller allgemein angekündigten Steuererhöhungen zunächst in einer kritischen Distanz zu verbleiben. Für die öffentliche Diskussion ist vielleicht der wichtigste Punkt, auf die konjunkturpolitische Problematik hinzuweisen und eine endgültige Meinungsbildung erst im Zusammenhang mit der noch ausstehenden Sachplanung der Bundesregierung für die kommenden

---

55 Dr. Karl Hillermeier (geb. 1922), Jurist; 1953–1964 Oberregierungsrat im Landratsamt Uffenheim, 1962–1990 MdL Bayern (CSU), 1964–1966 Sachgebietsleiter bei der Regierung von Mittelfranken, 1966–1972 Vorsitzender der CSU-Fraktion im Kreistag Uffenheim, 1966–1970 Staatssekretär im Bayerischen Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, 1970–1974 Staatssekretär im Finanzministerium, 1974–1982 Staatsminister der Justiz, 1982–1986 des Innern, 1986–1988 für Arbeit und Sozialordnung.

56 Robert Gleichauf (1914–1992), Werksmeister; 1947 CDU, 1949–1968 Mitglied des Gemeinderates Rottweil, 1948–1968 des Kreistages, 1952–1980 MdL Baden-Württemberg, 1968–1980 Finanzminister.

57 Albert Leicht (1922–1994), Jurist; 1946 CDU, 1954/55 Richter am Sozialgericht Speyer, 1955–1957 Regierungsrat im Landratsamt Bergzabern, 1957–1977 MdB (1969–1977 Vorsitzender des Haushaltsausschusses), 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, 1977–1983 Vizepräsident des Europäischen Rechnungshofes.



Jahre und den Verhandlungen über die strukturelle Verbesserung der Länder- und Kommunalfinanzen der Gemeindefinanzen vorzunehmen.

Wir waren also der Meinung, hier gibt es etwas unterschiedliche Äußerungen in den letzten Monaten, daß es nicht unsere Aufgabe sein sollte, der Bundesregierung die unpopuläre Last für diese Ankündigung, Erhöhung bei den Verbrauchssteuern, bei den Mineralölsteuern usw., abzunehmen, indem wir uns jetzt zum Wortführer machen. Wir waren allerdings auch der Meinung – ich möchte das unterstreichen, weil es dabei gewisse Unterschiede noch gibt, und hier muß noch eine Diskussion fortgesetzt werden außerhalb dieses Kreises –, daß es auch nicht möglich ist, apodiktisch zu sagen, daß eine Steuererhöhung völlig indiskutabel ist. Das können wir deshalb nicht tun, weil wir sonst von seiten der Länder und Gemeinden in eine Lage kämen, einerseits eine Erhöhung unserer Steueranteile zu fordern und andererseits apodiktisch abzulehnen, so daß wir diese Diskussion in einer kritischen Distanz unter Hinweis auf die noch fehlende Sachplanung der Bundesregierung eine gewisse Zeit führen sollten, aber so, daß wir endgültig im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens noch votieren können, also einen gewissen Spielraum für diese Debatte noch behalten. Das ist kurz zu diesem Thema zu berichten, Herr Generalsekretär. Ich würde dann gerne vorschlagen, daß wir vielleicht den Text einer allgemeineren Entschließung, der mit Herrn Kollegen Schäfer, einigen Kollegen der Fraktion, abgestimmt ist, hier verteilen. Soll ich ihn vorlesen? Wollen wir ihn verteilen, oder wollen Sie ihn getrennt diskutieren?

*Heck:* Es liegt eine Wortmeldung noch vor, vielleicht sollten wir das vorwegnehmen. Zunächst, damit dazu Klarheit herrscht: Der Beschluß des Präsidiums zielt darauf ab, daß die beteiligten Stellen, d. h. die Landesregierungen, unsere Landesregierungen und unsere Fraktion hier einheitlich verfahren, aber auch darüber hinaus dort, wo Stellung genommen wird zur Öffentlichkeit gegenüber. Das ist der Rahmen, innerhalb dessen die Stellungnahmen sich bewegen sollten. – Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kohl.

*Kohl:* Herr Kollege Stoltenberg, ich habe in einem Punkt Bedenken bei der von Ihnen vorgetragenen Formulierung. Es war jedenfalls für mich heute früh nicht klar, daß das an einem Punkt die einmütige Meinung des Präsidiums ist, und an zwei weiteren Punkten möchte ich es verstärken. Wir müssen uns unter uns darüber im klaren sein, daß die zentrale Frage nicht ist, so unendlich wichtig sie ist, der Anteil Bund-Länder, sondern die jetzt anlaufende Debatte um die Steuerreform überhaupt. Denn eine CDU/CSU-Regierung von morgen kann den Bund-Länder-Anteil verändern. Sie wird sich enorm schwer tun bei einer vollzogenen Steuerreform, die geltendes Recht ist, Daten zu verändern. Man kann mit einem einfachen Beschluß den Anteil zwischen Bund und Ländern verändern. Man kann aber eine Steuergesetzgebung, die gesellschaftspolitische Daten setzt, die dann irreparabel sind, nicht mehr, oder jedenfalls nur unter unendlichen Schwierigkeiten verändern. Mir scheint, das muß bei uns stärker herausgestellt werden, weil das genau der Streitpunkt werden wird. Denn wir müssen folgendes sehen. Man wird versuchen, Schiller wird versuchen, uns auf den Leim zu locken, indem er sagt, „Ihr sagt jetzt, die Aufgaben in ihrer Finanzierungsdimension liegen noch nicht fest“, ich verweise nur auf die Bildungsproblematik. „Aber die Auf-

gaben sind mit Sicherheit so groß, daß ihr, die Länder, mehr braucht, um in Sachen Bildung überhaupt etwas finanzieren zu können.“

Katastrophal ist – das kann man nicht oft genug unterstreichen, das muß stärker in unserem Papier herauskommen, auch für die Öffentlichkeit – der teilweise Zusammenbruch der finanziellen Situation der Gemeinden, vor allem der Städte in einer bestimmten Dimension. Die Städte stehen z.T. am Ende jeglicher Möglichkeit, eine mobile Politik machen zu können. Städte, die davon leben, daß sie ihre Gehälter per Darlehen finanzieren, sind nicht mehr in der Lage, eine irgendwie geartete Politik zu machen. Und das ist auch der Punkt, wo man am meisten die Bundesregierung angreifen kann. Denn an den Beispielen des Auflaufens der Haushalte der Städte, und am Auflaufen der Haushalte der Länder zeigt sich – stärker als beim Bundeshaushalt –, was für eine Folge das hat, wenn die Preissteigerungen etwa bei den Investitionen alles wegfressen, was wir mehr investieren. Das scheint mir ganz wichtig zu sein, daß wir am hineinschreiben, und daß das deutlicher ... (*Stoltenberg*: Das war ja nur der Entwurf!) Ja, das habe ich natürlich nicht gesehen. Ich möchte also dringend bitten, die kommunale Situation so brutal wie möglich herauszustellen bei diesem Text, und die Frage der Steuerreform zu einer zentralen Frage zu machen aus den eben von mir genannten Gründen. Und dann, ich mache keinen Hehl daraus, ich werde mitmachen und bin sehr glücklich, wenn wir die Erhöhungen des Anteils um zehn Punkte erreichen. Wir müssen ja doch irgendwo auf dem Boden bleiben. Ich habe auch alles Verständnis, daß das verlangt wird, nur sage ich lapidar dazu: Das ist eine Fachfrage, die von einer interessierten Öffentlichkeit nicht beachtet wird.

Die Frage wird sofort an uns kommen: Was hätte die CDU/CSU-Regierung, wenn sie 1969 gebildet worden wäre, mit einem CSU-Finanzminister in diesem Fall den Ländern zugestanden? Und ich muß ganz offen sagen, eine Bundesratsdiskussion ... (*Windelen*: Viel zu viel Inflation gemacht ...) Ja, Herr Windelen, bloß, wenn Sie mit der Auskunft kommen, kommen wir allesamt draußen ganz gut durch. In einem Zusammenhocken von Finanzministern, die alle keine heurigen Hasen sind, kommen alte Protokolle zutage, die drei Jahre alt sind, so alt sind die also noch gar nicht. Und deswegen würde ich keinen Prozentsatz nennen bei einer Veröffentlichung. (*Zwischenruf*: Das ist ja ein interner Beschluß!). Ja, aber das bleibt doch nicht unter uns. Ich würde sagen, wir sind für eine erhebliche Erhöhung, aber lassen Sie zehn Punkte in der Sache raus. (*Zwischenruf*.) Nein, das ist nicht beschlossen worden, das bestreite ich ganz entschieden. Daß ist heute früh so vorgetragen worden, aber nicht darüber abgestimmt worden, denn mein Einwand war heute früh der gleiche. Ich halte es für nicht realistisch, daß wir zehn Punkte verlangen, und ich bin nicht für eine Sache, Herr Stoltenberg, daß wir im Bundesrat antreten und kämpfen, von der, das war deutlich heute früh bei der Einlassung des Kollegen Leicht, auch die Mehrheit der Bundestagsfraktion nicht unserer Meinung ist. Wir haben ja hier eine Linie der Partei zu vertreten, und ich bin also nicht dafür, daß wir an diesem Punkte uns fixieren, wo wir unter uns selbst nicht einig werden. Denn ich glaube nicht, daß die Mehrheit der Bundestagsfraktion etwa des zuständigen Arbeitskreises bei zehn Punkten mitmacht. Lassen Sie uns die Meinungen doch hier gar nicht austragen – das ist auch heute gar nicht notwendig –

sondern einfach schreiben, wir wollen eine sehr erhebliche Erhöhung haben. Das deckt es genau so. Ich möchte jedenfalls nicht in eine Diskussion kommen, daß uns entgegengehalten wird: „Ihr verlangt jetzt etwas, was die CDU/CSU-Regierung, wenn sie morgen dran kommt, nicht bereit ist zu geben.“ Dann werden wieder viele bei uns mehr Bundespolitiker sein, als sie jetzt sind. Ich glaube, das ist für die Glaubwürdigkeit, die wir in dieser Sache haben, nicht überzeugend.

*Filbinger:* Ich möchte es ganz kurz machen. Ich halte die Verwahrung für gut, die in dieser Erklärung enthalten ist, wonach die Länder, die Gemeinden die Schuld daran tragen, daß man Steuererhöhungen durchführen muß. Ich glaube, wir sind alle darin einig, daß diese Bemühung des Herrn Schiller sehr durchsichtig ist, daß sie eine Zurückweisung verdient, und wir halten hier eine sehr gute Position gegenüber der Bundesregierung. Denn was hat diese Bundesregierung getan? Sie hat in ihrer Regierungserklärung und später in folgenden Erklärungen immer wieder die Wichtigkeit der Bildungsreform betont. Sie hat das finanziell nicht abgesichert und steht nun vor dem Bankrott ihres Programms. Und wenn wir hier nun sagen: „Wenn Du, Bundesregierung, die Priorität aufrechterhalten und sichern willst für die Bildungspolitik, dann ist es Deine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Finanzen kommen. Bisher bist Du dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, also bitte sehr, erfülle das, was da nachzuholen ist.“ Aber unter gar keinen Umständen unter Belastung der Länder und der Gemeinden, denn die haben die Bildungspolitik in ihrer Problematik nicht herausgehoben.

Dann noch das zweite: die Verteilung zwischen Bund und Ländern. Da ist es immer kritisch, Herr Kollege Kohl und Herr Kollege Stoltenberg, wenn man anfängt mit Prozenten. Das haben wir im Jahre 1969 durchexerziert. (*Kohl:* Prozenze sind immer kritisch.) Wir haben damals schon gesagt, wir bräuchten 35 %. Wir sind dann bei 30 gelandet.<sup>58</sup> Unsere Prognose, daß das unter gar keinen Umständen reicht, ist heute völlig unbestritten, und heute müssen die Konsequenzen gezogen werden. Nun aber auch möchte ich das Folgende sagen, und das habe ich heute früh im Präsidium auch schon ausgeführt. Wenn wir nun auf der Ebene einsteigen würden, die uns offensichtlich von der SPD und der Bundesregierung angeboten werden wird, nämlich 5 %, dann hätte es die Bundesregierung verhältnismäßig leicht, uns allen zu sagen: „Wir haben den Finanzierungsbeitrag in Kooperation mit der Opposition und den Ländern für die Bildungspolitik geleistet. Das haben wir erbracht. Und wenn die dann nachher ihre Programme nicht durchführen können, dann müssen sie selbst sehen, denn sie waren ja damals einverstanden, als wir diese Erhöhung ihnen angeboten haben.“ Aus dem Grunde bin ich der Auffassung, wir müssen unter allen Umständen verhindern, daß die Bundesregierung das erreicht, was sie möchte, nämlich ein konkordantes Vorgehen mit der Opposition und mit den Ländern. Das war ja doch auch schon der ganz hervorstechende Zug in den Verhandlungen mit den Kultusministern. Auch dort war man bereit, von der Bundesregierung aus sich auf den geringsten, kleinsten Nenner zu einigen, um nachher sagen zu können, „Wir haben uns mit den Ländern geeinigt.“ Wie kommen wir also jetzt dazu, von der Finanzsituation her eine Basis zu akzeptieren, die dann der

---

58 Steueränderungsgesetz (BT-Drs. V/4212) vom 18. August 1969 (BGBl. 1969 I S. 1211).

Bundesregierung das bisher von uns Verweigerte ermöglichen würde. Nun, Herr Kollege Kohl, was hinsichtlich der 10 % gesagt worden ist, da, glaube ich, unterliegen Sie einem Erinnerungsfehler. Denn ich habe den Herrn Kollegen Stoltenberg heute früh so verstanden, ja, als wolle er zwischen 30 und 40 vorschlagen, und habe mich dann noch in einer zweiten Wortmeldung ausdrücklich verwahrt, ich habe gesagt, das wäre gefährlich, Herr Stoltenberg, wenn ich Sie so verstehen müßte. Darauf Stoltenberg: Nein, ich meine 10 %, und wir sollten das dann auch so akkordieren. Dabei blieb es. Also, das war das Letzte, was gesprochen war. Ich habe es auch so aufgefaßt, was wir dann gesagt haben, es werden hoffentlich nicht unter allen Umständen 10 %, denn wir wissen ganz genau, wie schwer das in der Praxis ist. Wir müssen einmal die Basis von 5 % unter gar keinen Umständen nennen und akzeptieren (*Kohl*: Gar keine Prozentzahl!), sondern wir sollten schon dem Ziele nach wenigstens von den 10 % ausgehen.

*Köppler*: Zunächst scheint mir ein Mißverständnis wohl in dem Punkt vorzuliegen. (*Kohl*: Nein, das ist kein Mißverständnis, die Erklärung liegt inzwischen vor, das ist klar. Wir reden jetzt von dem, was wir nach innen sagen.) Ich habe das, was Herr Stoltenberg vorgetragen hat, so verstanden, daß es hier im Präsidium um eine Einigung, Sie sagen, keine Einigung, um die faktische Marschroute auf dem künftigen Weg geht, und daß die Frage der Erklärung auf einem ganz anderen Blatt steht, (*Kohl*: Die Erklärung ist unbestritten hier!) ... das andere intern. Gut, ich würde auch sagen, wie Herr Filbinger gesagt hat, wir sollten unter allen Umständen vermeiden, daß wir in den Ländern, wo wir in Opposition sind, sozusagen den Boden entziehen dadurch, daß uns von Bonn, von der Bundesregierung, erklärt wird: „Das, was hier an Finanz- und Länderausgleich gebracht worden ist, entspricht auch den Wünschen und den Zugeständnissen der Opposition in Bonn. Die CDU-regierten Länder haben zugestimmt“. Da sind wir faktisch in einer noch schwierigeren Situation als die Länder, in denen wir die Regierung stellen. Ich würde also auf keine Situation hinarbeiten, wo wir – auch noch feierlich unterschrieben – dieser Bundesregierung die Möglichkeit geben, die Bonner Finanzmisere auf die Länder abzuschieben.

Das zweite ist: Ich habe nichts dagegen, wenn das hier im einzelnen weiter abgestimmt wird. Denn das ist im wesentlichen ein Bund-Länder-Verhältnis zwischen unseren Freunden in der Bundestagsfraktion und in den Länderregierungen, die wir stellen. Aber eine Bemerkung, Herr Stoltenberg. Die Frage des Länderfinanzausgleichs zu einer qualitativen Veränderung trägt natürlich in der Partei nur insoweit, als dabei auch die Länder beteiligt sind, in denen wir die Opposition sind. Ich gebe zu, das verkompliziert möglicherweise die Gespräche und die Verhandlungen, aber ich möchte doch sehr darum bitten, daß wir nicht in Nordrhein-Westfalen oder anderswo eines Tages in die peinliche Lage versetzt werden, über einen Beschluß, den unsere Finanzminister mit der Bundestagsfraktion und im Parteipräsidium ausgearbeitet haben und ausgehandelt haben, informiert zu werden, in dem die Grundlagen unserer Oppositionsarbeit nicht mehr vorzufinden sind.

Darf ich noch eine allgemeine Bemerkung machen zu dem, was Herr Stoltenberg am Anfang gesagt hat. Ich würde das voll unterstützen, und das sollte nicht mehr passieren. Ich kann nur aus eigenem Erleben sagen, bei uns, in einer außerordentlich kri-

tischen Situation eines großen Teils unserer Industrie in Nordrhein-Westfalen, hat die Stellungnahme von Franz Josef Strauß außerordentlich befreiend gewirkt, weil man sich dort völlig klar darüber ist, daß es eine Frage von Wochen oder höchstens einigen Monaten noch ist, wie lange wir den derzeitigen Zustand durchhalten können, auch Unternehmen diesen Zustand durchhalten können, und daß es unter allen Umständen darauf ankommt, zu einer aussichtsreichen Verhandlungsposition gegenüber den USA zu kommen. Logischerweise setzt das voraus, zu einer Aktionseinheit innerhalb der EWG zu kommen. Und daß uns dann die Erklärung des Parteipräsidiums am selben Abend – ich war gerade in einer Konferenz mit Leitungen von bedeutenden Unternehmen – als Dementi auf den ersten Blick erschien, hat dort die Stimmung nicht gerade verbessert. Ich würde also wirklich vorschlagen, daß wir uns das zu Herzen nehmen, was Herr Stoltenberg gesagt hat, die Texte zu koordinieren, damit das nicht mehr vorkommt.

*Barzel:* Ich bitte um Entschuldigung, weil hier zwischendurch ab und zu auch noch Berlin stattfindet und ich gerade die neuesten Dokumente der Regierung dazu lesen muß. Dazu noch eine Mitteilung, dann komme ich auf die wirtschaftliche Sache. Wir waren vorher gut beraten bei unserer Formulierung, weil a) das Kabinett heute die Weisungen an Herrn Bahr beschlossen hat, und b) Herr Scheel gesagt hat, neben den Fragen des Berlin-Verkehrs könnte Herr Bahr jetzt in der Pressekonferenz auch Fragen des allgemeinen Verkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR behandeln. Wir waren also nicht ganz schlecht beraten, diesen Zusatz zu machen.

Nächstes, und da komme ich zu dem, was ich hier sagen will, Herr Schiller kündigt heute Steuererhöhungen an. Damit müssen wir natürlich auch unser Votum hier überlegen, und ich weiß nicht, was mit diesem Papier geschehen soll. Ich möchte dies noch einmal fragen, ich habe in der letzten Präsidiumssitzung, nicht heute, sondern vorige Woche, auch gefragt, was mit dem Papier geschehen solle. (*Stoltenberg:* Das soll nachher im zweiten Teil besprochen und, wenn es Zustimmung findet, morgen veröffentlicht werden.). Dann möchte ich folgendes sagen. Die Ziffer 5, glaube ich, kann so nicht bleiben.

*Stoltenberg:* Zur Geschäftsordnung! Ich habe mich im Augenblick auf den Punkt „Steuerverteilung“ beschränkt, das ist das interne Arbeitsergebnis des Präsidiums, über dessen Inhalt wir uns auch noch einmal miteinander verständigen müssen, wie ich jetzt feststelle. Das habe ich zur Diskussion gestellt. Ich habe gesagt, es liegt ein zweites Papier vor, das veröffentlicht werden soll. Und dieses zweite Papier habe ich bisher noch nicht erläutert, weil ich das erste gerne erledigen wollte, da möchte ich zu Ziffer 5 selbst noch, Herr Kollege Barzel, nachher eine Änderung vorschlagen. In Rücksprache mit Herrn Kollegen Schäfer möchte ich auch selbst noch eine andere Formulierung vorschlagen. Ich wollte nur anregen, zunächst den einen Punkt zu erledigen.

*Kiesinger:* Liegt dies, worauf Sie sich jetzt beziehen, noch nicht vor?

*Stoltenberg:* Nein, das ist mündlich zweimal heute morgen vorgetragen worden. Ich habe es mittlerweile schreiben lassen, aber es ist nicht vervielfältigt.

*Kiesinger:* Herr Barzel hat immer noch das Wort.

*Barzel:* Ich würde dann darauf verzichten, ich habe offensichtlich zu einem Papier

gesprachen, das ich auch nicht vorliegen habe, aber das ist halt so eine Lage, die ja täglich passiert.

*Kiesinger:* Dann würde ich doch vorschlagen, da es offenbar nicht mehr alle in Erinnerung haben, daß Herr Stoltenberg dieses Papier für den Hausgebrauch kurz noch mal vorliest, damit keine Unklarheiten übrig bleiben.

*Stoltenberg:* Da gibt es ja nun leider einen Dissens, Herr Filbinger ist darauf eingegangen. Ich war davon ausgegangen, in Übereinstimmung mit Herrn Kollegen Filbinger, daß wir uns zum Schluß, wo ich das noch mal vorgelesen habe heute morgen, aufgrund seiner Intervention ausdrücklich darauf verständigt hatten, daß wir aus der Sicht der Länder, und das habe ich schon vorsichtig gesagt, weil Herr Goppel nicht hier ist, ausgehen von einer Erhöhung um 10 %. Darauf legten hier einige Herren schon großen Wert. Ich bin noch korrigiert worden, habe das dann aufgeschrieben. Herr Kohl meint nun, das sollten wir offen lassen. Das ist mir zweifelhaft, ob wir das offen lassen sollen, weil ja unsere Finanzminister am kommenden Mittwoch ohne nennenswerte Vorbereitung – die wollen sich zwei Stunden vorher treffen, wenn das klappt – mit Herrn Schiller in diese Diskussion eintreten müssen. (*Kohl:* Völlig einverstanden in der Sache.) Und deswegen würde ich, ohne daß das eine Direktive sein kann, eine gewisse Meinungsbildung in dieser Frage empfehlen, weil wir ja sonst sofort wieder auseinanderdividiert werden in finanzstarke und finanzschwache Länder. Das kennen wir alles aus früheren Jahren, als wir selbst das von seiten der Bundesregierung betrieben haben. Und dieses Papier, das ich jetzt noch einmal vorlesen darf, das ist heute morgen schon kurz geschehen, für den erweiterten Kreis, sagt Folgendes:

„Das Präsidium erkennt in Einvernehmen mit Vertretern der Bundestagsfraktion das Erfordernis einer erheblichen Erhöhung des Länderanteils bei der Umsatzsteuer ab 1972 an. Es nimmt zur Kenntnis, daß die von der CDU und CSU regierten Länder überwiegend beabsichtigen, dabei von einer Erhöhung des Anteils von 30 auf 40 % bei den Verhandlungen auszugehen.“ Das wird sicherlich durch die Beratung heute morgen gedeckt, aber wir können darüber natürlich hier noch sprechen. Zweitens: „Das Präsidium unterstreicht die Dringlichkeit eines einvernehmlichen Vorgehens der von CDU und CSU regierten Länder und einer möglichst weitgehenden Absprache mit der Bundestagsfraktion.“ Dabei ist berücksichtigt, daß diese bis Mittwoch gar nicht materiell endgültig erfolgen kann und daß die Fraktion aus der Sicht des Bundes hier vielleicht etwas anders die Dinge in Prozent bewerten wird, ist verständlich; das muß im weiteren Verlauf verdichtet werden. „Ein interner Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern durch Intensivierung des Länderfinanzausgleichs oder durch Bundesergänzungszuweisungen im Rahmen der mit dem Bund zu vereinbarenden Neuverteilung sollte im einzelnen zwischen den Finanzministern in Verbindung mit dem Ministerpräsidenten abgesprochen werden.“ Da würde ich hier für unsere Beratung hinzufügen: „Unter Beteiligung der Fraktionen, die in der Opposition sind.“ Das wird sich über einige Wochen hinziehen, muß aber in einem ersten Durchgang am Mittwoch von den Finanzministern alleine in der Ausgangslage gemacht werden, und das wird ja ein Vierteljahr gehen. Drittens: „Das Präsidium empfiehlt, den geplanten Steuererhöhungen gegenüber zunächst in einer kritischen Distanz zu ver-

bleiben. Auf ihre konjunkturpolitische Problematik sollte hingewiesen werden. Eine endgültige Meinungsbildung soll im Zusammenhang mit der noch ausstehenden Sachplanung der Bundesregierung für die Jahre bis 1975 und den Verhandlungen über eine strukturelle Verbesserung der Finanzen von Ländern und Gemeinden erfolgen.“

Wenn wir das veröffentlichen wie in dem zweiten Text, müssen wir in der Tat die Gemeinden stärker betonen, das ist völlig richtig, da gebe ich Herrn Kohl Recht. Ich gebe Herrn Kollegen Kohl auch Recht, daß mittelfristig diese Dinge zu sehen sind im Zusammenhang mit der Steuerreform. Das ist übrigens der letzte Satz der für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärung. Dies ist ja auch mehr nur ein Protokollvermerk für uns. Im zweiten Punkt gibt es zwischen uns auch keinen Dissens, wobei ich meinen Bericht noch insofern ergänze, wir haben natürlich ein wichtiges Problem: Durch den bedauerlichen Tod unseres Freundes Pohle<sup>59</sup> ist die Steuerreformkommission der Fraktion, die ja abgestimmt war – jedenfalls in einem gewissen Umfang, wie weit, weiß ich nicht – mit der Partei, im Augenblick ohne Vorsitzenden. Da es auch eine Sache der Partei ist, sollten wir vielleicht darüber nachher auch noch in einen kurzen Gedankenaustausch eintreten, daß wir diese Kommission jetzt brauchen, weil dieser Zusammenhang zweifellos besteht, auf den Herr Kollege Kohl hingewiesen hat. Nur kommt das einige Wochen später auf uns zu als die andere Frage, um die es jetzt geht.

*Kiesinger:* Zunächst mal, ein Beschluß für den Hausgebrauch ist natürlich gleichzeitig auch ein Beschluß für die Öffentlichkeit. Das war auch heute früh mein Bedenken gegenüber einer Formulierung. Sie hatten daran gedacht, wenn ich Sie recht verstanden habe, diesen internen Beschluß einer gewissen Anzahl von Adressaten zuzuleiten. Damit ist er in der Öffentlichkeit, genauso wie das andere auch. Das ist zu bedenken. Und ich frage mich, ob das angesichts des Kreises, der hier versammelt ist, notwendig ist. Hier sind alle versammelt, oder, soweit ich es sehe, so viele versammelt, die in den Ländern ihren Freunden diese Überlegungen sagen können. Deswegen würde ich dazu raten, daß wir dies zwar jetzt so zur Kenntnis nehmen, aber im übrigen keinen formulierten Text verteilen.

*Kohl:* Herr Stoltenberg, damit das noch einmal ganz klar ist. Ich spreche jetzt zu diesem hausinternen Text. Ich bin natürlich für die 10 %, aber ich habe zur Kenntnis genommen, daß dies die Haltung der Länder ist, aber nicht die Haltung der CDU Deutschlands. Dies glaube ich nicht aufgrund meiner Erfahrungen und aufgrund der Einlassung des von der Bundestagsfraktion heute früh hier entsandten zuständigen Mannes, des Kollegen Leicht. Das ist der erste Punkt. Was ich befürchte, ist, daß wir jetzt gewaltige Schwüre schwören, wir machen das so, und wenn es zum Schwur kommt, fallen wir auseinander an einem Punkt, wo wir ganz schlecht aussehen, wenn die Länder und die Bundestagsfraktion – das ist genau unser Problem vom ganzen Tag – mit zwei Zungen reden. Ich bin durchaus für die 10 %, wenn wir sie kriegen können, ich glaube es bloß nicht. Das ist der erste Punkt.

---

59 Pohle war am 27. August 1971 verstorben. – Dr. Wolfgang Pohle (1903–1971), Jurist; 1965–1971 Vorsitzender des Arbeitskreises Haushalt, Finanzen, Steuern der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 829 Anm. 51.

Und dann ist da noch eine Sache. Ich habe heute früh, das findet sich auch jetzt wieder, für eine kritische Distanz zur Steuererhöhung plädiert. Wir kommen natürlich in einen teuflischen Zugzwang, wenn etwa – lassen Sie mich mal das durchspielen, von der kulturpolitischen Relevanz der Sache will ich jetzt gar nicht reden, das ist rein finanzpolitisch gesehen – der Herr Schiller uns sagen würde: „Gut, angesichts der gigantischen Bildungsaufgaben kriegt Ihr die zehn Punkte, aber ich muß ja auch leben. Folglich werde ich dann bei den Bundessteuern die Leute zur Ader lassen.“ Das macht sich dann natürlich ganz toll, wenn wir die 10 % einstecken, wenn aber gegen die Steuererhöhung die Bundestagsfraktion und Bundesratsgruppe der CDU/CSU bei den Bundessteuern sagen: „Da kriegst Du nichts“. Das wirkt in der Öffentlichkeit, das muß man doch mal sehen, nicht überzeugend, daß man mit der einen Hand nimmt, und die andere in die Tasche steckt und sagt: „Geht uns nichts an.“

*Stoltenberg:* Das ist durch den Text gedeckt. Eine endgültige Meinungsbildung soll im Zusammenhang mit der noch ausstehenden Sachfrage und den strukturellen Fragen noch erfolgen. Genau das ist es, was ich will.

*Kohl:* Also, wenn wir uns klar sind und das noch irgendwo in diese Protokollnotiz für den internen Gebrauch reinkommt, daß die Erhöhung des Bund-Länder-Anteils, was auch die Gemeinden mit beinhaltet, in einer Relevanz steht zu einer möglichen Diskussion um Erhöhung der Bundessteuer, bin ich einverstanden. Es ist natürlich sehr schwer, über einen Text zu reden, den man nicht hat.

*Kiesinger:* Lesen Sie ihn laut vor, Herr Stoltenberg, damit die anderen wissen ...

*Stoltenberg:* Ihrem Wunsch ist, glaube ich, entsprochen durch den letzten Satz. Da heißt es nämlich zur Frage der Steuererhöhung: „Eine endgültige Meinungsbildung soll im Zusammenhang mit der noch ausstehenden Sachplanung der Bundesregierung und den Verhandlungen über eine strukturelle Verbesserung der Finanzen von Ländern und Gemeinden erfolgen.“ Das heißt, dieser Zusammenhang ist natürlich vorhanden, auf den Sie hinweisen, das ist der Sinn dieses Satzes, diesen Zusammenhang herauszustellen und uns je nach dem Verhalten der Bundesregierung gegenüber Länder und Gemeinden, aber natürlich auch der konjunkturpolitischen Entwicklung der nächsten fünf Monate eine Meinungsbildung zu ermöglichen. Das ist der Sinn.

*Kiesinger:* Gut, meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten so verfahren, wie ich vorgeschlagen habe, also diesen Text nun nicht an eine große Anzahl von Personen herausgeben. Die, die hier sind, wissen, was wir für eine Meinung uns dazu gebildet haben, welchen Gedankenaustausch wir gepflogen haben, und die können das dann zuhause den Zuständigen sagen. Lassen wir es also dabei. Dann ist es so beschlossen. Jetzt zum zweiten.

*Stoltenberg:* Im zweiten Teil möchte ich nur ein Versäumnis nachholen. Herr Kollege Barzel hat den Punkt 5 dieser schriftlich verteilten EntschlieÙung angesprochen. Da wollen wir in der Tat, Herr Kollege Schäfer und ich haben uns noch einmal unterhalten, auf seinen Vorschlag hin etwas anders formulieren, und zwar den zweiten Satz folgendermaßen: Man könnte jetzt das „erkennbar“ streichen nach der Ankündigung von Herrn Schiller. „Die erkennbare Absicht der SPD/FDP, durch massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der Inflationsfolgen zu gelangen, erhöht in der jetzigen



Konjunkturlage das Risiko, daß sich der Preisauftrieb weiter beschleunigt.“ Das ist also der Satz, „daß sich der Preisauftrieb weiter beschleunigt.“ Hier wird auf ein Risiko hingewiesen, aber auch dort halten wir uns ein endgültiges Ermessen mit dieser Formulierung vor.

*Barzel:* Ich würde doch sehr herzlich bitten, die Sache nicht so zu formulieren, denn das bedeutet natürlich, daß wir für Steuererhöhungen sind. Sie müssen das nur vernünftig begründen und vorlegen. Das ist unsere Politik. Aber die kann man auch ganz anders formulieren. Ich habe hier eine Formulierung, die ich vorlegen und auch mir zu eigen machen möchte, weil es nach den Lektionen, die wir in der vergangenen Woche alle erhalten haben, jetzt eine Kooperation und vorzeitige Information auch mit der CSU gegeben hat. Der Kollege Strauß bittet uns also hierzu wie folgt zu formulieren:

„Die CDU lehnt hiernach die von der Bundesregierung jetzt in Aussicht genommenen Steuererhöhungen ab, weil ihnen eine nach Prioritäten geordnete Rangfolge der öffentlichen Aufgabenerfüllung ebensowenig zugrunde liegt wie eine mit den Ländern und Gemeinden abgestimmte Konzeption über die Befriedigung des gesamtstaatlichen Bedarfs, weil sie letztlich nur zur Kaschierung der Folgen der Inflation und zur Befriedigung des Ehrgeizes einzelner Ressortminister dienen, weil zudem diese keine Rücksicht auf die für 1974 vorgesehene Steuerreform nehmen und die ohnehin in jeder Hinsicht bestehende Unausgewogenheit der gegenwärtigen Regierungskonzeption vergrößern.“

Diese Formulierung ist politisch. Sie stellt das Nein nach vorne, ist aber bereit, sich überzeugen zu lassen, wenn die Prioritäten usw. sich ändern. Das heißt, die Politik ist die gleiche, die Formulierung ist nur politisch schärfer. So verstehe ich das jetzt. Das wollte ich in die Debatte einbringen.

*Kohl:* Ich habe dazu nur die eine Anmerkung zu machen. Ich denke an die CDU- und CSU-Finanzminister, die in den nächsten vier Wochen vor ihren Landtagen stehen und den Etat 1972 oder gar 1972/73 einzubringen haben. Ich denke an die CDU/CSU Ministerpräsidenten, die danach gefragt werden. Ich blende zurück auf die Diskussion eben hier mit Stoltenberg an dem Punkt, und ich blicke jetzt mal in die Zukunft: Die Formulierung „jetzige“ ist der einzige Aufhänger, den wir dann später vorweisen können. Ich bin nicht für Steuererhöhungen in der konkreten Situation. Aber der Nagel sitzt so tief in der Wand, daß ich jeden bedauere, der ihn in absehbarer Zeit rausziehen muß. Denn der wird sich dabei die Zähne ausbeißen, und er wird zumindest eine Schramme dabei erleiden. Ich habe durchaus Verständnis für diese Haltung ... (*Kiesinger:* Dazu nimmt man eine Zange.) Mein Hinweis ist schlicht und einfach: Wir kriegen ja diesen Bundesetat in den Bundestag und kriegen ihn in den Bundesrat. Und ich sehe schon den Veitstanz, den wir da aufführen, mit der Erfüllung des persönlichen Ehrgeizes ist es so eine Sache. Da steht Herr Stoltenberg an, oder der Kollege Alfons Goppel für den Bayerischen Wald, und wollen die Infrastrukturpolitik dort fortsetzen, und da sagt uns der Schorsch Leber<sup>60</sup> dann beim Straßenbau, ja, das ist eine Befriedi-

---

60 Georg Leber (geb. 1920), Bauarbeiter, Gewerkschafter; 1966–1972 Bundesminister für Verkehr (SPD). Vgl. Protokolle 5 S. 631 Anm. 58.

gung von meinem persönlichen Ehrgeiz – ist es nicht! Ich habe durchaus Verständnis für eine kampfbetone Formulierung. Wer mich kennt, weiß das. Nur die Formulierung muß so lange halten, bis es die Leute vergessen haben. Das hält nicht so lange.

*Barzel:* Ich weiß doch, wenn wir von 1 bis 4 sagen und eben dem intern zustimmen, dann weiß doch jeder, wo die Kinder herkommen. Aber dies scheint mir zu sehr „Kommt nu mal rüber und versucht uns zu überzeugen.“ Das geht mir zu weit.

*Stoltenberg:* Es würde heißen „Die erkennbare Absicht der SPD“, oder, das wäre besser, „Die Absicht der SPD/FDP durch massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der Inflationsfolgen zu gelangen, erhöht in der jetzigen Konjunkturlage das Risiko, daß sich der Preisauftrieb weiter beschleunigt.“ Das wird als eine kritische Distanzierung angesehen. Es kommt dann der Satz „Wir können das erst beurteilen in Verbindung mit den langfristigen Zielen der Steuerreform“. Wir halten uns eine Marge offen. Ich glaube, das reicht, Herr Kollege Barzel. Das andere geht mir auch – offen gesagt – zu weit.

*Barzel:* Die langfristigen Ziele der Steuerreform sind doch nur ein Punkt. Wir wünschen doch auch mittelfristige Finanzplanung und die Zielvorstellungen der Bundesregierung zu kennen. Wir müssen die doch des Bankrotts nun überführen. Das heißt, die Steuererhöhung ist nicht nur zu messen an der Übereinstimmung mit den Zielen der Steuerreform 1974, es ist die langfristige Sachplanung und die mittelfristige Finanzplanung. Einschließlich der Reformen. Das ist das, um was es hier geht. Dann, glaube ich, ist es vernünftig, wenn der erste Satz weg ist ... (*Zwischenruf:* Das andere kann man lassen. Das ist gut so, machen wir es so.) Ich freue mich, daß unser Freund von der CSU, der Generalsekretär, auch zustimmend nickt, ich finde das einen hervorragenden Kompromiß.

*Hahn:* Ich wollte mich unbedingt für die flexiblere Lösung einsetzen, weil sonst tatsächlich die Ausgangslage für die Verhandlungen so schwierig wird. Ich weiß nicht, ob Sie sich darüber im klaren sind, in welcher Situation selbst sogenannte finanzstarke Länder in diesem Augenblick sind. Wir stehen vor der Situation, daß wir vor großen Neubauten stehen, die wir nicht mehr einrichten können, und daß es da Kliniken gibt, die wir stilllegen müssen. Und das geht dann nicht nur auf Kosten des Bundes, sondern auch anderer. Ich bitte das in der kommenden schwierigen Situation wirklich zu berücksichtigen.

*Barzel:* Herr Kollege Hahn, damit wir uns hier ganz verstehen. Wenn es gelingt, durch diese Politik der Bundesregierung einen klaren Prioritätenwechsel abzu erzwingen, dann bedeutet dies politisch, daß sie einige ihrer Zusagen öffentlich in den Wind schreiben muß. Wenn sie dies tut durch eine Prioritätenliste, werden wir nicht die Leute sein, die die als wichtig erkannten Prioritäten deshalb verhindern, weil wir sagen, „Über Steuererhöhungen kann man mit uns nicht reden.“ Aber wir müssen jetzt diese Liste erzwingen. Das ist die Konsequenz der Debatte vor der Kieler Wahl<sup>61</sup>, das ist alles, was ich will, Herr Hahn.

---

61 Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein fand am 25. April 1971 statt. Vgl. Nr. 12 Anm. 3.

*Amrehn:* Keine Änderungen mehr zum Text, aber nach der Erklärung, die der Freund Hahn eben abgegeben hat, möchte ich sagen, daß er sich falsche Hoffnungen machen würde, wenn er glaubte, eine Regierung, die wir morgen stellen, würde das schnell ändern können. Wir können nämlich nicht gleichzeitig einerseits Konjunkturrücklagen machen auf Dauer, und dann das, was damit erreicht werden soll, durch Steuererhöhungen wieder ausgleichen. Dazu wird hier nicht Stellung genommen, aber diese Antwort möchte ich doch gegeben haben.

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren, Herr Stoltenberg wird jetzt so liebenswürdig sein, den Text zu verlesen, ich glaube, so können wir ihn akzeptieren.

*Stoltenberg:* „Die Absicht der SPD/FDP, durch massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der Inflationsfolgen zu gelangen, erhöht in der jetzigen Konjunkturlage das Risiko, daß sich der Preisauftrieb weiter beschleunigt. Alle steuerpolitischen Überlegungen“ – das ist hier der Satz – „erfordern Klarheit über die langfristigen Ziele der Steuerreform und die mittelfristige Sachplanung.“

*Barzel:* Können wir sagen, „Sach- und Finanzplanung“?

*Stoltenberg:* Ja!

*Kiesinger:* Gut, können wir uns darauf einigen? (*Zwischenruf:* Können wir nicht sagen: Eindeutige Aussage über die Prioritäten der Ausgaben? Ich meine, wenn man das nach draußen gibt, die Leute wissen ja gar nicht, was das immer heißt ...) An sich ist das ja drin. Denn es heißt „Sach- und Finanzplanung“. (*Zwischenruf:* „Prioritäten“, da wissen viele auch nicht, was das ist.) Man kann sagen „Prioritäten“ oder „Rangfolge“? (*Unruhe und Diskussion.* – *Zwischenruf:* Zwischen Steuererhöhung und der Inflation besteht kein zwingender unmittelbarer, kausaler Zusammenhang!) Es heißt nur „erhöht das Risiko“, mehr ist ja nicht gesagt. Also, weiter würde ich auch nicht gehen.

*Hasselmann:* Da wird auf das Beschäftigungsrisiko eingegangen. Ich würde in der Aussage sehr vorsichtig sein. Ich glaube, wir haben schon einmal verwirrt, weil wir im Herbst vorigen Jahres den wirtschaftlichen Niedergang an die Wand gemalt haben. Er ist nicht gekommen. Man sollte das nicht an diesem Punkt dramatisieren, denn das gibt natürlich der Regierung auch wieder die Möglichkeit zu sagen: „Was werden wir hier alles für Mittel brauchen, um dieses Übel abzuwenden.“

*Stoltenberg:* Ja, Herr Hasselmann, es gibt etwas dazu zu sagen. Es gibt jetzt ein paar regionale Erscheinungen, ich halte den Begriff „wachsendes Beschäftigungsrisiko“, verehrter Herr Professor Erhard, nicht für eine Dramatisierung. Sie können sogar Äußerungen auch aus dem Sachverständigengutachten, wenn man mal die ungünstige Alternative nimmt, oder Äußerungen der Bundesregierung in Erinnerung rufen<sup>62</sup>, die das eigentlich noch viel deutlicher sagen. Ich finde, für eine Opposition ist das eine maßvolle Ausdrucksweise.

---

62 Vgl. das Sondergutachten „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage“ des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage vom 24. Mai 1971 (BT-Drs. VI/2230); „Die Welt“ vom 29./30. Mai 1971 „Stellungnahme der Union macht Kritik der Gutachter sichtbar“.

*Tandler*<sup>63</sup>: Entschuldigen Sie, wenn ich als Gast ein paar wenige Worte sagen möchte. Und zwar hätte ich die Bitte, daß in diese Erklärung, die ja eine Erklärung zu den aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen sein soll, und meines Erachtens nur dann umfassend ist, wenn noch ein Punkt reinkommt, der sich mit der Situation der Wechselkurse insgesamt befaßt, und zwar in der Richtung, daß die Bundesregierung, sprich Schiller, aufgefordert ist, alsbald alles daran zu setzen, daß in Europa eine Übereinstimmung herbeigeführt wird. Es ist eine Tatsache, daß durch den Beschluß des Mai, die Wechselkurse freizugeben, ein Bruch der kurz vorher getroffenen Vereinbarungen innerhalb der EWG herbeigeführt worden ist.<sup>64</sup> Und das Schillersche Verhalten bei den Konferenzen ist ja allenthalben bekannt. Ich würde schon darum bitten, daß man vom Präsidium der CDU aus auch dazu etwas sagt.

*Stoltenberg*: Ich bin absolut damit einverstanden, daß man das tut. Ich habe bewußt auf die binnenwirtschaftliche Seite abgestellt, weil zunächst die in einer Formulierung etwas kontroverse Erklärung vom letzten Mal, und die Erklärung des Kollegen Barzel das behandelt hatte, aber ich habe nichts dagegen.

*Tandler*: Das will ich vielleicht noch mal verdeutlichen für die Damen und Herren, die es vielleicht nicht ganz verfolgt haben: So kontrovers war die Sache ja an sich nicht. Strauß hat festgelegt oder festgestellt, daß weder die eine Regelung sämtliche Vorteile in sich hat, noch die andere. Ich kenne die Erklärung des Präsidiums der CDU nicht genau, ich war im Urlaub in der Zeit, ich habe das immer in der Presse verfolgen können. Aber vielleicht könnte man das dann noch etwas klarstellen. (*Unruhe.*)

*Barzel*: Wir sollten weitere Debatten vermeiden, und das ist auch eine Bitte an den Herrn Generalsekretär der CSU, der diese Debatte noch einmal aufwirft. Sie war nicht schön, wir haben sie aber dann doch ganz gut beendet durch einen Text, dem vorher die Kollegen Schäfer und auch der Kollege Strauß zugestimmt hatten. In der Fraktion fühlten sich viele übergangen. So einen Satz könnten wir sagen und deutlich machen, daß da auch ein Problem ist. Aber schauen Sie, dann müßten wir natürlich auch uns zu einem anderen Punkt äußern, damit wir vollständig sein wollen. Wir sind uns einig, das eine ist Haushalts- und Steuerpolitik, das dritte ist die Außenwirtschaft, und das zweite natürlich die Spanne zwischen Produktivitätszuwachs und Lohnerhöhung. Wir haben jetzt das Fünffache an Lohnerhöhung gegenüber der Produktivität. Dann müßten wir auch, wenn wir vollständig sein würden, einen Appell an die Tarifpartner richten. Dann wird die Sache rund. Aber vielleicht läßt sich dann, wenn man das alles nicht will, ein Vorspann machen mit einem Satz, daß wir jetzt nur zu dem binnenwirtschaft-

---

63 Gerold Tandler (geb. 1936), Bankkaufmann; 1956 JU und CSU, 1957–1962 Kreisvorsitzender der JU Altötting, 1961–1971 Bezirksvorsitzender der JU Oberbayern, 1970–1991 MdL Bayern, 1971–1978 und 1983–1988 Generalsekretär der CSU, 1978–1982 bayerischer Staatsminister des Innern, 1988 für Wirtschaft, 1988–1990 der Finanzen, 1989–1994 stv. Vorsitzender der CSU.

64 Das Bundeskabinett beschloß am 9. Mai 1971 ein außen- und binnenwirtschaftliches Stabilisierungsprogramm, vgl. BULLETIN Nr. 70 vom 11. Mai 1971 S. 709f.; „Stuttgarter Zeitung“ vom 7. Mai 1971 „Bewußtes Risiko für die Vollbeschäftigung?“.

lichen Teil öffentlich Stellung nehmen. Dann würde ich das für richtig halten. Sonst müßte man einen Satz machen über europäische Solidarität und einen Appell an die Tarifpartner, sonst ist die Sache nicht rund.

*Tandler:* Es geht vielleicht hier doch gegen Schiller, der sich jetzt hinstellt und sagt: „Wir haben doch alles getan, um die deutsche Wirtschaft vor irgendwelchen negativen Folgen zu schützen, indem wir im Mai die Wechselkurse freigegeben haben.“ Der gilt im Moment als der Wirtschaftswundermann in bestimmten Bereichen und wird von der Hofpresse auch entsprechend hochgejubelt. Und diese Tendenz wird sich in der nächsten Zeit noch verstärken, wenn wir den politischen Punkt nicht herausarbeiten, daß hier zugunsten einer nationalen Lösung die Übereinstimmung mit Europa praktisch geopfert worden ist. Und das müßte in diesem Papier verdeutlicht werden.

*Barzel:* Wir haben das bereits im August erklärt.<sup>65</sup> Also für die Bundesregierung besteht nach wie vor kein Anlaß, nicht zuletzt infolge des bedauerlichen Mangels an europäischem Gemeinschaftsgeist, die mißliche Lage zu beschönigen. Die Selbstgefälligkeit, mit der die Bundesregierung in dieser ökonomisch wie politisch schwierigen Situation reagiert, entspricht keineswegs dem Ernst der Lage. Wenn wir das aufgreifen, müssen wir noch viel dazu sagen.

*Kiesinger:* Ich würde auch meinen, wir sollten jetzt das Papier damit heute nicht in Anspruch nehmen. In der Sache sind wir uns einig. Aber wenn man dazu etwas sagt, dann muß das schon ausführlich werden. Damit die Leute das auch verstehen.

*Tandler:* Ich habe den Eindruck, die Leute verstehen das viel besser, als wir gemeinhin glauben, weil das genau das Thema ist, mit dem sich letztlich jeder beschäftigt.

*Stoltenberg:* Also ich würde mal einen Vorschlag machen. Herr Kollege Tandler, ich habe nichts dagegen. Nur, wenn wir ein, zwei Sätze jetzt formulieren, die nichts neues sagen, wird das nicht beachtet. Wenn man es also sozusagen weiterführen will, müßte jemand aus unserem Kreis, der Fraktionsvorsitzende, der Parteivorsitzende, Generalsekretär, wer immer, Herr Kollege Schäfer, einen sorgfältig vorbereiteten, natürlich abgestimmten Artikel veröffentlichen, wo noch mal dieses ganze Thema der politischen, europäischen Dimension, auf das es Ihnen zu Recht ankommt, etwas qualifiziert dargestellt wird. Ich muß Ihnen offen sagen, mit ein, zwei Sätzen jetzt hier werden Sie nicht viel Interesse erwecken, und wir halten uns nur auf, wenn wir noch hier formulieren. Vielleicht dürfen wir Ihren Vorschlag in dieser Form aufnehmen, daß wir einen der dafür geeigneten, führenden Politiker der Union bitten, in einigen Tagen bei einem gesonderten Beitrag dazu noch zu formulieren.

*Kiesinger:* Wollen wir so verfahren? Punkt 3 der Tagesordnung: „Vorbereitung des Parteitages“. Ich bitte den Herrn Generalsekretär dazu.

---

65 Erklärung des CDU-Präsidiums am 24. August 1971, vgl. DUD Nr. 161 vom 25. August 1971 S. 2–4. Vgl. auch die Ausarbeitung der Abteilung III der Bundesgeschäftsstelle „Zur Lage der Weltwirtschaft nach der Wirtschafts- und Währungspolitik der Bundesrepublik nach dem 15. August 1971“ vom 24. August 1971 (ACDP Dokumentation 2/204).

VORBEREITUNG DES PARTEITAGS

*Heck:* Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, die Anlage 1a<sup>66</sup> zur Hand zu nehmen. Ich möchte vorweg nur bemerken, die Punkte, die hier aufgeführt sind, sind lediglich eine Aufzählung der Punkte, die auf dem Parteitag behandelt werden müssen. Es ist kein Vorschlag für die Reihenfolge. Über die Reihenfolge muß hier teilweise Beschluß gefaßt werden. Ich möchte als Zweites bemerken, das muß vorweg geklärt werden, ob der Vorsitzende die Eröffnung dazu benützen will, eine größere Ansprache zu halten, weil es sicher so sein wird, daß der scheidende Parteivorsitzende und der neugewählte Schlußworte sprechen. Aber hier ist daran gedacht, daß natürlich das Wort in größerem Umfang der neugewählte haben muß. Deswegen ist zu klären, ob es nicht richtiger wäre, daß der Vorsitzende zwar eröffnet, dann die Konstituierung kommt und dann der Vorsitzende, wie das früher eigentlich oft der Fall war, das Wort ergreift und in der Eröffnungsveranstaltung seine Rede hält. Das sollte vorweg geklärt werden.

*Kiesinger:* Darf ich gleich etwas dazu sagen. Ich glaube, wenn ich etwas sage, dann muß ich das an der Stelle sagen. Nachher, nach der Wahl, gehört das Wort dem Gewählten. Dann kann allenfalls der alte einen Händedruck und einen Glückwunsch aussprechen. Ich habe persönlich nie daran gedacht, eine Riesenrede zu halten, auch nicht bloß ein Grußwort, ein Eröffnungswort zur Not schon, etwas, was man geziemender Weise bei einem solchen Anlaß, bei einer solchen Gelegenheit, sagt. Ohne daß man also nun die Spannung des Parteitages, die natürlich vorhanden sein wird, über Gebühr strapaziert. Das war meine Vorstellung. Ich glaube, daß das das richtige Verfahren ist.

*Heck:* Ich schlage dann vor, daß wir die Punkte der Tagesordnung der Reihe nach jetzt behandeln, und am Schluß festsetzen, wie die Berichte verteilt werden. Denn es ist nicht möglich, daß diese Reden alle hintereinander gehalten werden können. Eröffnung durch den Vorsitzenden ist klar. Zweitens, Wahl des Tagungspräsidiums. Ich bitte Sie, dazu die Anlage 1c zur Hand zu nehmen. Nein, Anlage 3a. Also, hier hat die Geschäftsstelle einen Vorschlag ausgearbeitet, der einigermaßen berücksichtigt, daß alle Landesverbände vertreten sind.

*Echternach:* Es ist bisher so gewesen, daß dem Tagungspräsidium ein aktives Mitglied der Jungen Union angehört. Ich weiß nicht, warum das entfallen ist. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kraske:* Ich würde vorschlagen, falls das nicht schon geschehen ist, daß man mit Herrn Müller-Hermann spricht, ob es sich nicht empfiehlt, womöglich an seiner Stelle Herrn Carstens zu nehmen. Das ist ja kein bedeutender Beitrag zu seinem Wahlkampf, aber er kommt im Präsidium eher noch mal ins Fernsehen, als wenn er unter den Delegierten sitzt, und das ist für einen Spitzenkandidaten wenigstens noch eine kleine Unterstützung.

---

66 Anlagen in ACDP 07-001-715.

*Heck:* Vielleicht sollte man doch die erste Frage klären. Also, wir sind davon ausgegangen, daß die Junge Union mit Herrn Seiters vertreten wäre. Wenn das nicht der Fall ist, dann muß das berücksichtigt werden. Zum Vorschlag von Herrn Kraske muß ich sagen, daß Herr Müller-Hermann mir ausdrücklich mitgeteilt hat, daß er Wert darauf legt, im Präsidium zu sein. (*Unruhe*)

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren, die eine Frage ist geklärt, ein Vertreter der Jungen Union ist drin, wenn Herr Seiters dafür nicht in Frage kommt, dann muß das ein anderer sein. Vorschlag? (*Zwischenruf:* Pfeifer<sup>67</sup>, Vorsitzender in Baden-Württemberg, Mitglied der Bundestagsfraktion, oder Herr Neumann<sup>68</sup>. – *Starke Unruhe und Diskussion.*)

*Heck:* Augenblick. Wenn anstelle von Seiters nun Herr Pfeifer kommt, dann müßte Niedersachsen anstelle von Herrn Seiters einen neuen Vorschlag machen.

*Kohl:* Dann macht doch Seiters Niedersachsen, und der Pfeifer den anderen. Das ist doch die einfachste Sache von der Welt. (*Unruhe*)

*Heck:* Pfeifer? Einverstanden? Zum Thema Grußworte ist nicht viel zu sagen. Wir werden uns bemühen, daß die Grußworte der Länge nach einigermaßen im Rahmen bleiben. Aber hier bleibt es häufig beim Bemühen. Wir übersehen noch nicht, wer von den ausländischen Gästen kommt, aber es wird so sein, daß einer für die christlich-demokratischen Parteien sprechen wird und einer für die Konservativen. Das haben wir das letzte Mal so gehalten. Und dann kann doch sein, daß der Präsident der EUCD kommt, Herr Rumor<sup>69</sup>. Wenn er kommt, wird man ihm das Wort geben müssen. (*Unruhe und Diskussion.* – *Kohl:* Also, das scheint mir wirklich sinnvoll zu sein.)

*Heck:* Ziffer 4, Beschlußfassung über die Tagesordnung. Das brauchen wir hier nicht zu behandeln. Dann Wahl der Antragskommission. Dafür gilt die Anlage, die haben wir noch nicht. Vielleicht kann Herr Göb mündlich vortragen.

*Göb:* Wir würden vorschlagen Herrn Dr. Heck als Vorsitzenden, Herrn Dr. Göb als stellvertretenden Vorsitzenden, Professor Mikat, Friedrich Vogel, Dr. Kraske, Frau Griesinger, Dr. Schwarz-Schilling und Herrn Bilke von der Bundesgeschäftsstelle.

*Heck:* Also, da muß ich eines fragen. Soweit ich informiert bin, ist Frau Griesinger keine Delegierte. Dann wird es etwas schwierig. (*Zwischenruf:* Ist sie Delegierte?)

---

67 Anton Pfeifer (geb. 1937), Jurist; 1959 CDU, 1965–1969 persönlicher Referent von Wilhelm Hahn, 1967–1972 Landesvorsitzender der JU Baden-Württemberg, 1969–2002 MdB, 1982–1987 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und 1987–1991 beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, seit 1989 stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 1991–1998 Staatsminister im Bundeskanzleramt.

68 Bernd Neumann (geb. 1942), Lehrer; 1962 CDU, 1967–1973 Landesvorsitzender der JU Bremen, 1969–1973 Mitglied des Bundesvorstands der JU, 1971–1987 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, seit 1975 Mitglied des CDU-Bundesvorstands, seit 1979 Landesvorsitzender der CDU Bremen, seit 1987 MdB, 1991–1998 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, seit 2005 Staatsminister im Bundeskanzleramt (Beauftragter für Kultur und Medien).

69 Mariano Rumor war von 1965 bis 1973 Präsident der EUCD.

*Hasselmann:* Darf ich den Vorschlag machen, daß unser Generalsekretär, Herr Haaßengier<sup>70</sup> da reinkommt, der Jurist ist.

*Kohl:* Herr Hasselmann, der ist in der nächsten Kommission laut Papier.

*Kiesinger:* Darf ich es noch mal hören bitte.

*Göb:* Herr Dr. Heck, Herr Dr. Göb, Professor Mikat, Herr Vogel, Dr. Kraske, Frau Griesinger, die wollen wir dann nun austauschen, Dr. Schwarz-Schilling und Herrn Bilke von der Geschäftsführung.

*Kohl:* Herrn Haaßengier noch dazu? (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kiesinger:* Wir müssen unbedingt vorsorgen. Berlin ist ein Thema, das sehr gut drankommen kann, und dann würde ich allerdings auch Herrn Lorenz vorschlagen.

*Hasselmann:* Wobei zu sehen ist, daß diesmal nach der Verfahrensordnung, die wir Ihnen ja immerhin kurz auch vorgelegt haben, die Antragskommission kein eigenes Antragsrecht mehr haben wird, sondern eine Redaktionskommission sein soll. Also nicht wie auf dem Düsseldorfer Parteitag. (*Zwischenruf:* Also Lorenz dazu. – *Diskussion.*)

*Heck:* So, kann es dann dabei bleiben? Nächster Punkt. Wahl der Mandatsprüfungskommission. Das ist die Anlage 3c, hier André<sup>71</sup> als Vorsitzender, dann Herr Haaßengier, Herr Krakow<sup>72</sup> und Herr Meyer<sup>73</sup> von der Bundesgeschäftsstelle. Dann Wahl der Stimmzählkommission. Das ist die Anlage 3d. Ich glaube, die Namen brauchen nicht verlesen zu werden. Dann Bericht des Generalsekretärs. Rede des ersten Vorsitzenden, die wird als erste kommen. Wie gesagt, wie die eingeordnet werden, wollen wir am Schluß behandeln. Bericht der Bundestagsfraktion.

*Blüm:* Ich sehe, daß im Mittelpunkt des Parteitages, und darauf wird sich das ganze Interesse richten, die Wahlen stehen werden. Nun sind die Wahlen ja sicherlich nicht, ich hoffe es jedenfalls nicht, das Ergebnis von persönlichen Sympathien und Antipathien, sondern zur Diskussion stehen doch verschiedene Konzepte. Ich finde, Reden müssen dafür Gelegenheit sein, daß die Parteitagsdelegierten aus erster Hand die Darstellung der verschiedenen Vorstellungen der Kandidaten von der Parteiarbeit, von

---

70 Dieter Haaßengier (geb. 1934), Jurist; 1965–1968 persönlicher Referent des Kultusministers Richard Langeheine, 1968–1976 und 1981/82 Generalsekretär der CDU Niedersachsen, 1970–1976 MdL Niedersachsen, 1986–1988 Staatssekretär im Innenministerium Niedersachsen, 1989/90 Staatssekretär im Kultusministerium.

71 Helmut André (geb. 1915), Lehrer; Ministerialrat im saarländischen Innenministerium, 1956–1972 Landesgeschäftsführer der CDU Saar.

72 Karl Ludwig Krakow (geb. 1940), wissenschaftlicher Mitarbeiter; 1967/68 persönlicher Referent des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Meyers, 1969/70 Konrad-Adenauer-Stiftung (1970 stv. Leiter des Wissenschaftlichen Instituts), 1970–1974 CDU-Bundesgeschäftsstelle (ab 1972 Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit), 1971–1973 Landesgeschäftsführer der CDU Hamburg, 1972–1979 Vorsitzender des CDU-Stadtverbands Rheinbach.

73 Günter Meyer (geb. 1935), Philologe; 1970 Gruppenleiter, 1971 Abteilungsleiter und 1974–1978 Hauptabteilungsleiter Organisation in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1978–1987 Landesgeschäftsführer der CDU Westfalen-Lippe, 1988–1990 Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in Wien, 1990–1999 Chef der Staatskanzlei Sachsen sowie 1997–1999 Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten.



der Arbeit des Wahlkampfes erhalten. Es ist schlechter Stil, wenn das der Delegierte nur über die Zeitungen erfährt. Das ist ein Gesichtspunkt. Zum anderen meine ich, wie immer die Wahl ausgeht, es dürften nach keiner Seite hin Vorbehalte zurückbleiben. Aus diesem Grunde müßte es für alle Kandidaten so etwas wie Chancengleichheit geben. Ich glaube, es ist auch im Interesse von Herrn Barzel im Hinblick darauf, daß wir eine Wahl hinter uns bringen müssen, keine Vorbehalte zu haben. Ich habe also zwei Anliegen: Einmal, daß das Konzept der Kandidaten auf dem Parteitag vorgetragen wird, und zum anderen dann die Chancengleichheit.

*Barzel:* Ich möchte nur zum letzten Punkt mitteilen, daß ich in einer Sitzung des Präsidiums von mir aus gesagt habe, ich wünschte Chancengleichheit für alle Kandidaten und empfehle deshalb, die mündliche Ergänzung des schriftlichen Berichts des Fraktionsvorsitzenden hinter die Wahl zu nehmen. Weil mir das natürlich sonst möglicherweise einen Platzvorteil einräumt, den ich nicht zu haben gedenke. In der anderen Frage müssen wir uns überlegen, daß die Satzung vorschreibt, daß natürlich Wahl ohne Aussprache stattfindet. (*Unruhe.*)

*Köppler:* Ich meine, wir sind jetzt dabei, uns zu verständigen, wie möglicherweise oder wie optimal der Ablauf sein sollte. Etwas, was Herr Dr. Heck eigentlich als zweiten Schritt vorgeschlagen hat, dann, wenn die Pakete verteilt werden. Aber die Frage, die Herr Blüm angeschnitten hat, führt eigentlich in diese Debatte rein. Wir sollten uns darüber verständigen, ob wir das jetzt klären oder erst die Liste durchgehen, um dann die Verteilung, oder wenn Sie so wollen, die Dramaturgie dieses Parteitages, so weit das möglich ist, vorzuüberlegen.

*Heck:* Ich schlage vor, daß wir einfach den technischen Teil, die Liste erledigen, und uns dann diesem politischen Punkt zuwenden.

*Kiesinger:* Augenblick mal, Herr Blüm, dann müssen wir ja schon hier einsetzen, eben hat Dr. Barzel eine sehr interessante Anregung gegeben. Das bedeutet, daß wir dann den Bericht des Fraktionsvorsitzenden hinter die Wahlen stellen sollten. (*Zwischenruf:* Genau das ist das Problem der Verteilung, was sich nicht nur an dieser Stelle ergibt, sondern eben insgesamt angesehen wird.) Also gut, einverstanden, wenn das nicht jetzt gleich eine Festlegung der Reihenfolge bedeuten soll.

*Heck:* Dann Bericht der Mandatsprüfungskommission. Das ist erledigt. Bericht des Bundesschatzmeisters.

*Schmücker:* In Übereinstimmung mit dem Generalsekretär bitte ich um die Zustimmung zu folgendem Vorschlag. Wir haben die Rechenschaftsberichte für 1968 und 1969, die vom Wirtschaftsprüfer geprüft sind, hier ordnungsgemäß verabschiedet. Sie sind den Rechnungsprüfern zugestellt. Nach der Satzung müßten wir nach Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer zur Kenntnisnahme den Rechnungsprüfern die Rechenschaftsberichte zustellen. Der Rechenschaftsbericht 1970, den wir zweckmäßigerweise noch mit verabschieden sollten – wir haben schon zwei, es werden aber drei sein – liegt aber noch beim Wirtschaftsprüfer. Jetzt bitte ich um die Genehmigung, daß, wenn er kommt, wir sie den Rechnungsprüfern zustellen und dann danach den Vorstand auf den Parteitag oder im Umlaufverfahren unterrichten. Dann können wir nämlich alle drei Berichte in einem erledigen. Das wäre doch zweckmäßig.

*Kiesinger:* Einverständnis mit diesem Vorschlag? Das ist der Fall.

*Stoltenberg:* Die Finanzlage der Partei ist schwierig, Kollege Schmücker hat uns ja mal eine Aufzeichnung geschickt über eine Reihe von internen Vorgängen, die auch diese Schwierigkeiten z. T. begründen. Ich könnte mir vorstellen, daß es also gleich der Wunsch des Schatzmeisters, vielleicht auch der Wunsch der einen oder des anderen Delegierten, ist, ausführlich über die Gründe für diese Schwierigkeiten zu sprechen. Ich würde persönlich dennoch empfehlen, sowohl den Bericht wie auch eventuelle Anfragen, das kann man in den Landesverbänden vorher besprechen, zu reduzieren. Wir haben kein Interesse daran, daß es für das Präsidium – und wir alle haben ja eine gewisse Mitverantwortung, der Schatzmeister und das Präsidium, sei es auf dem Wege der Anfrage vor der Öffentlichkeit und der Presse – eine Debatte über die Finanzprobleme gibt, die man eben doch bei der Art unserer Finanzsituation und auch den Problemen der Finanzierung woanders führen muß. Ich sage das ausdrücklich hier, weil es wichtig ist für die Vorerörterung auch im Kreis der Delegierten.

*Schmücker:* Vielleicht sind Sie einverstanden, daß ich hier noch mitteile, daß wir gestern eine Besprechung zur Konrad-Adenauer-Haus GmbH gehabt haben, und daß sich die Herren Jahn<sup>74</sup> von der Commerzbank und Herr Lipfert<sup>75</sup> vom Sparkassenverband bereiterklärt haben, voll mitzuarbeiten. Sie haben unsere Sachargumente akzeptiert. Wir unsererseits müssen zugeben, daß einige Formulierungen mißlich waren. Es wird der Prospekt überarbeitet. Wir legen aber Wert auf die Feststellung, daß einstimmig dem Konzept zugestimmt worden ist.

*Heck:* Ziffer 13, Bericht der Rechnungsprüfer, das sind die Gewählten, es werden auf dem Parteitag die Rechnungsprüfer für das nächste Jahr neu gewählt. Dann Entlastung des Bundesvorstandes, Beschlußfassung über Änderungsanträge zum Statut. Das ist die Anlage. (*Diskussion.*)

Einer ist, ob nur Deutsche Mitglieder der CDU sein können oder auch Ausländer. Die Anregung kommt aus Nordrhein-Westfalen, und dort gibt es einen Kreisverband, der das angeregt hat, das hat der Landesverband aufgenommen. Die können ihre Satzung aber nur ändern, wenn die Bundessatzung etwas Derartiges vorsieht. In unserer Satzung steht nur: „Jeder Deutsche kann“, wir müßten das also ändern. Wir haben Ihnen dazu ja auch eine ausführliche Vorlage gemacht. Das obliegt nun dem Bundesvorstand, einen entsprechenden Antrag zu stellen oder ihn abzulehnen und zu sagen, es bleibt bei der bisherigen Regelung. Die SPD hat die Möglichkeit. (*Kiesinger:* Ich würde mal sagen, daß wir das mal einen Augenblick zurückstellen.) Daß wir die Anträge am Schluß behandeln? (*Kiesinger:* Ich würde zunächst mal von dieser sehr heik-

---

74 Dr. Wolfgang Jahn (geb. 1918), Diplom-Volkswirt; Mitglied des Vorstandes der Commerzbank AG, stv. Vorsitzendes des Beirates der Baukommission für das Konrad-Adenauer-Haus, 1984–1996 Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

75 Dr. Helmut Lipfert (geb. 1924), Wirtschaftswissenschaftler, Professor für Bankbetriebslehre; 1950–1958 Tätigkeit in einer Privatbank, 1960–1966 o. Professor an der TH Darmstadt und der Universität Hamburg (1962), ab 1966 Vorstandsmitglied der Rheinischen Girozentrale und Provinzialbank sowie 1966–1974 der Westdeutschen Landesbank, Mitglied des Beirates der Baukommission für das Konrad-Adenauer-Haus.

len Sache ...) Es kommt auch der Antrag, dafür zu sorgen, daß sämtliche Kreisverbände einen Delegierten zum Parteitag stellen, darüber müßten wir uns auch eine Meinung bilden. Dann kommt Beschlußfassung über die Beitragsstaffel. Hier liegt ein Vorschlag vor der Finanzkommission. Das ist die Anlage 4. Das heißt, die Ziffer 1, ich lese es kurz vor: „Jedes Mitglied der Partei hat einen regelmäßigen Beitrag zu entrichten. Der Grundbetrag beträgt 3,00 DM monatlich. Drittens, der Mitgliederbeitrag richtet sich nach dem Einkommen des Mitgliedes. Für die Festsetzung der Beitragshöhe dienen folgende Richtlinien zur Selbsteinschätzung: Der Mitgliederbeitrag erhöht sich jeweils um 5,00 DM für jede angefangene 500 DM über 1.000 DM Monatseinkommen hinaus. Viertens, bei der Festsetzung des Monatsbeitrages kann sozialen Gesichtspunkten und dem Familienstand Rechnung getragen werden. Für Mandats- und Amtsträger besteht zusätzlich eine besondere Regelung.“ Dann kommt Ziffer 17, Beschlußfassung über den Beitrag.

*Rollmann:* Ich möchte anregen die Formulierung „Grundbeitrag“ durch „Mindestbeitrag“ zu ersetzen, wenn ich mir angucke, wie die Beitragsmoral in der Partei ist, einschließlich meines eigenen Landesverbandes. Wenn wir hier sagen, Ziffer 2, „Mindestbeitrag“, dann wird deutlich, jeder muß mindestens 3,00 DM bezahlen im Monat, wenn er in der CDU sein will. Ich glaube, das ist nicht zu viel verlangt aufgrund der ganzen Kostenerhöhungen, die es in den vergangenen Jahren gegeben hat, und aufgrund der Preiserhöhungen ebenfalls. Das Honnefer-Stipendium war vor zehn Jahren, als wir noch immer nur mit einer Mark oder mit einer Mark fünfzig gearbeitet haben, bei 240 DM im Monat, und inzwischen sind es 400 DM im Monat. Ich glaube, daß niemand mehr so arm ist, die Renten sind auch erfreulicher Weise in die Höhe gegangen. Also, wenn wir hier jetzt sagen, der Mindestbeitrag beträgt 3,00 DM, dann ist klar, wer in die CDU rein will, der muß mindestens 3,00 DM im Monat bezahlen.

*Echternach:* Ich meine, wir sollten es bei der bedachten Formulierung unseres Finanzausschusses belassen. Die Formulierung ist auch einstimmig beschlossen worden. Daß die Mitglieder keinen Ertrag abwerfen, wissen wir aus der Praxis, und ich meine, diese Formulierung ist so elastisch, daß sie auch in der Praxis bestehen kann, alles andere bringt Schwierigkeiten.

*Kiesinger:* Also, ich habe einfach ein praktisches Bedenken im Hinblick auf die Sozialhilfe-Rentner. Die Leute leben doch nun wirklich am Rande des Existenzminimums, ein erheblicher Teil davon. Wenn wir Wert darauf legen, daß die unsere Mitglieder werden, und Wert legen wir ja darauf, dann kann ich mir eine ganze Menge Fälle denken, bei denen auch das Aufbringen von 3,00 DM eine Mordssache ist. Wir dürfen ja bloß an die Beträge denken, die diese Leute bekommen. Im übrigen hat natürlich Herr Rollmann recht, aber das kommt nun auf die Handhabung durch die Partei an. Also, ich würde es auch lassen bei „Grundbeitrag“.

*Adorno:* Ich möchte dem Vorschlag von Herrn Rollmann zustimmen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wir müssen den Beschluß darüber im Zusammenhang sehen mit Ziffer 17, Beschlußfassung über den Beitragsanteil der Bundespartei. Wenn diese Anteile von 0,50 DM auf 1,00 DM erhöht werden sollen, dann müssen wir doch ehrlich genug sein, auch zu sagen, da müssen höhere Beiträge auch von den Mitglie-

dern gefordert werden. „Grundbeitrag“ ist wirklich sehr flexibel. Das ist mir zu flexibel, weil es in der Tat die Möglichkeit schafft, alle möglichen Ausnahmen wieder einzuräumen. Dagegen sagt „Mindestbeitrag“ ganz klar, daß jedes Mitglied diesen Beitrag aufzubringen hat. Natürlich wird es da und dort auch Ausnahmen geben, aber diese Regelung ist nicht so flexibel, und wenn wir schon den Anteil an die Bundespartei erhöhen müssen, dann müssen wir auch insgesamt die Beiträge erhöhen, müssen dafür sorgen, daß die Erhöhung auch durchgesetzt wird.

*Kiesinger:* Also, Sie lösen das Problem damit doch nicht. Denn so lange Sie die Ziffer 4 so stehenlassen, bezieht sie sich auch auf einen Mindestbeitrag. Dann müßten Sie schon die Ziffer 4 zusammenziehen mit Ziffer 3, wenn Sie das nicht wollen, was ich für falsch hielte. Infolgedessen kann ich mein Bedenken überwinden und kann zustimmen, weil psychologisch „Mindestbeitrag“ eine stärkere Aufforderung enthält. Aber ich stelle fest, die Ziffer 4 bezieht sich auch in diesen schweren Fällen dann auf den Mindestbeitrag. Nur haben wir es schärfer gesagt mit „Mindestbeitrag“. Und unter diesen Gesichtspunkten würde ich auch doch jetzt für den Vorschlag Rollmanns sein.

*Echternach:* Ich meine, wir sollten es bei dem Finanzausschußbeschuß lassen, sonst gibt das nur wieder zu neuen Mißinterpretationen Anlaß. Wieweit kann man auch von einem Mindestbeitrag befreien? Wenn wir uns darüber einig sind, daß auch von dem 3,00 DM-Beitrag in bestimmten sozialen Fällen abgewichen werden kann, dann sollten wir es bei der Formulierung „Grundbeitrag“ lassen, sonst gibt es nur wieder Ausnahmen.

*Müllенbach*<sup>76</sup>: Ich habe diese Debatte des Bundesfinanzausschusses sehr ausführlich verfolgt. Die haben zwei Stunden allein nur über die Frage „Grundbeitrag“ oder „Mindestbeitrag“ diskutiert. (*Kiesinger:* Das ist nicht so wichtig, in der Sache kommen wir so oder so auf dasselbe) Man hat sich auf einen Grundbeitrag pro Mitglied daraufhin geeinigt, weil im § 4, Ziffer 2 des Statutes heißt, ob wir Mindestbeitrag, Regelbeitrag, Grundbeitrag oder was nehmen, bleibt bestehen, und der Kreisverband kann in besonderen Fällen Mitgliedsbeiträge erlassen oder stunden. Uns erschien das Wort „Grundbeitrag“ sinnvoller zu sein zu sagen, davon geht man aus.

*Kiesinger:* Ich stelle zur Abstimmung. Wer ist für Grundbeitrag? Wer ist für Mindestbeitrag? Also, Grundbeitrag ist die Mehrheit.

*Heck:* Ziffer 17, Beschlußfassung über den Beitragsanteil der Bundespartei. Anlage 6a. Ich lese vor. „Der Anteil der Bundespartei an den Beiträgen der Mitglieder wird von monatlich 0,50 DM auf 1,00 DM erhöht.“

*Kiesinger:* Einverstanden? Weiter.

*Heck:* Es kommen Anträge, die stellen wir zurück und behandeln sie mit den Anträgen zur Statutenänderung. Beschlußfassung über die Parteischiedsgerichtsordnung. Hierzu muß ich um Verständnis für folgenden Vorschlag bitten. Wir hatten noch keine Möglichkeit, die Herren sind einfach teilweise im Urlaub, daß die Vorlage, die unter dem Vorsitz von Herrn Staatssekretär Dr. Barth ausgearbeitet worden ist, in einigen

---

<sup>76</sup> Peter Müllенbach (1919–1995), Mitarbeiter der Unionbetriebsgesellschaft. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 168 Anm. 9.

Punkten geändert werden soll und, wie wir meinen, geändert werden muß, mit Ihnen zu besprechen. Wir halten es einfach für nicht möglich, das über seinen Kopf hinweg hier nun zur Beschlußfassung vorzulegen. Ich glaube, daß es ausreicht, wenn wir den Vorstandsmitgliedern die Vorlage so bald als möglich, also innerhalb der nächsten 14 Tage, zuschicken, und dann darüber Beschluß fassen in der Vorstandssitzung vor dem Parteitag.

Das wird natürlich ein bißchen schwierig sein, weil, wenn der Parteitag beschließen soll, die Delegierten das vorher in die Hand bekommen müssen. Wir könnten aber im Umlaufverfahren den Vorschlag beschließen lassen, zumal es sich bei den Änderungen, die noch vorgeschlagen werden, nicht mehr um gravierende Dinge handelt, sondern eigentlich mehr um redaktionelle Änderungen.

*Kiesinger:* Dann wollen wir also so verfahren? Weiter!

*Heck:* Dann Ergänzungswahlen zum Bundesparteischiedsgericht. Da haben wir keine Vorlage, Herr Scheib kann dazu berichten.

*Scheib:* Herr Dr. Barth, der wegen einer Tagung in Eichholz verhindert ist, hat mit mir ausführlich über den behandelten Punkt und auch über diesen jetzt vorgeschlagenen Tagesordnungspunkt gesprochen. Ich darf Ihnen zugleich für Herrn Dr. Barth folgendes sagen. Im Jahr 1968 auf dem Berliner Bundesparteitag wurden statutenmäßig für die Dauer von vier Jahren, also bis 1972, fünf ordentliche Mitglieder und fünf stellvertretende Mitglieder des Bundesparteigerichtes gewählt. Zum damaligen Zeitpunkt waren Bestimmungen des Parteiengesetzes über die innere Ordnung der Parteien noch nicht in Kraft, nach denen bestimmte Positionen innerhalb der Parteien, nämlich die Zugehörigkeit zu alten Vorständen, und einige weitere Dinge, unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu einem Parteischiedsgericht sind. Soweit uns bisher bekannt ist, sind höchstens vier Mitglieder des Bundesparteigerichtes davon betroffen. Und zwar der Rechtsanwalt Schmitz<sup>77</sup> aus Berlin, soweit wir wissen, geschäftsführender Landesvorsitzender, möglicherweise Herr Landrat Wolf<sup>78</sup> in Limburg, außerdem Herr Dr. Cassens<sup>79</sup> in Bremen, und möglicherweise auch Frau Dr. Becker-Döring. Es bieten sich nun zwei Lösungen an, um den Vorschriften des Parteiengesetzes und insbesondere den Bestimmungen der neuen Parteischiedsgerichtsordnung, die insoweit auf dem Parteiengesetz aufbaut, Rechnung zu tragen. Möglichkeit 1 wäre eine formelle Ergänzungswahl durch den Bundesparteitag für den Rest der Amtsperiode, also bis Herbst nächsten Jahres. Davon wären betroffen ein, eventuell zwei ordentliche Mitglieder des Bundesparteigerichtes, und möglicherweise zwei stellvertretende Mitglieder. Falls der

---

77 Karl-Heinz Schmitz (geb. 1932), Rechtsanwalt und Notar; 1951 CDU, 1955–1958 Landesvorsitzender der JU Berlin, 1963–1969 Geschäftsführender und 1969–1981 Zweiter Landesvorsitzender der CDU Berlin, 1958–1963, 1967–1970 und 1971–1985 MdA Berlin, 1968–1972 Mitglied des Bundesparteigerichtes, 1970/71 MdB.

78 Heinz Wolf (1908–1984), Jurist, 1962–1966 MdL Hessen (CDU), 1964–1974 Landrat von Limburg, 1960–1984 Mitglied des Bundesparteigerichtes, 1974/75 Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg.

79 Johann-Tönjes Cassens (geb. 1932), Jurist; 1963–1981 Mitglied der Bürgerschaft Bremen, 1964–1972 Mitglied des Bundesparteigerichtes. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1234 Anm. 8.

Bundesvorstand dies aus Sicherheitsgründen so beschließen würde, schlägt Herr Dr. Barth vor, daß die bisherigen stellvertretenden Mitglieder, Rechtsanwalt Siebeke<sup>80</sup> aus Düsseldorf und Rechtsanwalt und Notar Dr. Kanka<sup>81</sup> aus Offenbach, zu ordentlichen Mitgliedern des Bundesparteigerichtes gewählt werden. Im übrigen müßte man überlegen, welche vier neuen Stellvertreter zu wählen sind. Eine pragmatische Lösung würde folgendermaßen aussehen: Daß wir diejenigen Mitglieder, deren Inkompatibilität feststeht, davon unterrichten würden, und im übrigen durch eine entsprechende ordnungsmäßige Einberufung zu den Sitzungen dafür sorgen, daß immer fünf anwesend sind, so daß das Bundesparteigericht weiter arbeiten kann. Bei der Möglichkeit der Ergänzungswahl sprechen Sicherheitsgründe dagegen. Für eine pragmatische Lösung spricht, daß nur noch ein Jahr Restamtszeit ist. Es ist vielleicht schwierig, geeignete Kandidaten jetzt noch zu finden, und unter Umständen ist der Saarbrücker Parteitag ohnehin durch Fragen aller Art überlastet.

*Kiesinger:* Einverstanden. Also, die pragmatische Lösung.

*Heck:* Ziffer 21, die Wahlen.

*Blüm:* Ich glaube, das Problem Chancengleichheit ist ganz im Sinne der Fairneß durch das, was Herr Barzel gesagt hat, geregelt worden. Aber das andere Anliegen, das die Struktur der Partei betrifft? Vor wenigen Tagen hat Herr Göb eine interessante Anregung zu diesem Thema gemacht.<sup>82</sup> Kann ich mich an der Diskussion eigentlich nur über Leserbriefe beteiligen oder gibt es auch eine Möglichkeit, daß wir in dem Gremium oder auf dem Parteitag über solche Fragen sprechen? (*Heiterkeit.*) Dazu müßten auch die beiden Kandidaten Gelegenheit haben. Ich finde es also ganz im Sinne der innerparteilichen Demokratie, wenn ich bei der Terminologie unserer Berlin-Diskussion bleibe, weder befriedigend noch akzeptabel, daß wir nicht auf dem Parteitag über die Strukturfragen sprechen.

*Stoltenberg:* Wenn wir das behandeln, ist es vielleicht doch richtig, auf die Hauptprobleme auch kurz einzugehen, weil ja unsere Zeit vorangeht. Ich würde persönlich folgende Möglichkeiten sehen – und nicht nur Möglichkeiten –, ein Sachverhalt ist klar vorgegeben. Im Anschluß an den Bericht des Generalsekretärs, der ja ziemlich vorne ist, findet natürlich eine allgemeine Aussprache statt über die Situation der Partei, wobei wir vielleicht nachher noch einen Augenblick darüber nachdenken müßten, ob wir eine ausschließliche Aussprache über die Situation der Partei wünschen, oder vielleicht unter Aufnahme einiger Gedanken in der Ansprache des Vorsitzenden in einer politischen Aussprache am ersten Tag. (*Kiesinger:* Gar nicht zu verhindern.) Das hängt auch mit der Zeit zusammen, weil wir nur 1 ½ Tage haben. Es stünde unserer Partei an sich gut zu Gesicht, denn wir machen alles gerade unter den Vorzeichen personeller

---

80 Dr. Friedrich Wilhelm Siebeke, Rechtsanwalt in Düsseldorf; 1968–2004 Mitglied des Bundesparteigerichtes.

81 Dr. Karl Kanka (1904–1974), Rechtsanwalt und Notar; 1957–1965 MdB (CDU), 1964–1974 Mitglied des Bundesparteigerichtes. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1234 Anm. 9.

82 Aufsatz „Zur Führungsfrage der CDU: Personen und Strukturen“. In: „Sonde“ Nr. 3 vom August 1971. Eine Zusammenstellung der Pressereaktionen durch die Bundesgeschäftsstelle in ACDP Dokumentation 2/20.

Konstellationen und Entscheidungen auf gewisser, wie ich hoffe, sachlich begrenzter Spannungen, wenn am ersten Tage darüber gesprochen würde, auch gerade im Anschluß an Ihre Ausführungen, Herr Vorsitzender. Ich nehme an, daß Sie einige politische große Themen aufreißen werden und vielleicht in einer Aussprache nach dem Bericht von Herrn Heck eine begrenzte, konzentrierte Debatte stattfindet über politische Fragen, aber natürlich vor allem über die Situation der Partei. Und in dieser Debatte werden wir natürlich auch Themen berühren, die nicht mit der Neuwahl und der Bewertung von Personen und Kandidaten, die ich aus meiner Sicht nicht für wünschenswert halte, aber mit den damit verbundenen Sachfragen in Zusammenhang stehen. Das wäre, glaube ich, also die erste Antwort, die sich aufgrund Ihrer Frage ergibt.

Die zweite Frage, die Sie aufgeworfen haben und die man durchaus ernsthaft im Für und Wider erörtern kann, ist, ob man davon ausgehen soll, daß die Kandidaten, die zur Wahl stehen, nun selbst eine kurze Darstellung ihrer Vorstellung über die Parteiarbeit vornehmen. Dafür kann man einiges sagen, dagegen kann man einiges sagen. An sich sind natürlich die zur Wahl Stehenden, wie ich glaube, gut bekannt.

Das dritte Problem ist, ob man ausdrücklich eine Personaldebatte durchführen will. Davon würde ich abraten. Ich habe es versäumt, jetzt noch mal in der Satzung nachzusehen. (*Kohl*: Steht nichts drin!) An sich sind wir frei. Ich halte es für einen guten Grundsatz, daß wir im Kreis von 500 Delegierten ... (*Zwischenruf*: 1.000 Journalisten!) Ich habe jetzt an die gedacht, die reden, die anderen schreiben darüber. Deshalb sollten wir davon absehen, eine Personaldebatte zu führen. Klar ist: Es gibt eine Strukturdebatte zur Situation der Partei, die gewisse Bezugspunkte auf die Wahlentscheidung impliziert, ohne Bewertung von Personen. Ich würde auch sagen in diesem Zusammenhang, das muß man etwas ordnen. Man muß nach meiner Auffassung nicht zur Strukturdebatte der Partei, aber zum politischen Teil vielleicht etwas sagen, das ist ja auch eine Führungsaufgabe für Vorstand und Präsidium, der besonders qualifiziert erscheint, damit nicht gerade der politisch schwächere Teil unserer Delegierten dieses Bild der Partei prägt vor den 1.000 Journalisten. Das kann man wahrscheinlich in einer vernünftigen Form ohne Manipulation tun.

Es gibt eine Strukturdebatte, die ist gar nicht einzugrenzen. Nach Rechenschaftsberichten kann jeder sprechen, das sollte man auch bis auf eine Redezeitregelung, die es geben kann, machen. Keine Personaldebatte, das würde ich sehr dringend empfehlen. Die Frage der Vorstellung der beiden Kandidaten müßte erörtert werden. Ich meine persönlich, daß mehr dagegen spricht. Aber wir sind hier natürlich nicht die typischen Delegierten, das müssen wir auch zugeben. Es gibt aus der Sicht der Delegierten vielleicht ein paar andere Aspekte als aus unserer Sicht, die wir uns alle nun lange kennen und eine Meinung von möglichen Lösungen haben. Dennoch würde ich glauben, daß die Gründe dagegen etwas stärker sind.

*Kiesinger*: Was verstehen Sie unter Personaldebatte?

*Stoltenberg*: Personaldebatte heißt, Herr Vorsitzender, daß nach dem Vorschlag von Herrn A und Herrn B eine freie Debatte erfolgt, wo jeder Delegierte sich meldet, um die Vorzüge von Herrn A und die Nachteile von Herrn B zu preisen.

*Kiesinger*: Nur das? Das Anliegen von Herrn Blüm geht natürlich weiter. Das ist

was ganz anderes. Er will z. B. außer der Frage einer Änderung der Führungsstruktur doch wohl auch die Frage ansprechen: „Soll man die Ämter zusammenlegen oder nicht?“ Das fällt nicht unter Personaldebatte. Also eine Personaldebatte, wo wir die Vorzüge des einen gegenüber dem anderen abwägen, ist ganz unmöglich.

*Köppler:* Ich kann im wesentlichen dem, was Herr Stoltenberg gesagt hat, nur zustimmen. Ich halte es für notwendig, daß diese Strukturprobleme, die ja angesprochen worden sind, diskutiert werden auf dem Parteitag, aber ich würde es für unmöglich halten, wenn wir das im Zusammenhang mit dem Wahlakt bringen. Ich würde vorschlagen, das im Anschluß an die Berichterstattung des Bundesvorstands zu führen, wobei ich aber auch meine, wir sollten dann vielleicht durch das, was man vorbereiten kann, dafür sorgen, daß wir nicht ausschließlich diese parteiinternen Dinge behandeln. Wir sollten dafür sorgen, soweit wir es vorbereiten können, daß die politischen Fragen diskutiert werden, damit der Parteitag nicht nur unter Gesichtspunkten der personal- und der parteiinternen Entscheidung steht. Das zum einen.

Wir haben heute morgen im Landesvorstand ausführlich die Frage erörtert, wie man die Frage „Vorstellung der Kandidaten“, „Fragen an die Kandidaten“ behandeln soll. Die weit überwiegende Meinung ging dahin, und der Landesvorstand hat mich gebeten, das hier vorzutragen, man sollte, wenn irgend möglich, darauf verzichten. Es ist in der Tat so, daß in dem Moment, wo wir die beiden Kandidaten auffordern, eine Art Bewerbungserklärung, das ist ja noch nicht eine Regierungserklärung, abzugeben, daß dann eine Befragung kaum mehr ausgeschlossen werden kann. Wir können es nicht einfach so praktizieren, daß hier geredet und nicht mehr diskutiert wird. Und dann sind wir bereits bei dem, was man Personaldebatte nennt, was man unter allen Umständen vermeiden sollte. Es war die Meinung bei uns im Landesvorstand, daß die personellen Alternativen einschließlich der sachlichen Konsequenzen inzwischen für die Delegierten so weit klar sind, daß mit Ausnahme der Aussprache, die notwendig ist, über die Strukturfragen, der Führungsstruktur der CDU, die anderen Dinge möglichst ohne Aussprache gemacht werden sollten.

Natürlich hat Herr Kohl mit dem Zwischenruf vorhin recht gehabt, in der Satzung ist nichts vorgeschrieben. Und wenn jemand eine Personaldebatte wünscht, ist der Parteitag souverän, darüber zu entscheiden. Unsere Bitte war an das Präsidium und an den Vorstand, daß jemand, wenn unsere Auffassung geteilt wird hier im Vorstand, mit großer Autorität und mit großem Gewicht das Wort nimmt, um eine Entscheidung, eine Mehrheitsentscheidung, für eine solche Debatte zu verhindern.

*Kiesinger:* Ja, ich würde dem zustimmen, was Herr Köppler hier vorgetragen hat.

*Barzel:* Danke, daß ich zwischendurch das Wort bekomme, ich muß mich um den Fortgang der Berlin-Sache jetzt kümmern, und deshalb den Vorstand vorzeitig verlassen. Ich bitte um Verständnis. Ich will mich zu der Sache nicht äußern, ich bin mit allem hier einverstanden. Man muß natürlich im Interesse der Partei Peinlichkeiten dabei vermeiden. Ich möchte nur folgendes hinzufügen. Was mich betrifft, sage ich das sehr öffentlich: Die Vorstellung, die ich habe über die Parteiarbeit, habe ich nicht öffentlich gemacht. Ich bin bereit, darauf auch zu verzichten und erst auf dem Parteitag diese Vorstellungen zu machen. Ich bin auch bereit, mich etwa darauf einzulassen,



damit außer dem Kollegen Kohl und mir nicht noch Dritte etwa hier in die Mühlen der Diskussion gezogen werden, darauf zu verzichten, vor dieser Wahl etwa den Namen des Generalsekretärs, der mir vorschwebt, zu nennen. Es setzt natürlich dann voraus, daß wir uns alle so verhalten und nicht nur der eine jetzt in der Öffentlichkeit sein Konzept der Parteiarbeit vor dem Parteitag vertritt und der andere nicht. Darüber müßten wir uns auch verständigen. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich jetzt weg bin. Ich bin sicher, daß ich von Herrn Heck oder Herrn Göb einen Anruf über die Entscheidung dazu bekomme, damit ich mich einzurichten weiß.

*Kiesinger:* Gut, Sie müssen weggehen, Sie haben jetzt keine Zeit mehr? (*Barzel:* Tut mir sehr leid. Ich werde schon dringend erwartet.) Dann hat jetzt das Wort Herr Dregger.

*Dregger:* Ja, ich wollte folgende praktische Vorschläge machen: Eine politische Aussprache nach dem Bericht des Vorsitzenden. Eine Strukturaussprache nach dem Bericht des Generalsekretärs. Keine Personaldebatte, die Bewertungen einschließt, denn wir brauchen beide, gleich, wer gewählt wird, auch nachher. Keiner darf Schaden nehmen in der ganzen Angelegenheit, und ich meine auch, man sollte auf eine Vorstellung verzichten, denn wer kandidiert zum Vorsitzenden dieser Partei, muß uns bekannt sein. (*Unruhe.*)

*Kohl:* Zunächst einmal meine ich, ich bin mit dem Weg einverstanden, wenn man eine Lösung findet, die Delegierten in einer breiteren Front, als das bisher geschieht, auch über das Wollen der beiden Kandidaten in der Partei zu informieren. Es ist hier von Chancengleichheit gesprochen worden. Es ist ganz eindeutig, daß es Bereiche gibt in der Bundespartei, in der die Möglichkeit für den einen von den beiden, seine Vorstellung vorzutragen, relativ gering sind, um nicht zu sagen, ausgeschlossen sind. Ich möchte mich darüber nicht näher verbreiten, es ist ja nicht so, daß hier das von vornherein gleich gewertet ist. Und ich muß Ihnen auch ganz offen sagen, wenn auf dem Parteitag eine Frage gestellt wird nach der Führungsstruktur, müssen doch eigentlich die beiden, die jetzt kandidieren, sagen können, wie sie das machen. Ich beispielsweise, um das klipp und klar zu sagen, sehe mich außerstande, dem Vorschlag des Kollegen Barzel beizutreten und mich über den Generalsekretär vor der Wahl auszusprechen.

Natürlich muß der Delegierte wissen, wer jetzt im Personaltableau mit drin ist. Das hat nichts damit zu tun, damit Sie mich hier nicht falsch verstehen, daß ich nicht auch meine, und das können Sie ja bei mir als gegeben hinnehmen, daß, wie immer die Wahl ausgeht, meine persönliche Position sich zur Partei natürlich überhaupt nicht verändern wird. Wenn ich also nicht gewählt werde zum Parteivorsitzenden, werde ich kandidieren um meine jetzige Position als stellvertretender Parteivorsitzender. Das ergibt sich aus der Natur der Sache, wie ich finde. Aber ich halte es nicht für möglich, daß nun die, die souverän sind und den Souverän darstellen, nämlich der Parteitag, nicht wissen, was hier im Konkreten an personellem Tableau sich ergibt. Ich, um das gleich zu sagen, unterwerfe mich natürlich hier jedem Beschluß. Ich möchte nicht bloß an einem Beschluß mitwirken, an dem am Ende steht, daß wir hier etwas beschließen – ich habe da spezielle Erfahrungen aus dem Düsseldorfer Parteitag – und auf dem Par-

teitag selbst kein Mensch mehr dran denkt, wenn das losbricht, den Beschluß zu verteidigen. Ich habe da also meine Zweifel, daß dieser Beschluß so gefaßt werden soll.

Das, was Dregger sagt, hat sehr viel für sich. Man muß über die Strukturfragen reden, zu einem Zeitpunkt, wo nicht direkt über die Sachfragen, also allgemeine Politik, Berlin, usw. gesprochen wird. Das kann man sicherlich in der Generaldiskussion tun. Man kann aufrufen jetzt Teil Partei, und man kann aufrufen, jetzt Teil D. Ich würde zumindest – ich meine, wir sitzen doch noch mal am Sonntag in Saarbrücken beisammen – vorsehen, daß dies möglich ist. Ich würde es nicht ausschließen, daß zu Beginn der Generaldiskussion zum Teil Partei, wenn sich die Stimmung so entwickelt, die beiden Kandidaten, wenn es bei den beiden bleibt, zehn Minuten das Wort in der Diskussionseröffnung bekommen. Das ist also eine denkbare Lösung. Das würde ich für eine vernünftige Lösung halten, weil sie jetzt nicht die Sache dogmatisiert. Ich warne nur vor einem Beschluß, den wir heute fröhlich und frei fassen, und von dem dann in Saarbrücken keiner mehr der Urheber sein will. Denn ich habe erhebliche Zweifel, das muß ich Ihnen ganz offen sagen, wie das an diesem Punkt läuft. Daß es an dem Punkte, was den Generalsekretär betrifft, nicht laufen kann im Sinne dessen, was Rainer Barzel gesagt hat, das ist ganz klar. Dies werde ich nicht machen, denn ich begeben mich ja dann immer weiter in einen Winkel, in den ich mich nicht begeben will.

Ich habe aber noch einen Punkt, den ich in diesem Zusammenhang anführen will. Ich gehe davon aus, Herr Vorsitzender, daß wir wirklich geheime Wahl haben. Und das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir haben über 1.000 Journalisten, und es soll niemand sagen, daß wir die aus dem Saal raushalten können. Den unwürdigen Zustand kann man nicht aushalten, daß in allen Hintertreppen Listen kursieren, z. T. noch falsche, ich beziehe das nicht auf mich, denn mein Tun, auch mein nicht glückliches Tun, in Düsseldorf, war offenbar. Aber ich habe beobachtet, wie Abgesandte bestimmter Gruppen, in diesem Fall brutaler Interessengruppen, bei bestimmten Delegierten rumstanden, um zu sehen, was die wählen. Dies ist ganz unerträglich. Dies kann man nicht ausschalten. Denn Sie können nicht 1.000 Leute, Journalisten, festhalten, zumal auch nicht in der Komposition dieser Halle. Wir haben von vornherein das technische Problem, daß das Fernsehen irgendwo mitten unter den Delegierten steht, und ums Fernsehen rum soundso viele (*Unruhe.*) Leute um das Fernsehgerät selbst, und um das Aufnahmegerät stehen ja auch so viele Leute, die gar keine Fernsehjournalisten sind. Wenn Sie bloß mal die „Spiegel“-Mannschaft in Düsseldorf beobachtet haben, die waren mit 15 Mann da. Die waren alle mitten im Saal. Ich halte eine offene Abstimmung für gänzlich unmöglich, zumal eine geheime Wahl mit entsprechenden Zellen gar nicht mehr Zeit in Anspruch nimmt. Das ist eine reine Frage der Organisation. Wenn Sie die alphabetischen Blocks aufrufen, in vier Gruppen und in vier Zellen wählen, ist das eine Sache, die 20 Minuten länger dauert. (*Unruhe.*)

*Kiesinger:* Also mit anderen Worten, wir müssen Kabinen einrichten, in denen so abgestimmt wird, wie es eben zur Sicherung der Geheimhaltung nötig ist.

*Kohl:* Und noch mal zur anderen Frage, Herr Bundesvorsitzender. Ich würde heute empfehlen, daß wir im Gesamtableau vorsehen, die allgemeine Diskussion zur Politik von vornherein zu begrenzen. Ich würde den gesamten Zeitrahmen, den wir für die

Generaldiskussion haben, vorweg festlegen, und dann sagen, den Teil, den wir für die allgemeine Politik haben, den muß man dann zwangsweise vorwegnehmen. Ich meine dann, wenn zum zweiten Teil über die Partei gesprochen wird, daß man zumindest vorsieht, daß diese Möglichkeit eröffnet wird, von der Blüm vorhin sprach, in der Form, daß die beiden in je zehn Minuten ihre Vorstellungen als Diskussionsbeiträge entwickeln. Ich würde es nicht ausdrücken, aber die Möglichkeit in Anspruch nehmen. Das muß man natürlich im Zeitplan mit einplanen. Ich glaube, daß man dann das andere, was die Peinlichkeit ausmacht, etwa Personalbefragungen, wie sie jetzt in den letzten Jahren im studentischen Bereich en vogue gekommen sind, um so leichter ausschalten kann, wenn Sie vorher die Möglichkeit gegeben haben, die Sache zu versachlichen.

*Kiesinger:* Ich glaube, daß es richtig ist, daß wir uns nicht festlegen sollen, so daß die beiden Kandidaten nicht Gelegenheit haben, an einer bestimmten Stelle sich zu melden. Die Frage kommt wahrscheinlich ohnehin aus dem Parteitag. Aber in dieser Frage entzündet sich ja die Auseinandersetzung schon am Strukturproblem. Und deswegen könnte etwa nach dem Bericht des Generalsekretärs das Strukturproblem besprochen werden, und in dem Zusammenhang wäre ja die Gelegenheit gegeben für die beiden Kandidaten, das Wort zu nehmen. (*Zwischenruf:* Einmal mit gleicher Zeit. – *Schröder:* Und der Applaus ist eine Vorwahl. Oder sehen Sie das nicht so?)

*Kohl:* Ja, also, lieber Herr Schröder, ich will über diesen Parteitag sagen, daß ich die Erfahrung in 25 Jahren CDU auch für relevant halte. Die, die zu mir sagen, sie wählen Kohl, sind durchaus in der Lage, Barzel zu wählen, und die, die Barzel sagen, wählen durchaus auch Kohl, und die, die applaudieren, meinen unter Umständen was ganz anderes. Das gehört zum Selbstverständnis der CDU. (*Heiterkeit.*)

*Rollmann:* Ich wollte noch mal fragen, liegt ein konkreter Antrag irgendeiner Parteiorganisation um Abschaffung des amtlichen Generalsekretärs vor? (*Diskussion.*)

*Kiesinger:* Liegt nicht vor.

*Adorno:* Ich glaube, daß das Mindeste ist offenzuhalten, daß die Kandidaten die Möglichkeit haben, auf dem Parteitag ihre Vorstellungen zu äußern. Denn wenn irgendwer, dann haben die Delegierten ein Recht darauf, daß sie die Meinung der Kandidaten zu den wichtigen Strukturfragen nicht nur aus der Zeitung erfahren, sondern direkt von den Kandidaten. Zumal die Frage jetzt etwas kompliziert geworden ist um die Eröffnung einer völlig neuen Diskussion, nämlich darüber, ob die Position des Generalsekretärs eben ist wie sie ist, oder nicht. Und wenn schon dieser Vorstand darauf verzichtet, in eine Diskussion darüber einzutreten, die Diskussion darüber, ob Ämtertrennung oder nicht, ob Personalunion oder nicht, ob Generalsekretär oder nicht, dann muß mindestens dem Parteitag diese Möglichkeit dadurch eröffnet werden, daß die Kandidaten sich dazu äußern. Ich bin auch dafür, daß eine Personaldebatte mit Bewertung nicht stattfindet, aber ich meine, daß dieser Parteitag unter ganz besonders wichtigen Überlegungen steht. Da müssen die Kandidaten die Gelegenheit haben, sich zu den wichtigsten Strukturfragen zu äußern, und das ist „Personalunion oder nicht“, das ist „Ämterhäufung oder nicht“, und das ist die Frage der Position des Generalsekretärs.

*Lemke:* Ich bin der Ansicht von Herrn Dregger und Herrn Kohl. Ich würde das selbe vorschlagen.

*Köppler:* Ich bin auch der Meinung, wenn wir zu dem Zeitpunkt, an dem das jetzt diskutiert worden ist, uns diese Möglichkeit offen halten, handeln wir sicher klug. Wir sollten darüber in der Sitzung am Sonntag noch mal sprechen. Wir können ja nicht hier einen Appell an die beiden Kandidaten richten, sie sollten den Mund halten, wenn die Diskussion losgeht. Ich meine nur, wir sollten sie bitten, sich über das Vorgehen, was sie selber planen, und was wir dann vielleicht noch mal besprechen sollten, nach Möglichkeit zu verständigen. Ich glaube, daß der Weg eines qualifizierten und hervorgehobenen und in gleicher Zeit erstatteten Diskussionsbeitrages zur Strukturdebatte der beste Weg wäre. Ich würde nur einen anderen Gedanken noch bitten zu erwägen – wir kommen ja auch bald zu der Frage des Ablaufs des Parteitages –, ob man nicht den Versuch machen sollte, die Wahl des Vorsitzenden, die ja ohnehin auf allen Debatten, sogar der politischen Debatte, als ungeheure Spannungshypothek lastet, natürlich auch der Wertung der Delegierten, so weit wie möglich vorzuziehen. Ich möchte vorschlagen, man sollte zum frühestmöglichen Zeitpunkt, also nach Ablauf der beiden Diskussionen, nach der politischen und der Strukturdiskussion in die Wahlhandlung am ersten Tag einsteigen.

*Stoltenberg:* Ich möchte den Vorschlag von Herrn Köppler, der ja spontan unterstützt wird, befürworten, wann die Wahlen am besten, am wirkungsvollsten, sachlich richtigsten plaziert werden. Ich glaube, wenn wir Montagmorgen anfangen, Dienstagmittag schließen wollen, daß es eine politische Schlußansprache des neu gewählten Vorsitzenden am Dienstag geben wird, dann wäre es richtig, den ersten Vorsitzenden am Montag gegen Abend zu wählen, und die weiteren Wahlen am Dienstag vorzunehmen. Ich glaube, daß das sehr viel für sich hat, weil es auch das spekulative Moment, das den ganzen Parteitag belasten wird, unter Umständen auflöst. Vom Gesichtspunkt der Chancengleichheit und einer fairen Meinungsbildung habe ich keine Bedenken. (*Kohl:* Das geht ohne weiteres, da müssen wir nur den Empfang da rausschmeißen.)

*Windelen:* Wir sind natürlich nicht sicher, wie der Ablauf von den Delegierten erzwungen wird, aber ich meine, der Bundesvorstand hat ja auch eine Führungsaufgabe, der sollte wenigstens Vorstellungen entwickeln, wie er sich den Ablauf vorstellt. Dafür Vorschläge erarbeiten, die vortragen und zur Annahme stellen. Wenn wir uns darüber hier weitgehend einigen, sollten wir die Landesverbände mit diesen Vorschlägen jetzt schon vertraut machen und sie bitten, in ihren Landesverbänden zu diskutieren und nach Möglichkeit um Annahme werben. Hier sind die meisten Landesvorsitzenden da, d. h., wenn wir hier in den Spitzen akkordieren, wird sicher zu erreichen sein, daß man das dann auch zu Hause in den Landesverbänden vertritt, was nicht heißt, daß das in jedem Fall eine Annahme darstellt. Das wäre eine gewisse Absicherung. Ich unterstütze sehr nachdrücklich den Vorschlag, die Wahl des ersten Vorsitzenden am ersten Tag zu vollziehen. Es wäre schlecht, wenn auch diese Entscheidung noch über die Nacht hingezogen würde. Die Nacht wird dann ohnehin für Konspirationen für die anderen Entscheidungen sehr dringend gebraucht werden. Ich glaube, man sollte die erste Entscheidung wirklich auf ... (*Unruhe.*) Ich finde es schwierig, aber vielleicht darf ich

nochmal versuchen, zum Punkt zu kommen. Ich glaube, wir sollten uns in dem Zusammenhang (*Kiesinger*: Meine Damen und Herren, darf ich bitten!) in Ausübung unserer Führungsaufgabe klar dafür aussprechen, keine Personaldebatte, sondern die Sachdebatte über Absichten, Vorhaben und Vorstellungen zu führen. Das läßt sich ohnehin nicht vermeiden. Das sollten wir selbstverständlich tun, das gehört eigentlich ganz selbstverständlich dazu. Und ich wäre sehr dankbar, das ist zwar festgehalten worden, aber darüber ist noch nicht definitiv gesprochen worden, wenn man vielleicht anhand des Vorschlages Dreggers die Reihenfolge vorsieht: Beitrag des Vorsitzenden, politische Debatte, Beitrag des Generalsekretärs, dann eben diese Sachdebatte, Konstruktionsdebatte usw., dann hat das eine gewisse logische Konsequenz.

In dem Zusammenhang wird sicher die Frage „Konzentration oder Trennung der Ämter“ hochkommen. Das kann man nicht vermeiden. Ich würde nur darum bitten, daß wir uns hier darüber klar sind, daß das kein Gegenstand der Abstimmung des Parteitages sein kann, weil wir sonst notwendigerweise in Schwierigkeiten mit der CSU kommen müßten. Das heißt, darüber mag man Ansichten äußern, aber ich meine, wir sollten uns hier darüber klar sein, daß das kein Gegenstand einer Mehrheitsentscheidung des Parteitages sein darf und sein kann. Wenn Sie der Auffassung folgen, würde ich es für richtig halten, daß man das vorher klärt und nicht nachher eine Debatte darüber führt, ob man das machen soll oder nicht.

Die letzte Frage, die ich noch aufwerfen wollte, ist die Frage Generalsekretär. Ich glaube, hier ist Dr. Barzel mißverstanden worden. Ich glaube, er wollte hier nur sagen, daß er von sich aus diese Frage nicht mit der Entscheidung für den ersten Vorsitzenden koppeln würde, daß er von sich aus also bereit sei, die Wahlentscheidung für den ersten Vorsitzenden völlig unabhängig von anderen Erwägungen vorzutragen. Aber Dr. Barzel wird sicher bereit sein, auch jede andere Konstruktion hinzunehmen. Ich glaube nicht, daß er damit sagen wollte, daß er das nicht sagen möchte oder daß er das mit seinen Vorstellungen nicht anhalten würde, sondern, ich glaube, ihm ging es hier nur darum, daß eine Entscheidung auf die Person bezogen gefällt wird, und das hat er ja generell gesagt, daß er sich jeder Regelung, die hier beschlossen wird, selbstverständlich beugen würde. Ich glaube, hier sollten wir auch nichts vermuten, was sicher nicht beabsichtigt war.

*Wex*: Ich stimme natürlich sehr zu, daß den Kandidaten aufgrund dieser strukturellen Diskussion eine Möglichkeit gegeben wird, etwas zu sagen. Aber wir wollen hier ja nicht die Details festlegen, aber auszuschließen ist das überhaupt nicht, im Gegenteil. Es wird so kommen, wenn die Kandidaten sich gemeldet haben, daß die nächsten Diskussionsredner aufgrund dieser Sache quasi Fragen an die Kandidaten stellen, und da müssen wir drüber klar sein, wer die dann beantwortet. Ob die dann der Generalsekretär beantwortet, oder wer sie dann beantwortet. Ich meine, auszuschließen ist diese Sache nicht. Kaum haben die beiden sich gemeldet, geht das auf diesem Wege natürlich mit einer Quasi-Befragung los, indem man auf die Diskussionsbeiträge der Kandidaten eingeht. Man kann das ja gar nicht alles im Ablauf vorher bedenken, aber das ist sicher dabei doch in Aussicht zu nehmen und zu erwarten.

*Kiesinger*: Also, ich habe mir das jetzt gerade überlegt. Es ist natürlich etwas prekär,

wenn ich in meiner Eröffnungsansprache die Einleitung einer politischen Debatte geben soll, dann müßte diese Ansprache natürlich einfach quantitativ sehr viel größer sein, als ich sie vorhabe. Das möchte ich eben nicht. Wir haben jetzt eben beschlossen, am Abend dieses Tages den ersten Vorsitzenden zu wählen. Machen wir uns doch nichts vor! Es wird zwar ein Bedürfnis bestehen, auf dem Parteitag auch allgemeine politische Themen zu diskutieren, aber an dem Tag wird die Spannung alles beherrschen, die Leute werden sich unterhalten. Und da besteht natürlich die Gefahr, daß der noch so redliche Versuch, in einer Rede eine politische Aussprache einzuleiten, fehlschlagen muß. Mir gefällt also die Geschichte offengestanden nicht. Denn wenn ich eine politische Rede, die die Grundlage für eine politische Aussprache sein soll, halten soll, dann fällt das einfach aus dem Gefüge dieses Parteitages heraus. Wann soll der Bericht des Generalsekretärs kommen? (*Heck*: Nach der Aussprache.) Nach der Aussprache? Am selben Tag? (*Zwischenruf*: Herr Vorsitzender, das ist eine verlockende Aufgabe für einen Vorsitzenden, in der notwendigerweise sehr angeheizten Stimmung hinsichtlich der Frage, die uns alle beschäftigt, in einer politischen Einleitung Stellung zu nehmen zu der Personalfrage. Aber die richtigen Maßstäbe zu setzen, um das, worum es geht, nun nicht personell, sondern politisch, das braucht Zeit.)

Ich habe nicht weniger Bedenken um meine Ansprache unter der Voraussetzung, daß man von mir erwartet, daß ich einer nun folgenden politischen Aussprache adäquat, quantitativ auch adäquat, gerecht werden soll. Daß ich das richtige Wort finde zu dem, was zu entscheiden ist auf diesem Parteitag, das traue ich mir natürlich zu. Ich möchte nur sagen, man soll nicht von mir die große politische Rede erwarten, die dann den Anlaß zu einer großen politischen Aussprache gibt. Man kann einfach eine solche Situation eines solchen Parteitages nicht ändern. Wir werden es beide schwer haben. Der Generalsekretär wie ich.

*Dregger*: Es sind am ersten Tag drei Plenarsitzungen vorgesehen. Die erste beginnt um 9.30 Uhr, im Mittelpunkt stünde die Rede des Vorsitzenden und die politische Debatte. Die zweite beginnt um 14.30 Uhr, im Mittelpunkt der Bericht des Generalsekretärs, und die dritte beginnt um 20.00 Uhr, da wählen wir den Vorsitzenden. Das geht doch.

*Kiesinger*: Schön, also gut. Der Bericht des Fraktionsvorsitzenden kommt dann am nächsten Tag. Würde Barzel gewählt werden, kann er das am nächsten Tag ansprechen. Aber er macht da doch keine zwei Sachen, einen Bericht des Fraktionsvorsitzenden und noch eine Rede!

*Stoltenberg*: Er muß einen schriftlichen Bericht machen.

*Kiesinger*: Das kommt auf das Ergebnis an.

*Echternach*: Nur zu zwei Punkten, die hier beide aufgeworfen sind. Zunächst Generalsekretär, nachdem beide Kandidaten erklärt haben, vor dem Parteitag den Generalsekretär des Kandidaten öffentlich benennen. Zu dieser Aussage müssen auch beide stehen. Zweitens, Fragen an Kandidaten. Ich glaube, wir sollten dem auch nicht ausweichen. Wir sollten als Bundesvorstand keinen Beschluß fassen. Nachdem die Diskussion so breit geführt wird in der ganzen Partei, brauchen wir auch irgendwo ein Ventil. Das glaube ich der Diskussion abzunehmen, daß das nur abstrakt bei der

Strukturfrage zum Ausdruck kommen kann. Die Delegierten wollen mindestens auch etwas Deutliches von den Kandidaten hören. Ich glaube, wenn wir von vornherein vorsehen, daß Fragen an die Kandidaten gerichtet werden können, können wir am ehesten die Personaldebatte selbst vermeiden. Und dann ist die Parteiführung gar nicht in der Lage, das noch während des Parteitages zu steuern. Ich meine also, die Möglichkeit, Fragen an die Kandidaten zu richten, sollten wir von vornherein einplanen.

*Kiesinger:* Das könnten wir auch gar nicht verhindern.

*Stoltenberg:* Da hat Herr Echternach wahrscheinlich recht.

*Göb:* Weil die Kommission kein eigenes Antragsrecht mehr hat, sondern eben nur mehr eine Redaktionskommission ist und nur noch Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu den vorliegenden Anträgen stellen kann, kann man auch mehrere vorliegende Anträge mit gleichem Gegenstand zu einem eigenen Antrag zusammenfassen. Aber wichtiger ist eigentlich, daß die Frage geklärt wird, die ungeklärt ist, wie die ungültigen Stimmen behandelt werden und wie die Stichwahlen durchgeführt werden. Bei uns in unserer Satzung steht, daß die Stimmhaltungen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mitzählen, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit, und wir schlagen Ihnen vor, in die Verfahrensordnung dasselbe auch hineinzuschreiben für die ungültigen Stimmen. Das muß geklärt werden. (*Kohl:* Na ja, logisch!) Scheint also im Analogschluß logisch zu sein. Und das nächste ist nun, das ist etwas schwieriger, insbesondere bei der Wahl des Bundesvorstands, die Frage nach der Stichwahl. Ich darf Ihnen das vorlesen, das ist wohl das einfachste, was Kollegen in der Verfahrensordnung vorschlagen würden. Ich möchte einem eventuellen Entrüstungsturm vorbeugen und gleich sagen, daß das zunächst ein Diskussionsvorschlag ist:

„Zu einer Stichwahl stehen jeweils so viele der nicht gewählten Kandidaten mit den nächst niedrigen Stimmenzahlen zur Wahl an, wie sie der Zahl der noch nicht besetzten Sitze im Präsidium bzw. Bundesvorstand plus 1 entsprechen“ – nun können Sie auch sagen plus 5 oder plus 10 oder alle. Nur eben, wenn Sie sagen alle, dann können wir unter Umständen den ganzen Dienstag wählen. Bitte? (*Zwischenruf:* Wie viele?) Mit den nächst niedrigen Stimmzahlen. Das schließt also aus, daß alle noch mal dran kommen, und wir müßten nun festlegen, wie viele das sind mit den nächst niedrigen Stimmenzahlen, plus 1 oder plus 5 oder die Hälfte oder so was. „Entfallen auf die letzte Stelle in der Reihenfolge nach Stimmenzahlen zwei oder mehrere Kandidaten mit gleich vielen Stimmen, so werden diese Kandidaten in die Stichwahl mit einbezogen.“ Es geht also jetzt darum, festzulegen, wie viele von denen mit der nächst niedrigen Stimmzahl in die Stichwahl mit einbezogen werden. Das scheinen mir, mit der Behandlung der ungültigen Stimmen, die beiden wichtigsten Dinge, die in dieser Verfahrensordnung geregelt werden müssen.

*Heck:* Also, ich glaube, der Vorschlag plus 1 ist sehr problematisch. Man kann sich schon vorstellen, daß danach vielleicht fünf Kandidaten kommen, die jeweils lediglich durch eine einzige Stimme sich unterscheiden, wo es sehr offen ist. Deswegen glaube ich schon, man kann die Sache auch nicht völlig frei werten, aber man sollte schon sagen vielleicht plus 5, 10. (*Zwischenruf:* Das muß in der Relation zur Zahl derer ste-

hen, die zu wählen sind.) Also, beim Vorstand beispielsweise (*Zwischenruf*: Wie viele Vorstandsmitglieder haben wir denn? – *Starke Unruhe und Diskussion*. – *Kiesinger*: Also, Augenblick mal! Dr. Heck!) Darf ich noch mal sagen, wir brauchen, glaube ich, auch das Präsidium nicht zu beachten, denn es gibt sicher keine drei Dutzend Kandidaturen für das Präsidium. Die Sache ist wirklich ernst zu erwägen bei der Wahl des Vorstandes. Sonst ist hier ein Vorschlag, der scheint mir praktikabel zu sein. Das heißt, bzw. Bundesvorstand plus Stimmzahl zur Wahl, bis sie höchstens bis eineinhalbfach der Zahl (*Kiesinger*: Das ist doch festgelegt!) der noch nicht besetzten Sitze im Präsidium bzw. im Bundesvorstand entspricht. (*Kiesinger*: Das ist doch die Regelung. – *Unruhe und Diskussion*. – *Kiesinger*: Weiter!) Dann kommen jetzt die Anträge.

*Göb*: Es gibt mehrere Anträge. Das eine oder andere haben wir ja schon besprochen. Es gibt einen Antrag des Kreisverbandes Köln, der Bundesparteitag möge beschließen, den Bundesvorstand zu beauftragen, unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, die die Bundesgeschäftsstelle in die Lage versetzen, die Landes- und Kreisverbände bei Ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Hierzu ist zu sagen, daß zur Zeit eine Umstellung des „Union in Deutschland“-Dienstes läuft, daß wir zur Zeit auch verschiedene andere Dinge machen wollen und daß wir demnächst auch zu einem Akkord kommen wollen und müssen mit den Landesverbänden, wie wir unsere Informationsdienste koordinieren. Das dritte Problem ist, daß es auch ein parallel laufendes Kommunikations- und Informationssystem der Fraktion gibt. Auch das müßte man zusammenfassen. Der Antrag hat in der Sache seine Berechtigung, und man wird auf dem Parteitag auf Bestehen der Koordinierungsarbeiten hinweisen.

*Stoltenberg*: Sei es unter Satzung, sei es unter Wahlen, sei es unter Antrag, es stellt sich natürlich das Problem, das Herr Göb in einem stark beachteten Aufsatz in der Öffentlichkeit behandelt hat. Ich bin doch der Meinung, daß wir das hier jetzt beachten sollten, vielleicht aber später, ich stelle das anheim.

*Heck*: Wir sollten, glaube ich, erst die Punkte der Tagesordnung erledigen. Und dazu müssen die Anträge, die auf dem Parteitag zu behandeln sind zunächst hier behandelt werden. (*Kiesinger*: Ja!)

*Göb*: Aber der Antrag ist, meine ich, relativ schnell von der Bühne zu bringen. Dasselbe gilt für einen Antrag des Kreisverbandes Fulda-Land, der Parteitag möge beschließen, der Bundesvorstand der CDU wird beauftragt, innerhalb kürzester Frist eine ständige Bundesparteikommission für Zukunftsfragen unter der Leitung eines Präsidialmitgliedes zu gründen.<sup>83</sup>

*Heck*: Wir haben eine solche Kommission, die dem in etwa entspricht, die wurde im Wahlkampf bei dem Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung eingerichtet, so daß man darauf auch verweisen kann. Das kann man dann dem nächsten Bundesvorstand überlassen, wie er das organisatorisch einrichtet. Dies ist also eine Sache minderer Bedeutung. Eine weitere Sache, die noch nicht ein Antrag ist, die aber einem Wunsch des Landesverbandes Rheinland entspricht, ist die Frage der Mitgliedschaft von Ausländern in der CDU. Hier wäre die Frage, ob der Bundes-

---

83 Vgl. Anlage 6d zu TOP 3g (ACDP 07-001-915).



vorstand der Anregung vom Rheinland folgt und die Satzung in der Weise ändert, daß wir auch die Mitgliedschaft von Ausländern zulassen, was eine Änderung des Statutes bedeuten würde, in dem vorgesehen ist, daß nur jeder Deutsche Mitglied der CDU werden kann.

*Köppler:* Das ist eine Frage, die man natürlich nicht übers Knie brechen kann. Wir bekamen den Antrag auf unserem Landesparteitag von einem niederrheinischen Kreisverband, in dem der Anteil der dort seit Generationen lebenden holländischen Bevölkerung sehr stark ist, die dort effektiv in der Partei mitarbeiten. Die wohnen auch in der dritten, vierten Generation in der Stadt oder auf dem Dorf, können aber nicht aufgenommen werden in die Partei, weil sie nicht Deutsche sind. Sie sehen aber auf der anderen Seite, daß ihre Landsleute in derselben Situation in der SPD voll als Mitglieder mitarbeiten können. Da haben wir gesagt, wir können das im Rheinland ohnehin nicht entscheiden, wir bitten die Bundespartei, darüber eine Meinungsbildung in Gang zu setzen. So, wie die Dinge jetzt aussehen, würde ich meinen, ist die Zeitspanne bis zum Parteitag in Saarbrücken zu kurz, um definitiv über diesen Antrag dort entscheiden zu können, positiv oder negativ.

*Kohl:* Ich bin damit einverstanden, Herr Köppler, daß man die Sache jetzt noch mal sorgsam prüft. In der Sache selbst halte ich es für ausgeschlossen, daß wir zu einer ablehnenden Stellungnahme kommen, wir müssen nur Modalitäten einbauen. Eines unserer Probleme in der Gesellschaftspolitik der nächsten Jahrzehnte wird sein, daß ein erheblicher Teil der Gastarbeiter in der Bundesrepublik hier bleiben wird. Das jetzige Arbeitsprinzip der Fremdenpolizei, davon bin ich ziemlich überzeugt, wird in wenigen Jahren nicht mehr haltbar sein, wo also mindestens zehn Jahre Aufenthalt unterstellt werden. Das führt zu einer Summe von wirklichen Problemen bei Leuten, deren ganzer Lebenszuschnitt sich inzwischen unseren Verhältnissen angenähert hat. Ich meine also, von dem Gesichtspunkt aus müssen wir das tun. Und dann steht es natürlich einer Partei ganz gut an, die europäische Komponenten fortdauernd vor sich her trägt, in der Frage sich zurückzuhalten. Ich könnte mir, jetzt aus dem Handgelenk formuliert, vorstellen, daß wir eine Vorstellung haben könnten, daß nicht jemand, der jetzt gerade acht Tage in der Bundesrepublik ist, bei uns Mitglied wird, aber wo man einfach von den Lebensverhältnissen ausgehend und von den vermeintlichen oder vermutlichen Lebensabsichten ausgehend annehmen kann, daß er sich hier voll integriert.

Das Problem werden wir zunehmend über die Betriebe bekommen, von wegen Betriebsratswahlen und allem was dazu gehört. Und wir erleben ja sehr häufig, etwa gerade bei kleineren und mittleren Unternehmen, daß die Unternehmer ganz offen sagen: „Im Falle einer kritischen Situation meines Unternehmens werfe ich lieber die und die Deutschen raus, und die und die Türken und Italiener will ich hier behalten, denn die sind in jeder Weise sehr viel besser als die Deutschen.“ Es ergibt sich hier eine ganz ungewöhnliche Diskussionsgrundlage. Deswegen würde ich dringend dazu raten, den Antrag nicht unfreundlich zu behandeln, sondern ich würde ihn zurückstellen bis zum nächsten ordentlichen Parteitag in einem Jahr, aber mit einer positiven Akzentuierung, daß man versucht, eine tragbare Lösung zu finden in dem eben genannten Sinne. Vielleicht kann man sogar in der Berichterstattung schon mal darauf hinweisen,

daß wir in der CDU/CSU auch bereit sind, die Frage des Fremdenrechts in der Bundesrepublik hier unter einem neuen Gesichtspunkt zu betrachten. Die Sache wird ganz obskur in vielen Bereichen. Ich habe gerade solche Beispiele vor Augen, bei Südtirolern. Wir haben also eine ganze Menge Südtiroler bei uns, die sind italienische Staatsangehörige, sind Mitglied etwa der Südtiroler Volkspartei, und die behandeln wir hier wirklich in einer Form, als seien sie aus Ländern, die gar nichts mit dem Kulturkreis der Bundesrepublik zu tun haben.

*Kiesinger:* Also, ich stimme dem zu, was Kohl sagte. Nur müssen wir natürlich die Sache auch unter rechtlichen Gesichtspunkten, auch verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten, prüfen. Politische Parteien sind nun mal in unserer Verfassung etwas anderes, als man sie noch in der Weimarer Verfassung sah. Sie sind Institutionen, die an der Gestaltung des politischen Lebens mitwirken, Entscheidungen des Parlamentes tragen, vorbereiten. Auch wenn das zahlenmäßig der Praxis nach nicht richtig sein sollte, dann ist es eben in der Theorie eine wichtige Sache. Das muß also noch geprüft werden. Im übrigen aber halte ich es für richtig, daß man so vorgeht, nicht gleich a limine die Geschichte vom Tisch wischt, sondern in der behutsamen Art, wie es Kohl eben vorgeschlagen hat, die Geschichte weiter verhandelt. (*Zwischenruf:* Auf dem Parteitag die Problematik aufzeigen ... – *Weiterer Zwischenruf:* Es gibt ja keinen Antrag bisher! – *Unruhe und Diskussion.*)

*Echternach:* Die Frage ist, ob wir wirklich diesen Punkt vertagen müssen auf einen nächsten Parteitag. Ich stimme dem zu, was Herr Dr. Kohl gesagt hat, vermag bloß nicht einzusehen, was für große Probleme sich damit verbinden sollen, mit denen wir uns hier nicht heute so oder so entscheiden könnten. Ich meine, wo die Problematik auf dem Tisch liegt; sie ist von Dr. Kohl dargelegt worden. Rechtliche Probleme sehe ich nicht, zumal es sich aus dem Parteiengesetz und dem Wahlgesetz ergibt, daß Ausländer nicht vorkommen können bei der Kandidatenaufstellung. (*Kohl:* Das ist genau wie ein Sechzehnjähriger!) Genau, wie ein Sechzehnjähriger, wenn der 18 ist (*Kohl:* Kein Problem, kann man lösen. – *Unruhe und Diskussion.* – *Kohl:* Also, die müssen ja eine Identifikation einbringen, er muß ein paar Jahre da sein. – *Diskussion.*)

*Kiesinger:* Aber, Herr Echternach, stellen Sie doch bloß sich vor, in der Praxis käme es dazu, daß etwa eine solche Partei sich zur Hälfte aus Deutschen und zur Hälfte aus Nicht-Deutschen zusammensetzen würde. Ich meine, da steckt doch ein Problem drin. (*Echternach:* Ja, aber das ist doch durch das Parteiengesetz geregelt!) Nämlich?

*Echternach:* Parteiengesetz § 2 Abs. 3 heißt es: „Politische Vereinigungen sind nicht Parteien, wenn erstens ihre Mitglieder oder die Mitglieder ihres Vorstandes in der Mehrheit Ausländer sind, oder zweitens sie ihren Sitz außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes haben.“ Das heißt, das Parteiengesetz impliziert, daß zwar Ausländer Mitglieder sein können, sie dürfen eben nur nicht die Mehrheit haben. Das heißt also, bis 49 % können wir Ausländer aufnehmen. (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

*Kiesinger:* Das ist eine groteske Vorstellung. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Dregger:* Wir müssen uns sicherlich der Gastarbeiter verstärkt annehmen, da ihr politisches Gewicht zunehmen wird. Die Frage ist, ob wir nicht einen pragmatischen Weg finden können. Wir haben in einzelnen Gemeinden bereits Beiräte oder Aus-

schüsse gebildet, in denen Ausländer mitwirken bei der Beratung von Problemen, die sie angehen. Kann man nicht auch bei der Partei daran denken, daß wir für Freunde, die nicht deutsche Staatsbürger sind, die Möglichkeit schaffen, einen Beirat in den einzelnen Kreisverbänden zunächst einmal zu schaffen. Wenn sie auf die Dauer in der Bundesrepublik bleiben, lassen sie sich ja ohnehin naturalisieren (*Kohl*: Nach zehn Jahren!) als deutsche Staatsbürger – ja, eben, nach zehn Jahren (*Kohl*: Lange Zeit!). Aber sie können doch vorher in der von mir angedeuteten Weise auch schon mitwirken.

*Kiesinger*: Meine Damen und Herren, ich mache einen Vorschlag. Wir können das jetzt hier nicht entscheiden. Ich würde davor warnen. Ob man dann am Parteitag so verfährt, daß man verweist, oder ob wir beim Parteitag dem Vorschlag von Herrn Echter nach folgen und gleich einen Beschluß fassen, das wird sich zeigen. Das Parteiengesetz erscheint mir in dieser Regelung fast grotesk zu sein, daß eine Partei mit 49 % Ausländern überhaupt denkbar ist, bei unserer Konzeption der politischen Partei heute, die doch Entscheidungen in den Parlamenten vorwegnimmt durch ihre Willensbildung im Parteienstaat. Das ist ja eine groteske Sache, nicht? Deswegen würde ich also vorsichtig sein und mal sehen. Wenn die SPD das macht, ist das ja noch kein Grund. Bis jetzt hat man die Sache eben laufen lassen, weil ja nicht sehr viele Leute dabei sind. Praktisch geben wir uns doch deswegen da mit ab, weil wir davon ausgehen, daß es da und dort eben eine kleine Zahl ist. Aber wenn wir es in der Theorie durchdenken, dann stoßen wir doch auf die merkwürdigsten Dinge.

*Köppler*: Ich würde dennoch darum bitten, Herr Bundesvorsitzender, daß wir jetzt beschließen, daß die Bundesgeschäftsstelle für unsere Sitzung, die hier am Sonntag vor dem Parteitag ist, eine Vorlage ausarbeitet. Ich meine, ich bin mit allem einverstanden, ich würde als einzige Klippe den Wohnsitz von wenigstens einem Jahr irgendwo einbauen.

*Kiesinger*: Schön, also, wir geben diesen Auftrag an die Bundesgeschäftsstelle, sie soll mal einen solchen Vorschlag ausarbeiten.

*Heck*: Der nächste Antrag, der bis jetzt vorliegt, ist ein Antrag des Kreisverbandes Bühl-Baden. Ein Antrag, der deswegen bekannt ist, weil er bereits dem 17. Bundesparteitag vorgelegen hat. Damals hat der Kreisverband beantragt, daß die Satzung so geändert wird, daß jeder Kreisverband innerhalb der Bundespartei zukünftig mindestens einen stimmberechtigten Delegierten zu den Bundesparteitagen entsenden kann. Die Antragskommission dieses Parteitages hat damals erklärt, da steckt eine bestimmte Berechtigung drin, allerdings eine Berechtigung, die sich dadurch relativiert, daß unsere Kreisverbände von außerordentlich unterschiedlicher Größe sind. Wir haben winzige Kreisverbände, und wir haben im Verhältnis zu diesen winzigen Kreisverbänden sehr große Kreisverbände. Dazu kommt, daß das Parteiengesetz die Zusammensetzung der Vertreter in den Versammlungen regelt, so daß also, wenn man all diese Dinge zusammennimmt, wir zu einem sehr großen Parteitag kommen würden, der schwanken würde, ja nachdem, welchen Schlüssel wir anwenden würden, zwischen etwa 766 oder 1.116 – also es kommt dann auf den Schlüssel im einzelnen an – Delegierten. Wir haben zur Zeit 521 plus 50 nicht-stimmberechtigte Berliner Delegier-

te. Die Zahl würde also mindestens auf 766 (*Kiesinger*: Meine Damen und Herren, ich bitte wirklich, ein bißchen mehr Ruhe zu halten! Herr Heck wird ja nicht gehört!), und wenn wir einen anderen Schlüssel anwenden auf über 1.000, also fast 1.200 ansteigen. So sehr also in der Tat die Berechtigung da ist, daß jeder Kreisverband sich auf dem Parteitag vertreten fühlt, so sehr stößt das auf praktische Schwierigkeiten, die in der Größenordnung liegen. Natürlich würden die großen Kreisverbände benachteiligt, wenn man nicht einen Schlüssel finden würde, der von der Größe ausgeht und der vor allen Dingen auch ausgeht von dem Ausgang der Wahlen, denn da steckt ja eine bestimmte, ich würde mal sagen Prämie drin, und deswegen haben wir ja auch diesen Schlüssel in unserer Satzung. Ich muß Ihnen gestehen, ich habe das mal in der Geschäftsstelle durchrechnen lassen, wir haben Ihnen ja auch einmal eine solche Vorlage gegeben. Dieses Problem halte ich in der Tat aus dem Handgelenk nicht für entscheidungsreif. Hier würde ich sagen, hier sollte man eine Kommission einsetzen auf dem Parteitag, die das im einzelnen prüft. Dazu haben wir auch die formale Möglichkeit, denn der Antrag des Kreisverbandes Bühl ist nicht abstimmungsfähig, weil er eine Satzungsänderung beinhaltet, und die ist nicht beantragt, sondern es ist nur gesagt, es solle so und so sein. Wir könnten also hier formal über die Dinge weg kommen. Ich würde schon sagen, daß es außerordentlich schwierig ist, jetzt zu entscheiden, heute Abend zu entscheiden, wollen wir in Zukunft 700 so und so viele oder 1.000 so und so viele Delegierte haben, was unwahrscheinliche Auswirkungen dann auch auf die Zusammensetzung des Regionalen des Parteitages hätte.

*Köppler*: Herr Vorsitzender, ich glaube, daß wir diesen Antrag nicht forcieren sollten. Einmal haben uns die Ausrechnungen, die wir vorgelegt bekommen haben, schon gezeigt, welche praktischen Schwierigkeiten, was die Größe des Parteitages angeht, dann auf uns zukommen. Aber in einer zeitlichen Situation, in der wir zur Zeit im Umbruch durch die Verwaltungsreform in allen Bundesländern sind, sollte man nicht einen Antrag, der von einer Situation ausgeht, die sozusagen die Auswirkungen der Verwaltungsreform und damit Kreisreformen noch gar nicht berücksichtigt, jetzt realisieren. Es ist einfach so, der Kreisverband, ich habe eben Filbinger gefragt, der Kreisverband, der diesen Antrag vor zwei Jahren gestellt hat, wird vor der Notwendigkeit stehen, sich in absehbarer Zeit in Baden-Württemberg aufzulösen und mit einem anderen Kreisverband zusammenzulegen. (*Filbinger*: Besteht noch bis 1. Januar 1973!) Na ja gut, sollen wir dafür eine solche Sache, Herr Filbinger, auf uns laden, mit all den psychologischen Hypothesen, die das ohnehin schwierige Folgegeschäft von Kreisreformen auf unsere Parteistruktur bedeutet? (*Zwischenruf*: Das wird auch nach der Kreisreform ...) Ja, aber nur dann wird der Antrag wahrscheinlich entfallen, weil bei der neuen Struktur der Kreise wohl kaum ein Kreisverband im Bundesgebiet mehr ohne Parteitagsdelegierten da sein wird. Ich meine, zum jetzigen Zeitpunkt würde ich es politisch für verfehlt halten, und wir laden uns zu den bestehenden Schwierigkeiten, die wir in der Partei haben, zusätzlich neue auf in dieser Umbruchsituation, wo wir alle Kreisverbände neu gliedern müssen in den meisten Bundesländern.

*Filbinger*: Ich würde auch meinen, daß die rechtlichen Schwierigkeiten zutreffend dargetan worden sind (*Starke Unruhe*.) Dann wird dieses Problem sehr viel leichter

sein. Ich würde also meinen, nicht nur aus Rechtsgründen, sondern auch aus Zweckmäßigkeitgründen sollte man diese Frage zurückstellen.

*Heck:* Ich wollte an sich nicht jetzt für den Antrag sprechen, sondern nur einen Gesichtspunkt vortragen, der hier dahinter stecken könnte. Ich kenne die Verhältnisse in Großbritannien, dort sind die Parteitage im Grunde die Tage im Jahr, wo die Arbeit in den Kreisverbänden in Form von Entschließungen zur Diskussion steht. Das hat einiges für sich, daß wir künftig den Stil in unserer Partei in der Richtung weiterentwickeln, daß tatsächlich das Jahr über in den Kreisverbänden politisch gearbeitet wird und daß der Ertrag dieser Arbeit in Form von Anträgen auf einem Parteitag behandelt wird, was voraussetzt, daß natürlich von dem Kreisverband dann jemand den Antrag als solchen begründen kann. (*Köppler:* Darf ich eine Frage stellen? Gilt das für die englischen Parteitage oder für die großbritannischen Parteitage?) Für die großbritannischen Parteitage. Das sind Parteitage mit einer riesigen Anzahl von Delegierten, das ist keine Frage. Aber ich finde, das ist ein Aspekt, den man für diesen Antrag anführen kann.

*Filbinger:* Da ist doch ein anderer Aspekt. Es ist unbestritten, daß ein Kreisverband nicht durch Delegierte vertreten ist beim Parteitag. Das ist gut und schön. Aber trotzdem. Ich meine der Zweckmäßigkeit Gesichtspunkt, daß wir das zurückstellen, der besteht auch nach Darlegung ...

*Kiesinger:* Also, in diesem Sinne zurückstellen. Sind wir uns da einig? – Gut! – Weiter!

*Heck:* Damit wären die bisher vorliegenden Anträge durch. Wir hätten dann noch festzulegen den Zeitplan für den Sonntag. Wir haben ja an dem Tag jeweils vor dem Beginn des Parteitages die Spitzengremien der Partei noch einmal zusammengerufen, das betrifft also Präsidium und Bundesvorstand. Speziell die Frage müßten wir heute entscheiden, bei Präsidium und Bundesvorstand ist es kein Problem, das ist ja eine ständige Übung, ob auch der Bundesausschuß noch einmal zusammengerufen werden soll. Fast möchte ich sagen, mit Ausnahme des letzten Parteitages hat es auch eine ständige Übung gegeben, den Bundesausschuß zusammenrufen. Aber soweit ich die Stimmung überall habe feststellen können, hält man diesen Bundesausschuß nicht für notwendig, und man sagt auch, daß gerade bei den spezifischen Themen und dieser Nicht-Aufgabenstellung dieses Parteitages der Bundesausschuß keine rechte Funktion habe. Ich würde also abraten, den Bundesausschuß zusammenzurufen. Die andere Frage wäre, ob man eventuell den Bundesausschuß im September noch mal zusammenruft, Mitte September oder so. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Echternach:* Den Bundesausschuß auf dem Parteitag zusammentreten zulassen, wäre sicher eine mehr als lästige Pflichtübung, die nicht reinpassen würde. Aber nichtsdestoweniger müssen wir uns, glaube ich, vorhalten lassen, daß wir den Bundesausschuß allzu sehr verkümmern lassen. Er hat in den letzten zwei Jahren, ich weiß nicht, wie es vorher war, praktisch keine Rolle gespielt (*Zwischenruf:* Vorher war es auch so!), er ist ein-, zweimal zusammengetreten. (*Heck:* Aber er ist nie beschlußfähig zusammengetreten, Herr Echternach! – *Starke Unruhe.*) Er ist ein wichtiges Integrationselement der Bundesspitze gegenüber den Landesverbänden gewesen, und ich

meine, es ist bedauerlich, daß hier so wenig getan wird. (*Filbinger*: Nein, nein, das ist ein Zeichen der Qualität der Vorstandsarbeit.)

*Kiesinger*: Also wenn Sie die Entwicklung verfolgen, war es immer schon so. Es ist, es war immer eine Last mit dem Bundesausschuß. Das waren alles mehr oder weniger müde Sachen, und wenn man genau zusah, durfte man gar keinen Beschluß fassen, weil er nicht beschlußfähig war. Ob man es hätte entwickeln können, das betrifft nicht nur die letzten zwei Jahre, das kann ich nicht sagen. Vielleicht liegt es einfach wirklich in der Struktur.

*Stoltenberg*: Also, Konrad Adenauer, der ja nicht in jeder Hinsicht ein Muster für innerparteiliche Demokratie war, erklärte auf einem Parteitag, wo eine lange Vorstandssitzung vorher war und der Ausschuß zusammentreten sollte und schwach besetzt war, nach der Eröffnung, er habe soeben zu seiner Empörung von den Sicherheitsbeamten erfahren, daß man die Halle, in der man dann sei, abhören könne von außen. Es sei also völlig ausgeschlossen, diese wichtige Sitzung jetzt durchzuführen, er hat also die Sitzung geschlossen. (*Große Heiterkeit*.)

*Kiesinger*: Herr Echternach wollte wohl nur allgemein zum Problem, wie man ihn beleben kann, Stellung nehmen. Das wird die Zukunft zeigen. Vorläufig weiß ich auch kein Rezept, vielleicht ist das möglich. Im Grunde genommen wäre die Funktion des Bundesausschusses die, in einem geziemenden Abstand vom vorhergehenden Parteitag zum nächsten einmal eine deutliche Darstellung des Willens der Partei zu geben, so ein kleiner Parteitag, sagt man doch immer. Das könnte eine wichtige Funktion werden, wenn man sich darauf konzentriert. Über die Arbeit des Bundesparteivorstands, der ja auch schon groß genug ist, habe ich mich manchmal selber geärgert, über das Niveau bei der ganzen Aussprache, was da geboten wurde. Zu wichtigen Fragen wurde überhaupt nicht diskutiert, nicht das Wort genommen. Wie man es also entwickeln soll und was dazu getan werden sollte, das kann man sich überlegen. Aber die anstehende Frage würde ich doch auch so zu entscheiden bitten, daß wir weder vor dem Parteitag noch auf dem Parteitag eine Sitzung des Bundesausschusses einberufen. Gut, dann sind wir uns da einig. Weiter!

*Heck*: Dann würde das also bedeuten, daß für den Zeitplan, für den Sonntag die hier von uns vorgelegte Alternative 2 in Frage käme. Das hieße also um 11.00 Uhr eine Präsidiumssitzung, dann käme das Mittagessen, um 14.00 Uhr der Bundesvorstand, um 16.00 Uhr wäre dann die Möglichkeit, daß die Vereinigungen und um 20.00 Uhr die Landesverbände zusammentreten würden. Der Bundesvorstand hätte dann zwei Stunden. (*Kohl*: Das reicht völlig!) Ich darf schließlich noch darauf hinweisen, daß wir in den letzten Gesprächen mit dem Landesverband des Saarlands davon abgegangen sind, eine zunächst vorgesehene Kundgebung am Dienstagabend (*Kohl*: Das könnt Ihr nicht machen! Da ist der Parteitag zu Ende und dann eine Kundgebung!) zu halten. Es war die Planung, daß mit dem neuen Vorsitzenden am Dienstagabend eine Kundgebung gemacht werden sollte, und dann haben wir gesagt, das ist also schlecht, denn wenn der Vorsitzende gewählt ist und die Reden sind gehalten, dann ist die Luft raus und dann hat es keinen Sinn mehr, am Abend noch die Menschen zusammenzutrommeln. Wir werden also jetzt versuchen, zu der Schlußrede am Nach-

mittag die Halle so zu füllen, daß sie proppenvoll ist und diese Kundgebung praktisch am Ende des Parteitages steht, so daß wir also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Wir haben diese Kundgebung, die für das Saarland und für Saarbrücken bedeutsam ist. Sie möchten das gerne haben, berechtigterweise. Und wir haben auch am Ende des Parteitages keine leere Halle oder halbleere Halle, man weiß ja nie, wie die Dinge ausgehen. Wir müßten dann den Journalistenempfang verlegen, von Montagabend auf Dienstagmittag. Das müssen wir noch überlegen, wie das hingeht, weil das mit dem Wahlmodus, den wir ja jetzt festgelegt haben, nicht mehr zusammentrifft.

*Schwarz-Schilling:* Soweit ich mich erinnere, war es früher mit der Kandidatenvorstellung immer so gewesen, daß schon vorher Vorschläge eingegangen sind und zusammen auf einer Seite dem Bundesvorstand vorlagen. Ich weiß nicht, ob das auch die Funktion damals der Partei oder des Parteiausschusses war und das dort als Vorschlag in den Parteiausschuß gebracht wurde, ich weiß es nicht mehr genau. Ich habe nur Bedenken, wenn sozusagen auf Zwischenruf von seiten des Plenums die Vorschläge einzelner Verbände kommen. Denn das würde eine Zufallskandidatenliste geben, die meines Erachtens etwas schwierig wird. (*Unruhe und Diskussion.*)

*Kiesinger:* Herr Meyer ist da unser Experte.

*Meyer:* In der Verfahrensordnung ist ein Vorschlag enthalten, daß Vorschläge für Kandidaten schriftlich eingereicht werden müssen.

*Heck:* Das geht nicht durch Zuruf! (*Unruhe und Diskussion.*)

*Lenke:* Soweit ich mich recht erinnere, hat der Bundesausschuß sich bei der Sitzung, die dem Mainzer Bundesparteitag vorausgegangen ist, darauf beschränkt, die Namen der zur Debatte stehenden Kandidaten zu den verschiedenen Präsidiums- und Vorstandswahlen zu sammeln und alle weiteren Vorschläge und Kommentare lediglich an den Bundesparteitag weiter zu geben. Beim Bundesausschuß vor Berlin war es, glaube ich, ein bißchen anders. Vorschlagsfunktionen hat der Bundesausschuß lediglich für die sehr wichtigen Antragskommissionen bei den Programmparteitagen ausgeübt und eventuell Tagungsleitung und Ähnliches, aber da hat der Bundesvorstand sich eigentlich auch mehr beim Bundesausschuß absichern wollen und die Basis verbreitern wollen.

*Stoltenberg:* Ich glaube nicht, daß wir deswegen eine Sitzung des Bundesvorstandes brauchen, aber man kann ja vielleicht durch Rundschreiben den Landesverbänden mitteilen, daß Vorschläge vorher an den Generalsekretär und Geschäftsführer schriftlich gemacht werden können von Delegierten. Die können das listenmäßig erfassen. Das schließt dann die Ergänzung während der Sitzung nicht aus.

*Kiesinger:* Gut! Einverstanden mit diesem Vorschlag? Weiter!

*Heck:* Ja, damit ist die Ziffer 3 der Tagesordnung abgehandelt. Hier ist jetzt vielleicht die Gelegenheit, daß, was Herr Stoltenberg vorgeschlagen hat, der Vorschlag von Herrn Göb hier diskutiert wird, weil es ja eigentlich zum Thema „Struktur der Partei“ gehört. Wir haben dann allerdings noch zu behandeln Ziffer 4.

AUFGABEN DES GENERALSEKRETÄRS UND DES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS

*Stoltenberg:* Ich meine, ich habe keine besondere Veranlassung, diese Debatte zu führen, aber nachdem Herr Göb, der ja vorher mit dem ein oder anderen nur gesprochen hatte, seine Überlegungen an die Öffentlichkeit gebracht hat, werden sie natürlich in der Partei diskutiert, und es wäre ungewöhnlich, wenn wir im Präsidium und Vorstand heute bei der Vorbereitung des Parteitages überhaupt nicht darüber sprechen würden. Das ist der einzige Grund, warum ich mich dazu äußere, ohne eine abschließende Meinung oder Intention in der Sache. Ich glaube, der Bericht ergibt, daß es bisher keine schriftlichen Anträge gibt auf Satzungsänderungen, die vorsehen, das Amt des Generalsekretärs abzuschaffen und durch einen ersten stellvertretenden geschäftsführenden Vorsitzenden zu ersetzen. Man müßte also hier noch einmal kurz feststellen, da es bisher keine Anträge gibt, ob es in einzelnen Landesverbänden Bestrebungen dazu gibt. Mir ist das nicht so ganz erkennbar. Es gibt aber ohne Zweifel eine Diskussion über die von Herrn Göb aufgeworfenen Fragen. Das ist ganz sicher wahr. Da er ja vor allem in der journalistischen Auslegung die Frage einer weiteren Mitwirkung des Geschäftsführers von einer Lösung dieser Frage abhängig gemacht hat, wäre es ja für uns auch etwas ungewöhnlich, obwohl wir einem neuen Präsidium und Vorstand hier nicht vorgreifen können, wenn wir sozusagen schweigend darüber hinweggehen. Ich beziehe mich auf Zeitungsmeldungen<sup>84</sup>, von denen ich nicht genau weiß, ob sie richtig sind.

Ich würde zur Sache folgendes für die weitere Diskussion gerne anmerken: Wenn man davon ausgeht, daß vier Wochen vor dem Parteitag, verhältnismäßig unwahrscheinlich, die Diskussion sich so verdichtet, daß man eine so tiefgreifende Satzungsänderung beschließt, würde sich natürlich die Frage stellen, eine Frage auch an die neuen Vorsitzenden bzw. an die künftigen Generalsekretäre, ob man durch einen Grundsatzbeschluß, der natürlich vorbereitet werden müßte – hier könnte der Bundesausschuß dann beim Parteitag tätig werden –, die Aufgaben in der Zuordnung zueinander, und damit auch die von Herrn Göb mit einigen beachtenswerten Argumenten vorgebrachten Überlegungen zu einer etwas klareren deutlicheren Definition der Aufgaben des Bundesgeschäftsführers lösen kann. Man könnte es, man brauchte es nicht, das Problem liegt auch zweifelsohne in der Sache. Ich hätte Zweifel dagegen, dies dadurch zu lösen, daß man den Weg geht zu sagen: Wir wollen keinen Generalsekretär mehr, der wird ersetzt durch einen ersten stellvertretenden Vorsitzenden, einen geschäftsführenden Vorsitzenden. Man könnte ja den Weg gehen, daß man durch Gespräche versucht, eine Formulierung zu finden, die nur als Grundsatzbeschluß, als Satzungsinterpretationsbeschluß gefaßt wird von einem relativ hochrangigen Gremium. Das könnte der Bundesausschuß sein, der ja satzungsmäßig eine Vertretungsfunktion für den Parteitag hat, in Richtung der Überlegung, die Herr Göb angesprochen hat, aber natürlich mit der Notwendigkeit, sie noch einmal zu präjudizieren. Und hier wird es wahrscheinlich eher so sein, daß bis zum Parteitag nur vorbereitende Gespräche

84 Vgl. Anm. 82.



geführt werden können und der neugewählte Vorsitzende, der künftige Generalsekretär, das künftige Präsidium, aufgrund solcher Vorüberlegungen dann in ein konkretes Gespräch mit dem Bundesgeschäftsführer eintreten muß. Das würde ich aber als einen Beitrag zur Diskussion hier gerne vortragen, um Möglichkeiten zu erörtern, wie wir unter Umständen auch ohne eine Satzungsänderung das von Herrn Göb aufgeworfene Problem lösen können.

*Göb:* Darf ich ein Wort dazu sagen? Zunächst möchte ich sagen, das, was Sie in der Presse gelesen haben, ist wie immer z. T. wahr, z. T. halb wahr und z. T. unwahr. Völlig unwahr ist, daß ich es gemacht habe aus irgendwelchen persönlichen Motiven von mir aus oder Motiven gegen oder für jemanden. Unwahr ist auch, daß irgendeine Differenz zwischen dem derzeitigen Generalsekretär, Herrn Heck, und mir besteht. Wir beide haben versucht, aus dem, was in der Satzung steht, das Beste zu machen in einem sehr guten menschlichen Einvernehmen. Es geht also nicht um Personen, sondern es geht um Institutionen. Ich persönlich, und das darf ich in diesem Gremium erklären, habe vor der Amtsführung des derzeitigen Generalsekretärs jeden Respekt. Ich muß sagen, daß ich bewundere, wie er sich für die Dinge dieser Partei eingesetzt hat.

Ich hatte zwei Dinge, das eine ist: Es war kein Alleingang, was ich gemacht habe, sondern es gibt eine breite, das müssen Sie sehen, Unzufriedenheit in der Partei, daß unsere Führungsfunktionen nicht gelöst sind, daß der eine oben dies, der andere jenes und der dritte das sagt. Wir haben heute anhand von zwei Problemen darüber gesprochen. Das müssen wir sehen, und es hat gar keinen Sinn, daß wir uns etwas in die Tasche lügen. Wenn das nach dem Saarbrücker Parteitag weiter so bleibt, dann ist, das ist heute auch verschiedentlich gesagt worden, unsere Ausgangsbasis für die 73er Wahl, die ohnedies aus den verschiedensten Gründen wahnsinnig schwierig ist, dann noch schwieriger. Deswegen muß dieser Parteitag nicht nur wählen, sondern er muß auch festlegen, unterschiedlich je nachdem, wie er wählt, welche Funktionen die von ihm Gewählten wahrzunehmen haben. Wir haben eben keinen Bundeskanzler mehr und keinen Parteivorsitzenden, der die Nummer 1 dieser Partei unangefochten ist, sondern wir müssen jetzt festlegen, wer in dieser Partei der Oppositionsführer ist. Wer die Nummer 1 ist, das muß festgelegt werden. Theoretisch gibt es doch die Möglichkeit, daß wir einen Parteivorsitzenden haben, einen Spitzenkandidaten, theoretisch, und einen Fraktionsvorsitzenden, wobei der Spitzenkandidat vielleicht Gast nachher in der Fraktion und im Präsidium ist, ich sag es mal, um es ins Extrem zu treiben. Das ist, entschuldigen Sie bitte, man muß das am theoretischen Modell durchspielen, eine völlige Unmöglichkeit, diese Fragen einfach im Vorfeld des Parteitages im Ungewissen zu lassen.

Die zweite Frage ist die des Generalsekretärs. Da bin ich der Meinung, der Generalsekretär ist eingeführt worden in einer Zeit, wo der Bundeskanzler als Parteivorsitzender sich entlasten mußte, um auch in die Partei hinein auch organisatorisch zu arbeiten. Dadurch hat er Elemente des Vorsitzenden und er hat Elemente des Geschäftsführers. Er kann beide nicht ausreichend wahrnehmen, weil er damit strapaziert ist. Er kann sich weder ausreichend um die Geschäftsführung noch ausreichend um den Vorsitz kümmern, der Mann ist von der Konstruktion her einfach überlastet,

er ist der Prügelknabe für alles, was kommt. Und deswegen sage ich, das muß man wieder auseinanderziehen. Man muß die Dinge des Generalsekretärs entweder in den Bereich des Vorsitzenden legen oder in den Bereich des Geschäftsführers. Man muß an die Spitze eines Apparates einen Mann stellen, der dafür verantwortlich ist. Wie unmöglich die derzeitige Situation ist, will ich Ihnen an einem Beispiel sagen. Der Generalsekretär führt nach dem Statut der Partei die Geschäfte der Partei. Der Bundesgeschäftsführer vollzieht nach dem Statut der Partei den Haushalt der Partei. Das sagt also, wir haben im Haushalt einen Titel stehen: 100.000 Mark für Kongresse. Der Generalsekretär sagt: Wir machen einen Wohnungskongreß, der Geschäftsführer sagt: Nein, das ist aber nicht so wichtig, wir machen lieber einen Kongress für XY, ich unterschreibe nicht. Nach dem Statut vollziehe ich als Bundesgeschäftsführer den Haushalt der Partei. Das ist ein Relikt, das ist übrig geblieben bei der Bereinigung dieser Dinge im Jahre 1969, aber so sieht es doch aus.

Aus diesen Überlegungen heraus bin ich zu der Erkenntnis gekommen, wenn man diese Dinge nicht auseinander zieht, ist es entweder für jemanden, der unter einem Generalsekretär arbeitet, eine Art Bürovorsteherfunktion. Das würde mir auf die Dauer keinen Spaß machen. Oder aber man muß es auseinanderziehen, und dann hat man wieder jemanden, der den technischen Apparat selbstverantwortlich in der Hand hat und der politischen Entscheidung unterordnet. Das ist meine Überlegung zu diesen Dingen gewesen. Dabei ist es keine Frage, daß ich sage, Sie müssen unbedingt die Satzung ändern, weil es möglich ist, im Wege eines satzunginterpretierenden Beschlusses die beiden Funktionen, die politische und die organisatorische Funktion auseinanderzuziehen. Ich bin durchaus bereit, weiter mitzuarbeiten, für den Fall, daß ich weiter mitarbeiten darf, das muß ja dann nachher auch bestätigt werden, wenn es eine neue Führung gibt. Ich würde also ohnedies auch mein Amt in der Beziehung zur Verfügung stellen.

Ich habe beispielsweise, ohne daß ich das irgendwie initiiert haben kann oder ohne daß das gekommen wäre von mir oder durch die Diskussion, die ich entfacht habe, gestern ein Schreiben bekommen vom Kreisverband Kempen-Krefeld. Da hat also am 28. August, also bevor meine Initiative bekannt wurde, der Kreisverbandsausschuß nach einer Serie von Mitgliederversammlungen erklärt: „Das Amt des Generalsekretär soll endlich klar umrissen und mit größter Verantwortlichkeit für die organisatorischen Seiten der Bundespartei ausgestaltet werden. Der Generalsekretär soll hauptamtlich und ausschließlich mit der Partei befaßt werden.“ Das ist eine Entschließung – ob das ein Antrag wird, weiß ich nicht – des Kreisverbands Kempen-Krefeld. Ich sage das nur, um darzustellen, es ist kein Alleingang von mir. Bitte denken Sie nicht daran, daß die Spekulationen, die irgendwelche Journalisten zur Zeit verbreiten, das ganze sei von mir ein Erpressungsmanöver, weil ich jetzt mehr Zuständigkeiten oder was herauschlagen wollte, richtig sind, nicht richtig sind. Ich werde mein Amt auch mit einer neuen Führung zur Verfügung stellen, auch wenn man bis zu dieser Trennung kommt. Sagt die neue Führung, ich soll das weitermachen, werde ich, wenn die Zuständigkeiten klar abgegrenzt sind, weitermachen. Aber zunächst mal werde ich mein Amt zur Verfügung stellen und mir das Vertrauen der neuen Führung erst erwerben,

das ist also keine Frage. Ich bitte das so entgegenzunehmen. Wenn Sie fragen: „Warum sind Sie in die Öffentlichkeit gegangen?“, dann muß ich sagen, ich hielt das für den einzigen Weg, um Aufmerksamkeit zu erwerben. Ich bitte um Nachsicht.

*Kohl:* Ja, ich will nicht zu allem was sagen, nur zur letzten Bemerkung, Herr Göb, wenn Sie das jetzt nicht gesagt hätten, hätte ich dazu nichts gesagt. Ich bin überhaupt nicht der Meinung, daß Sie zu diesen Punkten in die Öffentlichkeit gehen mußten. Ich glaube, daß man in der Sache selbst sehr diskutieren muß und daß beachtliche Anregungen bei Ihnen drin stehen, aber das muß doch nicht in der Form geschehen, weil eben bei allem Bemühen – das können Sie gar nicht verhindern, die Sachen jetzt sachgerecht und sachbezogen zu halten – doch ganz andere Akzente reinkommen. Es ist ja nicht nur so, daß sich hier in der Partei Leute bemühen, etwa die personale Auseinandersetzung, die jetzt läuft, als eine sachbezogene Entscheidung zu sehen, sondern da sind ja viele Interessenlagen. Ich bin ganz sicher, die beiden Kandidaten werden eine Fülle von Stimmen in Saarbrücken bekommen, die überhaupt nichts mit ihrer Kandidatur zu tun haben, sondern die z. T. abgegeben werden, weil ein anderer für den jeweiligen ist und weil sich die eigene Stimmabgabe gegen einen ganz anderen richtet. Da gibt es also in ganz anderen Etagen Stimmabgaben und Entscheidungen. Und Sie sehen ja, der ganze Feldzug findet auch statt in einer Form, die Gott sei Dank bisher nicht da war, aber die offensichtlich jetzt um dieses Wochenende noch bösser wird, die unter der Gürtellinie liegt. Wenn ich etwa diese katholische „Bildzeitung“ vom heutigen Wochenende<sup>85</sup> betrachte, kann ich nur sagen, das ist so schweinmäßig, was dort unter der Rubrik „katholisch“ geboten wird, daß ich mich schäme. (*Zwischenruf:* Das ist in letzter Zeit nicht sehr ungewöhnlich. – *Kiesinger:* Er verletze seinen Amtseid als Ministerpräsident, wenn er sich um den Vorsitz bemühe.) Ich will also vom Herzschrittmacher des Kollegen Schröder, der ist jetzt ja da, da kann ich es viel ungehemmter sagen, in diesem Zusammenhang nicht reden. Ich habe auch heute abend nichts von seiner Atemnot bemerkt, das nur ganz nebenbei. Aber es ist nichts dumm genug, als das es nicht in diesem Zusammenhang auch noch verbreitet werden müßte.

In der Sache selbst meine ich, Herr Göb, daß Sie recht haben, man muß neu definieren. Ich glaube nicht, daß man die Satzung ändern muß, ich würde auch dem widersprechen, wenn ich dort in Saarbrücken gefragt werde, ich sage jetzt schon meine Meinung. Nur, die CDU steht an einem Scheideweg. Man kann über beides reden. Das Modell, den Generalsekretär und den Bundesgeschäftsführer in einer Hand, darauf läuft das eine Konzept hinaus, zusammenzufassen und ihn zu besolden, ist vertretbar. Bloß das setzt eine völlig neue Parteigesinnung bei der CDU voraus. Ich weiß nicht, ob wir uns dahin entwickeln, ob es dahin kommt, aber es setzt ja eine völlig neue Parteigesinnung voraus, nämlich zum Prinzip des Hauptamtlichen in der Partei. Solange ein Großteil des Führungs-Establishments der Partei bis hinein in die Mitgliedschaft zu dem Hauptamtlichen das Verhältnis haben, was ich heute überall noch antreffe, ist

---

85 Die „Neue Bildpost“ favorisierte in einer Artikelserie die Kandidatur Barzels und forderte schließlich am 12. September 1971 Kohl zum Verzicht auf eine Kandidatur auf (vgl. „Die Zeit“ vom 17. September 1971 „Wie Marlon Brando“).

das nicht zu machen. Das müssen Sie ganz nüchtern sehen. Bei uns werden die Hauptamtlichen in der psychologischen Grundströmung immer noch in einer Form angeguckt, daß das mit einem gewissen Hautgout versehen ist. Das hat jetzt nichts mit dem Generalsekretär zu tun, mit dem Bundesgeschäftsführer auch nicht. Das ist eine Gesinnungsfrage, die quer durch die ganze Partei – natürlich aus der Tradition eines Wahlvereins, aus der wir erwachsen sind – hindurch geht. Funktionär und alles, was dazugehört. Inzwischen haben wir ja gelernt, daß wir ohne die Funktionäre gar nicht leben und existieren können, aber dieses Vorurteil erlauben wir uns immer noch. Ich meine also, unter diesem Gesichtspunkt ist das vor allem auch eine Definitionsfrage der Aufgabenstellungen. Eines ist ganz sicher: Wie immer Sie das Kind nennen werden, Sie werden, der Bundesgeschäftsführer oder der besoldete Generalsekretär, immer eine Spitze über sich haben nach unserem Parteiverständnis von Leuten, die das im Ehrenamt machen, den Parteivorsitz oder so etwas, und die Weisungsbefugnisse haben werden. Das ist aber in der – deswegen sage ich es, bei Ihnen ist das unbestritten – öffentlichen Darstellung Ihrer Einlassung z. T. ganz anders dargestellt worden, deswegen trage ich es noch mal nach.

Es ist hier eine Vorstellung erweckt worden, als sei das dann nicht notwendig oder möglich, es ist genau umgekehrt der Fall. Und ich bin der Auffassung, der neue Vorsitzende und, ich hoffe auch der neue Generalsekretär und das neue Präsidium, der neue Bundesvorstand, müssen sich mit dieser Frage befassen, die ja ein Stück Kompetenzverteilung beinhaltet. Es ist weniger eine Frage der Titulatur. Über Titel kann man ohne Schwierigkeiten reden. Sie müssen sich intensiv unterhalten. Ein Teil des Leerlaufs, der auch von draußen jetzt sehr stark kritisiert wird, liegt nicht nur in der Funktionsaufteilung, er liegt natürlich auch in der mangelnden Bereitschaft, die Zentrale überhaupt zu bedienen und zu beanspruchen, das muß man bei der Gelegenheit auch einmal sagen. Wir haben schon eine Grundgesinnung bei uns, daß die Zentrale, das war die Nassestraße über viele Jahre, zunächst prinzipiell, wenn was schief geht, der Buhmann ist. Und das können Sie jetzt in diesen Wochen vor diesen Entscheidungen draußen im Land erleben, wenn Sie die Berichte über Versammlungen lesen, daß generell diese Haltung gering eingeschätzt wird.

*Dregger:* Ja, ich bin Herrn Göb sehr dankbar für diese Interpretation, ich glaube, das war sehr nützlich, und wir werden sagen müssen, daß Gedanken dahinter stecken, die man nicht einfach vom Tisch wischen kann. Ich glaube, Herr Göb, wir werden vor dem Parteitag und bis zum Parteitag keine grundsätzlichen Änderungen machen, dafür sind die Gedanken zu neu, dafür ist die Frist zu kurz. Wir werden zunächst einmal mit der alten Struktur in die Wahl gehen, aber wir werden nach der Wahl über die Dinge nachdenken müssen. Ich glaube, das Prinzip, daß man die Verantwortlichkeiten klar trennt, nämlich die politische Verantwortung und die administrative, und daß die administrative Verantwortung von hauptamtlichen Funktionären – und zwar von tüchtigen, gut bezahlten, hervorragenden Leuten – bei einem Unternehmen unserer Größenordnung, das wir ja in finanzieller und administrativer Hinsicht sind, ein gesunder Grundsatz ist. Ob wir das nachher in der politischen Verantwortung „Generalsekretär“ oder „Erster stellvertretender Vorsitzender“ nennen, ist kein wesentlicher Unter-

schied. Der Vorsitzende braucht einen ersten politischen Gehilfen. Und das ist im Bereich der politischen Verantwortung. Und er braucht einen Generaldirektor für die Administration, das ist der hauptamtliche Funktionär. Also irgendwann werden wir möglicherweise einmal zu dieser Trennung kommen, ich glaube nur nicht in dieser kurzen Frist bis zu diesem Parteitag.

*Köppler:* Ich möchte noch auf die Frage zurückkommen, die, glaube ich, Herr Kohl gestellt hat, ob wir mit Anträgen rechnen. Oder Herr Stoltenberg fragte es. So, wie es diese Sache in Kempen-Krefeld gibt, die noch nicht zu einem Antrag geronnen ist, halte ich es durchaus für möglich, daß wir noch konkrete Anträge bekommen. Es läuft zur Zeit im Kreisverband Bonn eine Sache, die noch nicht zu Ende diskutiert ist.<sup>86</sup> Wir müssen damit möglicherweise rechnen, ich würde also vorschlagen, daß wir es genauso beschreiten, wie Herr Kohl und Herr Dregger es gesagt haben. Man sollte definieren und das unmittelbar nach dem Parteitag dann tun. Denn im Prinzip muß diese klare Trennung der Funktionen vorgenommen werden, da hat Herr Göb recht.

*Kiesinger:* Gut! Schluß! Fertig!

*Heck:* Also, Punkt 4: „Einrichtung eines Finanzbüros beim Bundesschatzmeister“. Mir hat Herr Kraske, eh er weggegangen ist, handschriftlich eine Notiz gegeben und mich gebeten, ich möge das dem Vorstand mitteilen. Hier heißt es, er halte es nicht für gut, daß ein Bundesvorstand und sein Schatzmeister, deren Mandat in vier Wochen zur Disposition steht, heute über Punkt 4 „Finanzbüro“, entscheiden. „Wenn ich noch hier sein könnte, würde ich Vertagung des Punktes beantragen.“ Er hat mich gebeten, das hier vorzutragen.

#### EINRICHTUNG EINES FINANZBÜROS BEIM BUNDESSCHATZMEISTER

*Schmücker:* In Anbetracht der Tatsache, daß ein einstimmiger Beschluß des Bundesfinanzausschusses vorliegt und eine Einigung zwischen dem Generalsekretär, dem Geschäftsführer und dem Schatzmeister, möchte ich doch empfehlen, daß wir die Sache hier verabschieden. Sie entsinnen sich, daß ich ursprünglich der Ansicht war, es müßte eine Statutenänderung vorgenommen werden. Ich habe das fallengelassen. Ich meine, wir sollten eine Regelung finden, die zwar durch die Statuten nicht unbedingt vorgeschrieben ist, aber ihnen nicht widerspricht. Der Finanzausschuß unter Einfluß des Generalsekretärs und mir schlägt dem Vorstand folgende Regelung vor:

a) Zum Haushalt: Die Aufstellung des Haushaltes ist zunächst Sache der Bundesgeschäftsstelle. Dann wird der Haushalt zwischen Generalsekretär, Bundesschatzmeister und dem Bundesgeschäftsführer abgesprochen und danach dem Bundesfinanzausschuß vorgelegt, der ein Votum für den Bundesvorstand abgibt. Das ist eine Neuerung.

---

<sup>86</sup> Laut Einladung vom 30. April 1971 zur Sitzung des Gesamtvorstands des KV Bonn am 11. Mai 1971 sollte darüber beraten werden, ob eine Mitgliederbefragung auf dem Saarbrücker Parteitag wegen der zu regelnden Kandidaturen durchgeführt werden sollte. Ein Protokoll der Sitzung liegt nicht vor (ACDP 02-217-AO 25).

Der Vollzug des Haushaltes ist Sache des Generalsekretärs bzw. des Geschäftsführers. Außerordentliche Ausgaben bedürfen der Genehmigung des Schatzmeisters. Wenn er widerspricht, muß das Präsidium angegangen werden. Darüberhinaus muß der Schatzmeister bei großen Ausgaben ab einer bestimmten Summe, in der Geschäftsordnung festgelegt – Betrag bei Sachausgaben 100.000 DM, bei Personalausgaben Gehalt 36.000, Honorar 10.000 DM –, eingeschaltet werden, damit diese Ausgaben mit der Mittelbeschaffung synchronisiert werden können. Bei Großaufträgen ist eine Koordinierung erforderlich. Die Kontrollfunktion des Bundesschatzmeisters gegenüber der Ausgabenwirtschaft muß voll gewährleistet werden.

b) Der Bundesschatzmeister muß die Möglichkeit haben, zwischen der Bundespartei, den üblichen Organisationsstufen und der CDU zugerechneten Institutionen die erforderliche Koordinierung wirksam vorzunehmen, gegebenenfalls durch ein besonderes Büro. Dahinter steckt die Neuorganisation des gesamten Spendenwesens, wenn ich mich da mal so ausdrücken darf.

c) Die Wirtschaftsbetriebe und die Mittelbeschaffung über die wirtschaftlichen Gegenleistungen müssen außerhalb der Bundesgeschäftsstelle sein. Ich betone noch einmal, das ist ein einstimmiger Beschluß, und ich würde doch sehr bitten, daß man den bald trifft.

*Stoltenberg:* Also bis zu dem Punkt „gegebenenfalls durch ein Büro“ hätte ich keine Bedenken, weil das gute Grundsätze sind, die wir heute beschließen könnten, mit der Maßgabe, daß der neue Vorstand, vor allem die dann Verantwortlichen natürlich frei sind, das noch mal zu überprüfen. Aber ich würde doch die Frage eines besonderen Büros und auch die letzte Frage des Grundsatzes außerhalb der Geschäftsstelle als so wichtig ansehen, daß man denjenigen, die nun nach dem Parteitag das Amt übernehmen, nicht vorgreifen sollte. Also bis zu dem Punkt „gegebenenfalls durch ein Büro“ ... (*Schmücker:* Also der letzte Punkt hat eine so umfangreiche Debatte gehabt, und der Generalsekretär und der Geschäftsführer, die ursprünglich eine andere Auffassung hatten, haben sich überzeugen lassen, daß es nur so geht.) Aber wir wissen ja von niemandem, der heute ein Amt hat, ich beziehe mich selbst und alle mit ein, alle die hier sitzen, wer ab Oktober zuständig ist, und deswegen würde ich doch glauben, daß wir es bei den sehr guten allgemeinen Grundsätzen, die Anerkennung finden, auch in einem neuen Vorstand belassen, und den anderen Teil des Beschlußvorschlages ausdrücklich dem neuen Vorstand zur Entscheidung überläßt.

*Köpler:* Ich möchte mich dem anschließen. Das ist auch die Auffassung des Landesvorstandes der rheinischen Partei. Ich habe auch Zweifel, Herr Schmücker, ob bei dem Echo, was ich nicht nur im Rheinland bekommen habe, der Parteitag bereit ist, diesen Beschluß, der sicher von allen unmittelbar Beteiligten lange erwogen und lange diskutiert ist, jetzt zu fassen. (*Diskussion.*) Ich habe jedenfalls den Auftrag bekommen vorzutragen, daß wir vorschlagen, das nicht ad calendas graecas zu vertagen, sondern die ganze Frage der Bürokonstruktion dem neu zu wählenden Vorstand und Präsidium als unmittelbar nach seiner Konstituierung zu lösende Aufgabe zu übertragen.

*Kiesinger:* Also, ich halte das für richtig, meine Damen und Herren. Wir sollten das wirklich den neugewählten Gremien überlassen, wobei es dann durchaus zu dem kom-

men würde könnte, was Herr Schmücker hier vorschlägt. Aber wir sollten da nicht in letzter Minute sozusagen eine Regelung noch ...

*Heck:* Also, ich muß in der Sache hier für diesen Vorschlag plädieren, wenngleich ich durchaus zur Kenntnis nehmen muß, daß es nicht richtig ist, vier Wochen, bevor eine neue Führung bestellt wird, in einer solchen Sache die neue Führung festzulegen. Aber es ist in der Tat dem Schatzmeister nicht zuzumuten, es ist unmöglich, daß er seine Verantwortung wahrnehmen kann. Das würde eine Reihe von Ausführungen jetzt notwendig machen, daß er seine Verantwortung nicht wahrnehmen kann, wenn er nicht eine respektable Person, das kann nicht irgendwer sein, zur Verfügung hat, der eine Summe von Verantwortungen für ihn wahrnimmt, der beispielsweise beim Spendensammeln, wenn mal etwas grundsätzlich geklärt ist, in der Tat dafür sorgt, daß das Geld eingeht. Aber das ist nur ein Teil. Der Bundesschatzmeister ist verantwortlich für die Union-Betriebs GmbH. Im Grunde genommen ist es fast nicht möglich, daß er die Verantwortung wahrnehmen kann. Er braucht in der Tat jemanden. Also, es hat seinen Grund, warum der Bundesfinanzausschuß, der von Haus aus also gar keine Neigung in der Richtung hatte, hier gesagt hat: „Jawohl, das ist sicher eine Sache, die notwendig ist.“ Aber ich gestehe zu, daß das Argument, daß man, wenn ein neuer Vorsitzender und ein neuer Schatzmeister gewählt werden, denen vier Wochen vorher nicht vorgehen sollte.

*Von Weizsäcker:* So wie ich den Dialog zwischen Herrn Stoltenberg und Herrn Schmücker verstanden habe, ist die Frage dieses zentralen Mitarbeiters eher sekundär gewesen und auch vertagbar. So, wie Herr Heck es eben schilderte, ist das der zentrale Punkt des Vorstandes. Wenn es der zentrale Punkt des Vorstandes ist, Herr Schmücker, dann finde ich es eigentlich doch wirklich selbstverständlich, daß man diesen Beschluß nicht vier Wochen vor der Erneuerung der Wahl vornehmen kann. Wenn dagegen die drei anderen Punkte, ich habe sie so rasch jetzt nicht in Kopf, wenn die drei anderen Punkte also wirklich ohne präjudizierende Wirkung sind, dann kann man, so wie Herr Heck es geschildert hat, den Beschluß heute nicht fassen.

*Schmücker:* Ich bin ganz anderer Meinung. Es muß derjenige, der sich bereiterklärt, als Schatzmeister zu kandidieren, der gewählt wird, wissen, welche Aufgaben ihn erwarten. Wenn das weiterhin ungeklärt bleibt, bin ich persönlich z. B. nicht bereit zu kandidieren. Das muß ich doch sehr deutlich sagen. Es muß Klarheit sein, welche Zuständigkeiten hier vorliegen, sonst kann keiner arbeiten. Das muß vorher festgelegt sein, man muß wissen, welche Aufgaben man übernimmt und nicht nachher dann eingeeengt werden in den Möglichkeiten, nachdem man der Öffentlichkeit gegenüber die Verantwortung übernimmt. Das geht nicht!

*Scheufelen:* Ja, meine Herren, man muß zwei Dinge hier ganz klar voneinander trennen. Was offensichtlich in der letzten Zeit, im Gegensatz zu den Landesverbänden, mir bei der Bundespartei nicht ganz klar war, ist, daß keine Ausgabe über den genehmigten Haushalt hinaus ohne Genehmigung des Bundesschatzmeisters erfolgen kann. Das ist der Kernpunkt doch in der gegenwärtigen Situation ... (*Starke Unruhe und Diskussion.*) Das scheint mir der Kernpunkt der Sache zu sein. Ich glaube, ohne diesen Beschluß wird sich niemand finden, der bereit ist, Schatzmeister zu machen. Es

sind Ausgaben genehmigt worden, auch vom Präsidium, ohne Deckung. Und wenn da der Schatzmeister für die Deckung verantwortlich ist, glaube ich, muß dieser Punkt aufgenommen werden. Das kann heute geschehen.

Punkt Nummer 2. Da haben wir folgende Situation: Wir haben die Wirtschaftsbetriebe der Partei, die ja schon nach der Umorganisation 1959 von der Bundesgeschäftsstelle getrennt wurden und eine gesonderte GmbH und eine Geschäftsführung hatten. Wie jede andere GmbH, wo also der Schatzmeister die Funktion des Beiratsvorsitzenden ausübt, also praktisch die des Vorsitzenden. Momentan ist die Situation die, das hat Herr Schmücker eingeführt, daß die Geschäftsführung dieser GmbH gleichzeitig das Büro des Schatzmeisters ist. Vorher war es so, daß das Büro des Schatzmeisters innerhalb der Bundesgeschäftsstelle lag. Und das ist nun also beides möglich, aber ich sehe ehrlich keinen zwingenden Grund, nachdem nun ein Büro existiert, wie Sie das handhaben. Das kann auch eine Entscheidung des neuen Schatzmeisters sein. Die Bundesgeschäftsstelle hat eine Abrechnungsabteilung, die kann dort ausgebaut werden. Aber ich glaube, es ist kein zwingender Grund, das im Moment zu machen, denn das betrifft nicht den Übernahmeentschluß, Schatzmeister bei der CDU zu werden, das kann man verschieben. Aber entscheidend ist, daß nicht noch einmal passiert, daß Ausgabenbeschlüsse gefaßt werden, für deren Deckung der Schatzmeister nicht geradestehen kann. Und ich glaube, das sollte man aus der Vergangenheit lernen, denn sonst brauchen wir keinen Schatzmeister mehr.

*Kiesinger:* Das ist völlig richtig.

*Stoltenberg:* Ich würde doch vorschlagen, bei allem Verständnis für Kurt Schmücker, daß wir hier zu Protokoll feststellen, dies sind Vorschläge, die im Grundsatz ihrer Empfehlungsrichtung nach unserer Auffassung zu bejahen sind. Wir überlassen aber die Einzelbeschlußfassung den neuen Beteiligten. Denn, Kurt, Du kannst für das Finanzbüro, um das mal offen zu sagen, die Personalauswahl treffen. Die Personalauswahl wird nach Deinen Ausführungen jetzt interessant. Aber das kann doch nur nach der Wahl erfolgen. Insofern genügt doch heute eine grundsätzliche Bejahung der Richtung, der Kurslinie, (*Kiesinger:* Ich glaube das ist der Weg!) die Festsetzung des von Herrn Scheufelen genannten Punkts. Das kann heute noch mal bestätigt werden und steht, wie ich höre, in der Geschäftsordnung. Dann die Aufforderung, die Bitte an das neue Präsidium, den künftigen Generalsekretär und Schatzmeister möglichst schnell entscheiden zu lassen.

*Kiesinger:* Ja, wir sagen, wir halten diesen Vorschlag für sachlich gerechtfertigt, wollen aber den Neugewählten nicht vorgreifen, empfehlen ihnen aber, nach diesem Vorschlag zu entscheiden.

## VERSCHIEDENES

*Köppler:* Ich habe noch einen Punkt, und ich bin sehr froh, daß unser Freund, Herr Tandler, noch da ist, in dessen Gegenwart wir das besprechen sollten. Ich bin nicht ganz sicher, ob es uns gelingt, auf dem Parteitag in der Diskussion, die über die Struk-



turfragen läuft, voll das Thema der Bestellung des Kanzlerkandidaten von CDU/CSU so abzuhandeln oder so auszuklammern, daß kein Schaden entsteht. Ich meine, es wäre hilfreich, wenn darüber eine Verständigung zwischen der Führung der CDU und der CSU noch vor dem Parteitag erfolgt. (*Kiesinger*: Ist beschlossen!) Ich wollte eigentlich die Bitte aussprechen, das zu tun, ich habe in einem Randgespräch mit Herrn Filbinger auch darüber gesprochen, der jetzt schon weg ist und sagt: „Um Gottes Willen schnell für die Ausgangsposition in Baden-Württemberg. Hier keine Hängepartie.“

*Kiesinger*: Ja, also das ist ein Präsidiumsbeschluß in dieser Richtung. Bis jetzt ist es einfach nicht gelungen, Franz Josef Strauß dafür zu kriegen. Der sitzt in Südfrankreich und macht gelegentlich Blitzbesuche in der Bundesrepublik und verschwindet wieder dahin. Dr. Heck hat ja ein praeliminarisches Gespräch geführt oder Besuch gemacht. (*Unruhe.*) Wir müssen in der Tat vor dem Parteitag dieses Gespräch zustande bringen. Das wird auch zustande kommen. Wie lange ist er denn noch da unten? (*Zwischenruf*: Er kommt am Montag zurück!) Dann werden wir so bald wie möglich mit ihm drüber reden.

Innere Sicherheit müssen wir halt nun in Gottes Namen vertagen, das schaffen wir heute nicht mehr. Dann haben wir unser Arbeitspensum heute geleistet, ich danke Ihnen!